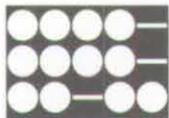


Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

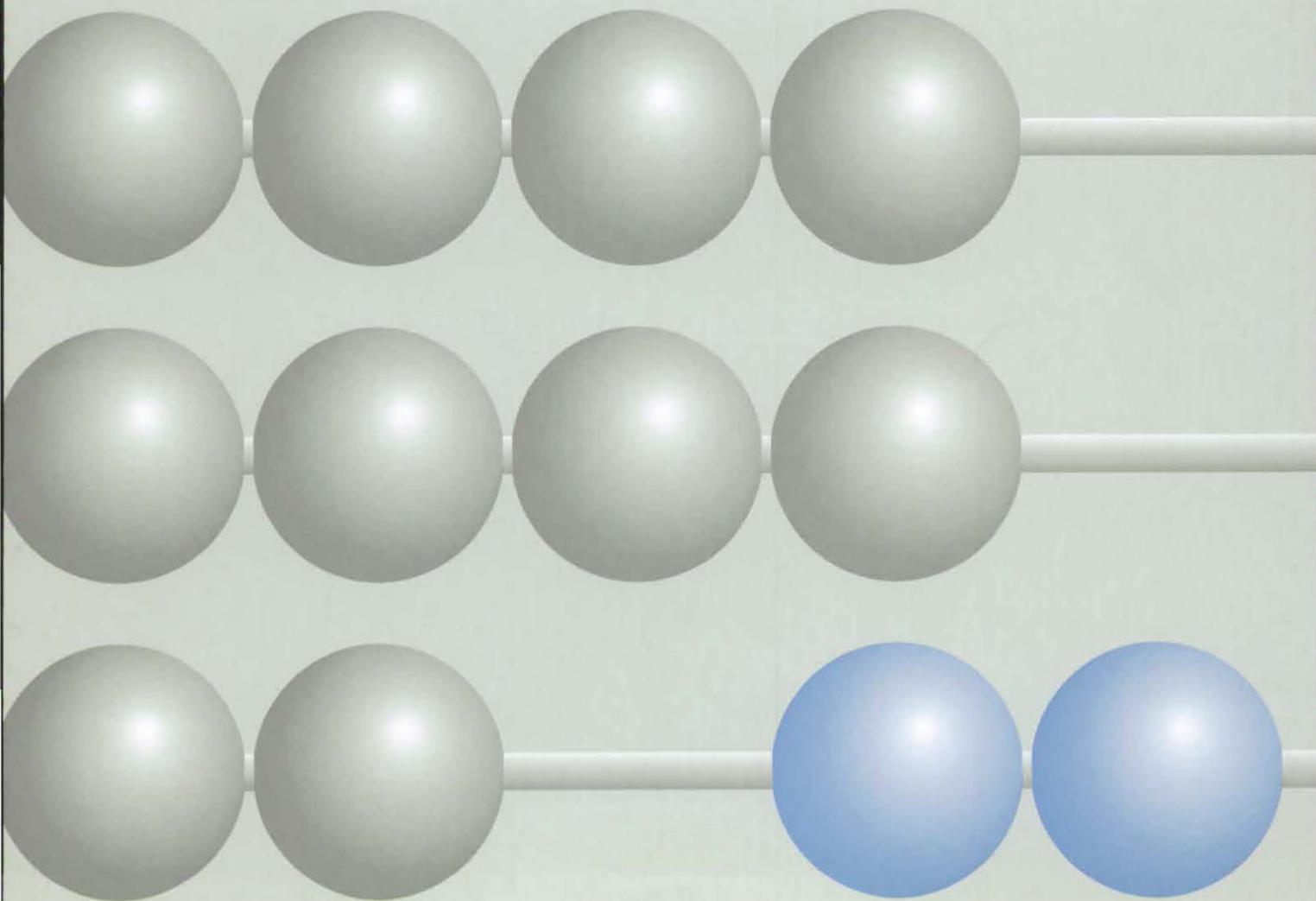


Statistisches
Landesamt
Schleswig-Holstein



48. Jahrgang, Heft 2, Februar 1996

Statistische Monatshefte
Schleswig-Holstein



Herausgeber:
Statistisches Landesamt
Schleswig-Holstein
Postfach 1141
24100 Kiel

Telefon (0431) 6895-0
Telefax (0431) 6895 498
T-Online/Btx * 444 50 #

Schriftleitung:
Bernd Struck
App. 286

Vertrieb:
App. 280

Druck:
Schmidt & Klaunig, Kiel

Gedruckt auf chlorfrei
gebleichtem Papier

Erscheinungsfolge monatlich

Auflage 650

Einzelheft DM 4,-
Jahresbezug DM 40,-

Erfüllungsort und
Gerichtsstand Kiel

Nachdruck,
auch auszugsweise,
nur mit Quellenangabe
gestattet.

ISSN 0947-7373

Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein

48. Jahrgang • Heft 2

Februar 1996

I n h a l t • *Kurz gefaßt* 22

• **Aufsatz**

**Möglichkeiten und Grenzen der Regionalisierung
zentralstaatlicher Einnahmen und Ausgaben** 23

In der arbeitsteiligen Organisation des „Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ kommt dem Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein für den Bereich Staat eine besondere methodische Verantwortung zu. Aus diesem Grunde ist in dieser Zeitschrift schon häufig über Methodik und Ergebnisse berichtet worden, die mit der Regionalisierung staatlicher Transaktionen im Zusammenhang stehen. Im Kern und vereinfacht gesagt geht es im Aufsatz um die Fragen: Was ist der Staat, was tut er, und wie kann man, was er tut, regional so zuordnen, daß eine analytisch ergiebige Aussage über den Raumbezug staatlicher Tätigkeit entsteht?

• **Beilage**

Zahlenbeilage

1,25 Millionen Schleswig-Holsteiner waren 1995 erwerbstätig

Im April 1995 waren 1,25 Mill. Schleswig-Holsteiner erwerbstätig, was gegenüber 1994 eine ganz geringfügige Zunahme bedeutet. Weitere knapp 130 000 Personen waren erwerbslos, standen also auch dem Arbeitsmarkt zur Verfügung. Als Erwerbslose sind hier alle Personen gezählt, die arbeitslos gemeldet sind und/oder Arbeit suchen. Aus dem Mikrozensus 1995 geht weiter hervor, daß der Anteil der 1,37 Mill. Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) an der Bevölkerung insgesamt 51 % betrug, was auch als Erwerbsquote bezeichnet wird. Für die männliche Bevölkerung belief sich die Erwerbsquote auf 60 %, für die weibliche Bevölkerung auf 42 %.

Wesentlich aussagekräftiger sind allerdings die Erwerbsquoten für die Bevölkerung im Alter von 15 bis 65 Jahren. Von dieser Altersgruppe standen 74 % dem Arbeitsmarkt zur Verfügung, bei den Männern 84 % und bei den Frauen 63 %. Für die 60- bis unter 65jährigen Personen ergab sich nur noch eine Erwerbsquote von 27 %, bei den Männern eine von 40 % und bei den Frauen eine von 16 %.

Zahl der Auszubildenden wiederum rückläufig

Am 31.12.1994 wurden in Schleswig-Holstein 53 869 Auszubildende registriert, dies waren 2 372 oder 4,2 % weniger als 1993. Im Jahr zuvor war ein Rückgang um 4,5 % festgestellt worden.

80 % der Jugendlichen lernten in den beiden Ausbildungsbereichen Industrie und Handel sowie Handwerk. Die Anzahl der Ausbildungsverhältnisse verringerte sich im Bereich Industrie und Handel um 9 %. Im Handwerk konnte ein leichter Anstieg (1,3 %) festgestellt werden, nachdem im Vorjahr auch in diesem Bereich weniger Ausbildungsverhältnisse (- 2 %) abgeschlossen worden waren.

Auffällig ist die relative Abnahme der Ausbildungsverhältnisse im öffentlichen Dienst mit 17 %; im ersten Ausbildungsjahr waren 1994 sogar 26 % weniger Auszubildende registriert als 1993. Weiter rückläufig ist ebenfalls die Zahl der landwirtschaftlichen Lehrlinge. Leicht angestiegen sind die Zahlen der Auszubildenden in den Bereichen Freie Berufe und Hauswirtschaft.

Der Anteil der Frauen an den Auszubildenden insgesamt beträgt unverändert 43 %. Besonders hoch ist ihr Anteil in der Hauswirtschaft und in den Freien Berufen. Im Handwerk sind nur 21 % der Auszubilden-

den junge Damen. In der Seeschifffahrt wurden nur Männer ausgebildet. Über ein Drittel der Ausbildungsverträge waren bis Ende 1994 neu abgeschlossen worden. 5 595 Ausbildungsverhältnisse wurden vorzeitig aufgelöst.

Bevölkerungsvorausberechnung aktualisiert

Das Statistische Landesamt hat eine aktualisierte Vorausberechnung der Bevölkerung Schleswig-Holsteins sowie seiner kreisfreien Städte und Kreise vorgelegt. Basis der Berechnung ist die Bevölkerung am 01.01.1995, der Vorausberechnungszeitraum umfaßt die Jahre 1995 bis 2010. Die Aktualisierung war notwendig geworden, weil sich die im Jahre 1994 veröffentlichte vorausgegangene Berechnung als nicht mehr tragfähig für eine realistische Einschätzung der zukünftigen Entwicklung erwiesen hatte. So wurde seinerzeit von einer aus heutiger Sicht zu hohen Geburtenhäufigkeit ausgegangen, und die Regionalergebnisse wichen teilweise deutlich von der tatsächlichen Entwicklung ab.

Nach der aktualisierten Berechnung wird die schleswig-holsteinische Bevölkerung im Vorausberechnungszeitraum weiter ansteigen und im Jahre 2007 einen Höchstwert von 2,805 Mill. Einwohnern erreichen. Dies wären 25 000 Einwohner weniger als in der alten Vorausberechnung, die eine maximale Bevölkerungszahl von 2,831 Mill. Einwohnern für das Jahr 2009 erwartet hatte. Nach dem Jahr 2007 werden die Zuwanderungen voraussichtlich nicht mehr ausreichen, um das steigende Geburtendefizit auszugleichen. Die Landesbevölkerung wird dann bis zum Jahr 2010 auf 2,803 Mill. Einwohner zurückgehen.

Die voraussichtliche Veränderung der Bevölkerungszahl 1995 bis Ende 2010 beruht auf einem erwarteten Wanderungsgewinn von insgesamt 218 000 Personen, der lediglich um 2 000 Personen unter den früheren Erwartungen liegt. Der Wanderungsgewinn setzt sich zusammen aus 87 000 ausländischen Mitbürgern, 53 000 Aussiedlern, 72 000 Personen aus der Freien und Hansestadt Hamburg und 6 000 Personen aus den neuen Bundesländern (jeweils Saldo aus Zu- und Fortzügen).

Es ist zu erwarten, daß im selben Zeitraum 123 000 Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner mehr sterben als geboren werden. Dabei wird der Sterbeüberschuß von Jahr zu Jahr zunehmen, weil die Zahl der Geborenen anhaltend von etwa 27 500 im Jahre 1995 auf 20 700 im Jahre 2010 zurückgeht. Insgesamt sind von 1995 bis 2010 379 000 Lebendgeborene und 502 000 Gestorbene zu erwarten.

Möglichkeiten und Grenzen der Regionalisierung zentralstaatlicher Einnahmen und Ausgaben

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen werden nicht nur für Nationalstaaten aufgestellt. In zunehmendem Maße, in Europa forciert durch Datenanforderungen der Europäischen Union, gewinnen auch regionale Gesamtrechnungen an Bedeutung. In der Bundesrepublik Deutschland ist das dafür berufene Gremium der amtlichen Statistik seit vier Jahrzehnten der „Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“. In dessen arbeitsteiliger Organisation kommt dem Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein für den Wirtschaftsbereich Staat (Wertschöpfungsrechnung) und den Staatsverbrauch eine besondere methodische Verantwortung zu. Aus diesem Grunde ist in dieser Zeitschrift schon häufig über Methodik und Ergebnisse berichtet worden, die mit der Regionalisierung staatlicher Transaktionen im Zusammenhang stehen. Zuletzt war in Heft 2/1993 das sog. „Regionalkonto Staat für lokale Gebietskörperschaften“ vorgestellt worden, eine für Eurostat, das statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften gefertigte Sonderrechnung. Der folgende Aufsatz vertieft einige der dort aufgeworfenen Probleme und schildert die in der jüngeren Diskussion zur Regionalisierung zentralstaatlicher Transaktionen vertretenen Auffassungen. Im Kern und vereinfacht gesagt geht es um die Fragen: Was ist der Staat, was tut er, und wie kann man, was er tut, regional so zuordnen, daß eine analytisch ergiebige Aussage über den Raumbezug staatlicher Tätigkeit entsteht?

Dieser Aufsatz beleuchtet – losgelöst von der speziellen deutschen Situation – die Vielschichtigkeit und die besondere Problematik der Regionalisierung zentralstaatlicher Transaktionen. Nach dem einführenden Kapitel wird auf die konzeptionellen Aspekte der Regionalrechnung, die für den Nachweis des Zentralstaates zu beachten sind, eingegangen. Der dritte Teil schildert mit umgekehrter Blickrichtung Besonderheiten des Zentralstaats, die für die Regionalisierung seiner Transaktionen bedeutsam sind, an manchen Stellen auch die in der europäischen Diskussion dazu geäußerten Standpunkte und die Praxis der deutschen regionalen Gesamtrechnung. Im vierten Teil dieses Aufsatzes soll das Erkenntnisziel der Regionalisierung der Transaktionen des Zentralstaats konkretisiert und konkreter auf ein einschlägiges Eurostat-Projekt eingegangen werden. Es wird ein Vorschlag skizziert, der die europäische Diskussion ein wenig näher an die Lösung des Problems heranführen soll. Um das ohnehin schon komplexe Thema

nicht zu überfrachten, werden Aspekte der Darstellungsform, etwa zu Kontosystem oder Buchungsweisen, nur angesprochen, soweit es für die Gedankenführung erforderlich ist.

1. Einführung in das Thema

1.1 Staat und Zentralstaat im System

Wenn der Kreislauf einer Volkswirtschaft dargestellt wird, klassifiziert man die Transaktoren üblicherweise und vereinfacht nach Unternehmen, Staat, privaten Haushalten, privaten Organisationen und Ausland und spricht von den Sektoren der Volkswirtschaft. In der Kontendarstellung werden für die Sektoren getrennte Kontensequenzen aufgestellt, die ein geordnetes Bild über alle denkbaren Transaktionen liefern: von der Produktion über die Einkommensentstehung, die Einkommensverteilung und -umverteilung, über die Einkommensverwendung bis hin zur Vermögensveränderung und zur Finanzierung. Bei allen Sektoren kommen – wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß – fast alle Tätigkeiten vor. Der Staat kann als einziger Sektor sowohl produzieren als auch konsumieren als auch investieren.

Die sektorale Darstellung stellt ab auf rechtlich selbständige Wirtschaftseinheiten, die selbst bilanzieren oder eine eigene Haushalts- oder Vermögensrechnung aufstellen, und schließt sämtliche Arten wirtschaftlicher Transaktionen ein, die das Vermögen dieser Wirtschaftseinheiten betreffen. Dieser auch institutionell genannten Darstellung steht die Darstellung nach Wirtschaftszweigen gegenüber, die sich auf Vorgänge der Produktion, der Einkommensentstehung und der Veränderung des Sachkapitals beschränkt, wobei die sektorale Gliederung zugunsten einer funktionalen, an der Produktion von Gütern und Diensten orientierten Abgrenzung aufgegeben wird. Auf dieses sogenannte duale System wird noch näher einzugehen sein. Der Staat nimmt derzeit noch insofern eine Sonderrolle ein, als er nicht nur Sektor, sondern auch Wirtschaftszweig ist

In der konkreten Ausprägung und Umsetzung des dualen Systems steht die Gesamtrechnung vor wichtigen Veränderungen. Als Folge einer Revision des weltweit geltenden Standards, des System of Natio-

Kontenfolge für den Sektor Staat gemäß Tabelle A.5 des ESVG 1995

– ohne Finanzierungskonto (III.2) und ohne Konto der sonstigen Vermögensveränderungen (III.3) –

I. Produktionskonto	
Verwendung	Aufkommen
P.2 Vorleistungen B.1g <i>Bruttowertschöpfung</i> K.1 Abschreibungen B.1n <i>Nettowertschöpfung</i>	P.1 Produktionswert P.11 Marktproduktion P.12 Nichtmarktproduktion für die Eigenverwendung P.13 Sonstige Nichtmarktproduktion
II. Einkommensverteilungskonten und Einkommensverwendungskonto	
II.1 Konten der primären Einkommensverteilung	
II.1.1 Einkommensentstehungskonto	
Verwendung	Aufkommen
D.1 Arbeitnehmerentgelt D.29 Sonstige Produktionsabgaben D.39 Sonstige Subventionen B.2 <i>Betriebsüberschuß</i>	B.1n <i>Nettowertschöpfung</i>
II.1.2 Primäres Einkommenverteilungskonto	
Verwendung	Aufkommen
D.4 Vermögenseinkommen B.5 <i>Primäreinkommen</i>	B.2 <i>Betriebsüberschuß</i> D.2 Produktions- und Importabgaben D.3 Subventionen D.4 Vermögenseinkommen
II.2 Konto der sekundären Einkommensverteilung	
Verwendung	Aufkommen
D.59 Sonstige direkte Steuern und Abgaben D.62 Monetäre Sozialleistungen D.7 Sonstige laufende Transfers B.6 <i>Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)</i>	B.5 <i>Primäreinkommen</i> D.5 Einkommen- und Vermögensteuern D.61 Sozialbeiträge D.7 Sonstige laufende Transfers
II.3 Konto der sekundären Einkommensverteilung (Verbrauchskonzept)	
Verwendung	Aufkommen
D.63 Soziale Sachtransfers B.7 <i>Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)</i>	B.6 <i>Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)</i>
II.4 Einkommensverwendungskonto	
II.4.2 Einkommensverwendungskonto (Verbrauchskonzept)	
Verwendung	Aufkommen
P.42 Kollektivkonsum D.8 Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche B.8 <i>Sparen</i>	B.7 <i>Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)</i>
III. Vermögensbildungskonten	
III.1 Sachvermögensbildungskonto	
III.1.1 Konto der Reinvermögensveränderung aus Sparen und Vermögenstransfers	
Veränderung der Aktiva	Veränderung der Passiva und des Reinvermögens
B.10.1 <i>Reinvermögensveränderung durch Sparen und Vermögenstransfers</i>	B.8n <i>Sparen (netto)</i> D.9 Empfangene (+) und geleistete (-) Vermögenstransfers
III.1.2 Konto der Sachvermögenstransaktionen	
Veränderung der Aktiva	Veränderung der Passiva und des Reinvermögens
P.51 Bruttoanlageinvestitionen P.52 Vorratsveränderungen P.53 Nettozugang an Wertsachen K.1 Abschreibungen K.2 Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern B.9 <i>Finanzierungssaldo</i>	B.10.1 <i>Reinvermögensveränderung durch Sparen und Vermögenstransfers</i>

nal Accounts¹ (SNA), wird auch dessen EU-Variante, das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG), neu konzipiert. Derzeit gibt es erst eine noch feinabzustimmende und damit unveröffentlichte englische Version, an einer deutschen Fassung wird gearbeitet. Wird in diesem Aufsatz auf SNA oder ESVG verwiesen, ist, auch wenn die Umstellung der amtlichen deutschen Gesamtrechnung auf die neuen Standards erst noch bevorsteht, jeweils die revidierte Version² gemeint, es sei denn, es ist ausdrücklich vom alten ESVG die Rede. Weil im neuen System die Bezeichnung und Sequenz der Konten sich gegenüber dem alten ESVG geändert hat, wird hier die Kontensequenz in ihrer speziellen Ausprägung für den Staat in etwas gekürzter Fassung als Übersicht und Verständnishilfe geboten.

Der Zentralstaat ist neben den lokalen Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung einer der Subsektoren des VGR-Sektors Staat. In Deutschland ist er gleichbedeutend mit der Gebietskörperschaft Bund. Im neuen ESVG hat der Sektor Staat mit den „state governments“ einen weiteren Unterbereich. Ihn bilden in Deutschland die Bundesländer. Für die Definition „Zentralstaat“ bringt das eine erfreuliche Klärung. In der alten Fassung des ESVG waren auch die deutschen „Länder“ *expressis verbis* zum Zentralstaat gerechnet worden.

Mit der Anwendung des revidierten ESVG geht die Einführung einer neuen Wirtschaftszweigsystematik einher. Dort wird der Sektor Staat nicht mehr gleichzeitig auch als Wirtschaftszweig geführt, sondern die Produktion staatlicher Dienstleistungen wird tätigkeitsbezogen klassifiziert und, wie etwa bei Dienstleistungen des Bereichs Erziehung und Unterricht, ggf. zusammen mit den entsprechenden Leistungen der privaten Sektoren ausgewiesen.

1.2 Eurostat als Impulsgeber

Eurostat drängt seit langem die statistischen Ämter der Mitgliedstaaten der EU, Zahlen über die staatlichen Einnahmen und Ausgaben in den Regionen zu kompilieren. Die Gesamtschau des Staates ist das Fernziel, die Regionalisierung der Transaktionen des Zentralstaats ein Zwischenziel auf dem Wege dorthin. Eurostat möchte letztendlich ein föderal aggregiertes, konsolidiertes Budget aller staatlichen Ausgaben und Einnahmen haben, die irgendwie in einer Region ökonomisch wirksam werden. Was mit „wirksam werden“ konkret gemeint ist, also welches Inzidenzkon-

zept man dabei verfolgen soll, ist natürlich eine ganz entscheidende Frage.

Der Datenwunsch von Eurostat ist angesichts des Ziels der Additionalität durchaus nachvollziehbar: Bevor die EU regionalfördernde Mittel aus ihren Strukturfonds bereitstellt, sollen erst einmal die Mitgliedstaaten selbst genügend Eigenleistungen erbracht haben. Und inwieweit sie das getan haben oder nicht, soll in einem sogenannten „Regionalkonto Staat“ entsprechend transparent und vergleichbar gemacht werden. Beim Projekt Regionalkonto Staat handelt es sich also keineswegs um ein theoretisches Glasperlenspiel. Die Regionalzahlen zu den staatlichen Einnahmen und Ausgaben sind erklärtermaßen als Steuerungsinformation für den Einsatz von Mitteln der Strukturfonds der EU gedacht.

Das Thema Zentralstaat hat Eurostat eigentlich erst 1988 mit einem Workshop auf Breite gebracht. Manches, was schon damals kontrovers diskutiert wurde, ist noch heute in der Diskussion. Es war zunächst ein französisches Gutachten zum Thema gefertigt worden, danach auch ein holländisches. Unabhängig von den Eurostat-Aktivitäten veröffentlichte Rüschi einen österreichischen Lösungsversuch, die von ihm so genannte Regionale Aufbringungs- und Zuteilungsrechnung.³

1992 erbat Eurostat eine deutsche Machbarkeitsstudie zur Regionalisierung des Zentralstaats. Das Statistische Bundesamt in Wiesbaden, Adressat dieser Bitte, hatte damals Kapazitätsengpässe, weil es die nationalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in der Biregionalisierung für Ost- und Westdeutschland zu leisten hatte. Die Zuständigkeit für die Machbarkeitsstudie übernahm daher voll der Arbeitskreis VGR der Länder, das in Deutschland für die regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zuständige Gremium. Nach dessen Arbeitsteilung landete die Aufgabe beim Vertreter Schleswig-Holsteins, dem Verfasser dieses Beitrages.

Nebenbei bemerkt: Mit der Ost-West-Darstellung für Deutschland waren es die nationalen Gesamtrechner in Wiesbaden, die – vermutlich als erste ihrer Zunft – eine Methode zur kompletten Regionalisierung auch des Zentralstaats realisiert haben. Auf die verschiedenen Probleme, die diese politisch enorm bedeutsame, vorübergehend unabweisbare Sonderrechnung aufgeworfen hat, hat das Statistische Bundesamt allerdings immer wieder hingewiesen.⁴ Es wird

¹ United Nations, A System of National Accounts, Studies in Methods, Series F, No. 2, New York 1993

² Die hier zugrundeliegende Version ist die Fassung vom Dezember 1995.

³ Rüschi, G., Die regionale Aufbringungs- / Zuteilungsrechnung, Baden-Baden 1981

⁴ so auch in den Vorbemerkungen zum Hauptbericht 1994 von „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“, Fachserie 18, Reihe 1.3, Konten und Standardtabellen, Wiesbaden 1995

ab 1995 die volle Tiefe der Ergebnisse nur noch für Deutschland insgesamt bieten und die amtliche Biregionalisierung lediglich für ausgewählte Aggregate veröffentlichen. Daß diese Biregionalisierung nicht fortgeführt werden soll, liegt nicht zuletzt daran, daß die konzeptionellen Schwierigkeiten mehr und mehr auch mit empirischen Problemen einhergehen, die Transaktionen des Bundes auf Ost- und Westdeutschland zu verteilen.

Der Einfachheit halber wird immer nur von *dem* Regionalkonto Staat im Singular gesprochen. Das soll aber nicht ausschließen, daß damit auch mehrere zusammenhängende Konten gemeint sein können. Eine verbindliche Vereinbarung über Inhalt, Aufbau und Methodik des Regionalkontos Staat gibt es noch nicht. Den Begriff „Regionalkonto“ verwendet Eurostat nicht nur im Zusammenhang mit der statistischen Beobachtung des Staates, sondern er steht für ein breiter angelegtes, noch nicht endgültig konturiertes Datenspektrum regionaler Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, das für alle Mitgliedstaaten der EU einheitlich vorgehalten werden soll.

Verabschiedet und als Methodik inzwischen veröffentlicht⁵ ist die Berechnung der Bruttowertschöpfung und der Investitionen nach Wirtschaftsbereichen. Die Arbeiten an der Methodik des Regionalkontos der privaten Haushalte sind weitgehend abgeschlossen.

1.3 Erste Erörterung des Erkenntnisziels

Wenn der Zentralstaat

- Steuern und Abgaben erhebt,
- Steuererleichterungen gewährt,
- Subventionen an Unternehmen zahlt,
- sich in öffentlichen Wirtschaftsunternehmen engagiert,
- investiert,
- zu Investitionen von Unternehmen oder nachgeordneten Gebietskörperschaften Zuschüsse leistet,
- Vermögen erwirbt oder veräußert,
- Schulden aufnimmt oder tilgt,
- Zinsen zahlt,
- Transferzahlungen an private Haushalte leistet,
- Einkommen an seine Mitarbeiter zahlt,
- Güter und Dienste für seine laufende Tätigkeit kauft oder
- öffentliche Dienstleistungen unentgeltlich bereitstellt,

dann betrifft das die Regionen uneinheitlich.

⁵ Europäische Kommission, Methodik der regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen; Bruttowertschöpfung und Bruttoanlageinvestitionen nach Wirtschaftsbereichen, Luxemburg 1995

Die Unterschiede im regionalen Niederschlag zentralstaatlicher ökonomischer Aktivität können

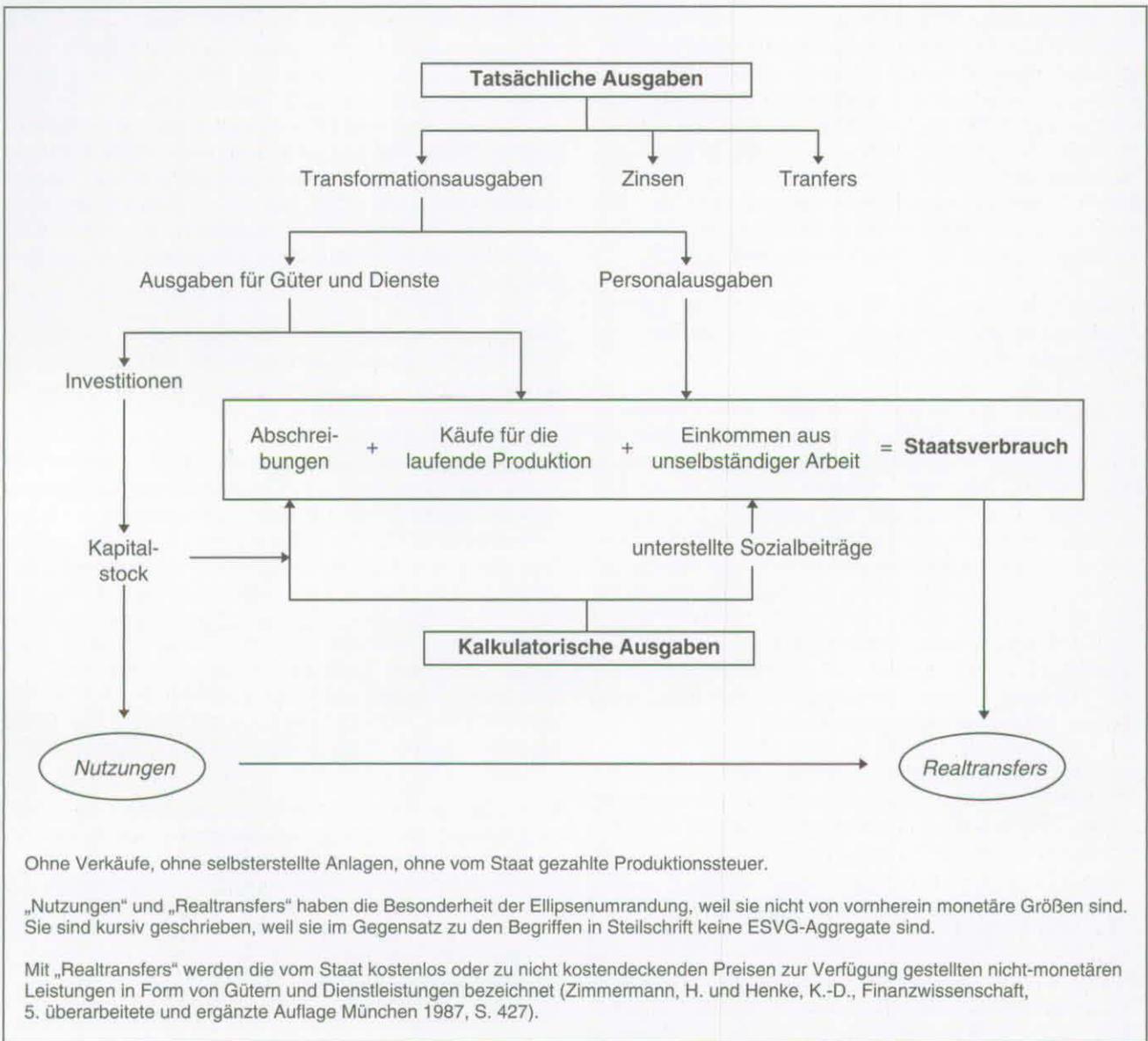
- geografisch determiniert sein, denn nicht alle Regionen haben nationale Außengrenzen, Meeresküsten, internationale Wasserstraßen oder strategisch bedeutsame Militärstandorte,
- von der Siedlungsstruktur, der Ballungsdichte vorgegeben sein (Beispiele: Die Verkehrsinfrastruktur muß sich der räumlichen Dichte von Bevölkerung und Wirtschaft anpassen. In ländlichen Regionen gibt es diseconomies of scale bei der Versorgung mit Bildung und Kultur.),
- unbeabsichtigtes Ergebnis einer regional ungleichen ökonomischen und/oder steuertechnischen Ausgangslage sein, d. h. die Regionen können sich im raumwirtschaftlichen Muster und/oder im Entwicklungsgrad unterscheiden,
- zufällig oder ungeplant sein (Aus Sicht des Zentralstaates sind die Verflechtung der Binnenpendler, die regionalen Überwälzungen indirekter Steuern und Vorteilswegnahmen bei Subventionen oder die regionalen Realtransfers regionalstatistische Nullsummenspiele, auf die er nicht oder nicht direkt Einfluß nimmt.),
- regionalpolitisch beabsichtigt sein.

Wenn die örtlichen Effekte zentralstaatlichen Handelns statistisch sichtbar werden sollen, dann muß das Erkenntnisziel, müssen die darzustellenden Effekte erst einmal näher definiert werden. Soweit der Staat die Umverteilung von Einkommen und Vermögen organisiert oder als Käufer von Gütern, Diensten und Faktorleistungen an Marktvorgängen teilnimmt, handelt es sich um finanzstatistisch erfaßte Vorgänge tatsächlicher Einnahmen oder Ausgaben. Aber für die von ihm produzierten und der Allgemeinheit unentgeltlich zur Verfügung gestellten Dienstleistungen gibt es unter der Bezeichnung Staatsverbrauch in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ein Verwendungsaggregat sui generis, zu dem es in der budgetären Sphäre der Einnahmen und Ausgaben keine direkte Entsprechung gibt.⁶

Aber selbst wenn sich die Darstellung zentralstaatlicher ökonomischer Tätigkeit auf seine Einnahmen und Ausgaben beschränken würde, würde sie sich nicht in einer reinen Sonderauswertung finanzstatisti-

⁶ Eine griffige Beschreibung des Konstruktes „Staatsverbrauch“ findet sich bei Reich, U.-P. und Braakmann, A., Das Sozialprodukt einer Volkswirtschaft: Grundsätze, Berechnung, Bedeutung, Stuttgart Berlin Köln 1995, S. 167. Im neuen SVG taucht der Begriff Staatsverbrauch nicht mehr auf. Er ist stärker nach individualisierbarem und nicht individualisierbarem (kollektiven) Verbrauch differenzierenden Terminologie gewichen.

Die wichtigsten im Zusammenhang mit staatlicher Ausgabebetätigkeit verwendeten Begriffe im schematischen Zusammenhang



scher Daten erschöpfen, denn die sind, soweit sie zentralstaatlichen Budgets entstammen, räumlich auf das gesamte Staatsgebiet bezogen. Es wäre auch nicht sonderlich informativ, wenn ersatzweise nur die mehr oder weniger zufällige regionale Kassenwirksamkeit nachgezeichnet würde. Wenn etwa Zahlung und Last von Mehrwert- und Verbrauchsteuern oder Produktion und Nutznießung von Gütern und Diensten des Staatsverbrauchs regional auseinanderklaffen, hat die regionale Gesamtrechnung damit nicht nur empirische, sondern auch konzeptionelle Probleme, die sich in nationaler Sicht und Rechnung überhaupt nicht stellen. Zwischen Kassen- und Leistungswirksamkeit zu unterscheiden ist gerade für die

zentralstaatliche Thematik elementar. Der statistisch nachgewiesene regionale Niederschlag soll das Ergebnis ökonomisch interpretierbarer Vorgänge sein.

Daß für die regionale Rechnung manche konzeptionelle Vorgabe erst noch zu entwickeln ist, eröffnet – bei aller Bindung an die Grundgedanken und Standards der international vereinbarten Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen – einen gewissen Spielraum, die Methodik an bestimmten Erkenntniszielen auszurichten. Und die sind ihrerseits von politischen Zielen und Mitteln bestimmt, für die regionale Indikatoren benötigt werden. Wenn man zustimmt, daß manche Politikbereiche wie etwa die Außenpolitik mit

regionaler Entwicklung wenig und andere wie etwa die Verkehrspolitik sehr viel zu tun haben, dann stellt sich die Frage, ob dies Unterschiede in der Untersuchungsbedürftigkeit, im Anspruch an methodischen und empirischen Regionalisierungsaufwand rechtfertigt oder sogar nahelegt. Immerhin kann man einzelnen Aufgabenbereichen, auch einzelnen Transaktionen des Zentralstaats durchaus a priori einen starken Raumbezug zu- oder absprechen. So dürften den Regionalpolitiker die in eine Region geflossenen Subventionen vermutlich mehr interessieren als die, nach welchem Kriterium auch immer berechnet, auf der Region lastenden Verbrauchsteuern.

Hieraus aber zu folgern, Regionaldaten des Zentralstaats seien als Ergebnismachweis der aktiven Regionalpolitik zu konzipieren, wäre wohl verfehlt: Die von der öffentlichen Hand ausgehenden Einflüsse auf die Situation einer Region sind, wie bereits dargelegt, nur zum geringen Teil das Ergebnis einer auf die Region als solche gerichteten Politik. Und möglicherweise ist die regionale Inzidenz gerade derjenigen Einnahmen und Ausgaben von Interesse, die finanztechnisch wie politisch regionsneutraler Natur sind, aber wie etwa Einkommensteuer oder Sozialhilfe an die ökonomische und damit regional uneinheitliche Situation der Individuen anknüpfen. Dennoch bleibt unter Abwägung von Aufwand und Erkenntnissertrag natürlich zu prüfen, ob auf den differenzierten Nachweis mancher Position verzichtet werden kann oder weniger Augenmerk gelegt zu werden braucht.

Die Abschnittsüberschrift deutet an, daß es zur Klärung des Erkenntnisziels noch weiterer Überlegungen bedarf. Der Faden wird, wie bereits erwähnt, im vierten Kapitel dieses Aufsatzes wieder aufgegriffen.

1.4 Zum Begriff der regionalen Inzidenz

Mit der Wirkung staatlicher Maßnahmen befaßt sich die Inzidenzforschung, dies allerdings auch in ihrer empirischen Ausrichtung weniger mit der Gewinnung, sondern mehr mit der Analyse von Daten. Sie bietet insofern keine direkt übernehmbaren Lösungsmuster, aber in ihre Begriffs- und Gedankenwelt einzutauchen kann helfen, sich über die Erkenntnisziele, an denen die Regionaldaten des Zentralstaats orientiert sein sollen, klarer zu werden.

Der finanzwissenschaftliche Begriff der Inzidenz bedeutet in seiner weitesten Definition zunächst nur Wirkung (staatlicher Einnahmen und Ausgaben). Für eine zweckmäßige Verwendung muß man ihn näher konkretisieren. Dafür gibt es diverse Kriterien.⁷ Ge-

⁷ Eine Zusammenfassung findet sich bei Recktenwald, H. C., Lexikon der Staats- und Geldwirtschaft, München 1983.

meinsam ist allen Inzidenzbegriffen der Kern der Fragestellung: Wer oder was ist von einer ökonomischen Transaktion oder einer staatlichen Maßnahme belastet und/oder wer oder was trägt den Vorteil? Als „wer oder was“ kommen soziale Gruppen, Generationen, wirtschaftliche Gruppen oder Sektoren oder eben Regionen in Betracht. Hier soll natürlich die darzustellende Inzidenz eine regionale sein. In welchem Sektor, in welcher sozialen Gruppe einer Region sich die zu analysierende staatliche Maßnahme niederschlägt, ist – wie etwa bei den Sozialleistungen – über die Transaktionsart determiniert oder muß, wenn es von Interesse ist, noch gesondert ermittelt werden.

Der Begriff regionale Inzidenz muß näher bestimmt, muß um mindestens ein weiteres Adjektiv ergänzt werden, wenn er als Zielvorgabe nicht trivial sein soll. Von den verschiedenen Adjektivgruppen zur Inzidenz, die dafür infrage kommen, bezeichnet die wohl wichtigste ihre Stufigkeit. Je nach Stufe – gemeint ist damit der Fortschritt des Überwälzungsprozesses – werden gesetzliche, formale und effektive Inzidenz unterschieden.⁸ Die gesetzliche Inzidenz stellt auf die Verteilung der Zahllast und der staatlichen Transferzahlungen ab. Die formale Inzidenz berücksichtigt die vom Staat/vom Gesetzgeber beabsichtigte, gewünschte oder erwartete Wirkung. Dies schließt vom Staat intendierte Überwälzungen, so etwa bei den indirekten Steuern oder bei bestimmten Subventionen⁹, mit ein, wobei in der Literatur sowohl die dabei benutzten Überwälzungshypothesen als auch die Be-

⁸ Die Begriffe werden in der Fachsprache nicht einheitlich gebraucht. Statt von gesetzlicher Inzidenz wird auch von der Inzidenz der tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben gesprochen (so Brümmerhoff, D., Finanzwissenschaft, 5. Auflage, München Wien 1990, S. 439). Zimmermann und Henke sehen die „Inzidenz der Zahlungspflicht“ als eine Unterart der formalen Inzidenz (Zimmermann, H. und Henke, K.-D., Finanzwissenschaft, Eine Einführung in die Lehre von der öffentlichen Finanzwirtschaft, 5. überarbeitete und ergänzte Auflage, München 1987, S. 207). Krause-Junk unterscheidet nur formale und materielle (effektive) Inzidenz (Krause-Junk, G., Steuern IV : Verteilungslehren, in: Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaften, Lieferung 9, VII.1977, S. 344). Musgrave et al. sprechen in Band 2 (S. 39) ihres Lehrbuches von gesetzlicher und ökonomischer Inzidenz, dürften damit meinen, was hier als formale und effektive Inzidenz bezeichnet wurde (Musgrave, R. A., Musgrave P. B. und Kullmer, L., Die öffentlichen Finanzen in Theorie und Praxis, Band 2, 5. völlig überarbeitete Auflage, Tübingen 1993).

⁹ Bei den Subventionen trifft der Begriff „Überwälzung“ eigentlich nicht. Zimmermann und Henke (a. a. O., S. 431) sprechen hier von „Vorteilswegnahme“, d. h. es gelingt dem Subventionsempfänger nicht, seinen Zahlungs- oder Leistungsvorteil zu behalten. Er muß ihn über niedrigere Absatzpreise oder höhere Faktorentlohnung teilweise abgeben.

schränkung allein auf die erste Wirkungsrunde kritisiert¹⁰ werden. Die effektive (synonym: materielle) Inzidenz drückt aus, wer im Endeffekt der Überwälzungsprozesse letztlich die Lasten einer Maßnahme trägt oder den Vorteil daraus empfängt. Sie ist allerdings auch nach der in der wissenschaftlichen Literatur vertretenen Meinung¹¹ praktisch kaum meßbar. Auf der ersten Stufe dagegen (gesetzliche Inzidenz) sind öffentliche Einnahmen und Ausgaben von der statistischen Ausgangslage her vergleichsweise gut zu ermitteln. Bestimmte Transaktionen wie vor allem die Mehrwert- und die Verbrauchsteuern dürften darüber hinaus auch auf der zweiten Stufe, der der formalen Inzidenz, signifikant nachweisbar sein. Für regionale Rechnungen ist besonders interessant, wie sich formale Inzidenz methodisch konkret ausprägen soll. Die Dichotomie gesetzliche versus formale Inzidenz ist weiter vorn mit den Begriffen Kassenwirksamkeit und Leistungswirksamkeit beschrieben worden.

Inzidenz stellt ab auf das Wirtschaftssubjekt, das den Nutzen oder die Last einer Maßnahme trägt. Nur wenn dieses Wirtschaftssubjekt eindeutig lokal bestimmbar ist wie etwa ein Unternehmen ohne Zweigniederlassungen, ist mit der Stufe der Inzidenz methodisch auch die Wirkungsregion festgelegt. Aber Unternehmen können in ihrer Produktionstätigkeit wie in ihrer Interaktion mit dem Staat regional diffundieren. Und private Haushalte können außerhalb ihrer Wohnsitzregion arbeiten, konsumieren oder Vermögen besitzen, Steuerzahlungen auslösen und nichtmarktbestimmte staatliche Dienste in Anspruch nehmen.

Bei den regionalen Effekten, die dargestellt werden sollen, geht es also nicht nur um den Grad der Über-

wälzung, die Stufe der Wirkung. Es bedarf noch zusätzlicher Regeln zur Regionalisierung: Für die aus Erwerbstätigkeit oder Vermögen resultierenden Transaktionen ist zu entscheiden, ob sie dem Arbeitsort oder dem Wohnort der erwerbstätigen Personen zugerechnet werden sollen. Soweit Menschen als Konsumenten und analog Unternehmen mit ihrem intermediären Verbrauch betroffen sind, ist zu entscheiden, wo methodisch gesehen dieser Verbrauch stattfindet, wohin die Steuerzahlungen gehören, die sie damit auslösen, und wohin – bei kollektivem Konsum – der Staatsverbrauch zu buchen ist. Es ist aber angesichts der Vielfalt regionaler Bestimmungsmöglichkeiten keineswegs sicher, daß dies auch zweifelsfrei gelingt.

2. Besonderheiten der Regionalrechnung, die für den Nachweis des Zentralstaates bedeutsam sind

2.1 Systembedingte Grenzen der Regionalisierung

Schon der Begriff macht es deutlich: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen oder *National Accounts* stellen ab auf Nationalstaat und Gesamtwirtschaft. Der nationale Rahmen spannt einen Raum auf, in dem Wirtschaftssubjekte nach weitgehend einheitlichen Bedingungen der Währung, des Außenwirtschafts-, Steuer-, Unternehmens-, Gewerbe-, Arbeits- und Umweltrechts frei agieren können. Was deswegen häufig Binnenmarkt genannt wird, wird vom Zentralstaat konstitutiv bestimmt und ist von seinen Transaktionen vielfältig durchdrungen. Auch nach vielen Deregulierungen, Internationalisierungen und Marktöffnungen sind National- oder Gesamtwirtschaften ökonomisch noch voneinander abgrenzbar, sind statistisch beobachtbare Realitäten. Dazu trägt der zentralstaatliche Haushalt, um dessen Regionalzerlegung es hier geht, erheblich bei, denn er konstituiert wesentlich das, was „Gesamtwirtschaft“ ausmacht.

Regionen, also räumliche Teile derartiger Gesamtwirtschaften, lassen sich statistisch weitaus schwieriger darstellen, denn die ökonomische Verflechtung zwischen ihnen unterliegt keinen administrativen Beschränkungen oder Maßnahmen, an die die Statistik anknüpfen könnte. Regionale Gesamtrechnungen gehen daher konzeptionell und empirisch vom Primat der nationalen Rechnung aus. Sie versuchen, statistische Grenzen zu ziehen, wo es sie ökonomisch nicht gibt, wenn man von örtlichen Steuern, Gebühren oder Lohn- und Gehaltstarifen einmal absieht.

Konzeptionell kann an dieses Problem auf zweierlei Weise herangegangen werden. Man kann den Standpunkt einnehmen, Gesamtrechnungen seien eigent-

¹⁰ Die formale Inzidenz unterstellt im allgemeinen, daß sich die Subventionen voll in Preissenkungen niederschlagen, während die indirekten Steuern voll zu Preiserhöhungen und die direkten Steuern voll zur Senkung der Faktorentgelte (einschließlich Gewinne) führen. Ansonsten gehe von den öffentlichen Leistungsabgaben kein Effekt auf die privaten Einkommen aus. Vergleiche hierzu Krause-Junk, Finanzwirtschaftliche Verteilungspolitik, in: Handbuch der Finanzwissenschaft, Band III, dritte, gänzlich neu bearbeitete Auflage, Tübingen 1981, S. 279 und 285 ff.

¹¹ so Krause-Junk (1977), a. a. O. und Musgrave et al., a. a. O. und Brümmerhoff, a. a. O.. Bohnet: „In empirischen Verteilungsanalysen wäre es einfach zu zeit- und kostenaufwendig, alle denkbaren Anpassungsreaktionen und deren Verteilungskonsequenzen zu ermitteln. Zudem würden nicht selten die dafür erforderlichen Informationen fehlen. So wird verständlich, warum empirische Untersuchungen zumeist auf einem Nebeneinander von empirisch ermittelten Daten und nicht überprüfbar Annahmen über Verhaltensreaktionen basieren.“ (Bohnet, A., Finanzwissenschaft: Staatliche Verteilungspolitik, München Wien 1989, S. 103)

lich nur für Gesamtwirtschaften aufstellbar, und eine Regionalrechnung könne daraus allenfalls und dabei mehr oder weniger überzeugend einige wichtige Aggregate, keineswegs aber regionale Kreisläufe ableiten. Man kann aber auch versuchen, die Gesamtwirtschaft regional so zu zerlegen, daß die Regionen ihrerseits als fiktive Gesamtwirtschaften dargestellt werden. Ein derartiges Vorgehen ist in zwei Varianten denkbar: Entweder man zerlegt die nationale Gesamtwirtschaft völlig in regionale Quasi-Gesamtwirtschaften, oder man zerlegt sie unter Beibehaltung einer separaten zentralen Einheit, in welcher die regional übergeordneten, für die Gesamtwirtschaft konstitutiven Transaktionen dargestellt werden.

Weil die Statistik wirtschaftliche Tätigkeit in aller Regel danach klassifiziert, wer sie ausübt, liegt es zunächst nahe, auch die regionale Zerlegung der Gesamtwirtschaft an Wirtschaftssubjekten oder – allgemeiner ausgedrückt – an statistischen Einheiten und deren Regionalbezug zu orientieren. Welche Probleme und welche Überlegungen dies aufwirft, schildern die folgenden Abschnitte.

2.2 Statistische Einheiten: Anknüpfungspunkte regionaler Bestimmung

Die Systeme nationaler Gesamtrechnungen nach SNA bzw. ESVG gehen von dem Prinzip aus, daß ökonomisches Handeln immer auf eine bestimmte Einheit beziehbar ist. Sie unterscheiden dabei zwei Konsistenzkreise ökonomischer Verflechtungen. Der Grundgedanke ist, die Produktion von Waren und Dienstleistungen und den Zusammenhang von Aufkommen und Verwendung dieser Güter nicht nur nach Sektoren, sondern auch tätigkeitsbezogen nach Produktionseinheiten und Wirtschaftsbereichen, die Einkommen und ihre Verwendung jedoch allein nach institutionellen Einheiten und Sektoren darzustellen. Die institutionellen Einheiten bezeichnet das SNA auch als Transaktoren. Die Produktionseinheiten gehören, wie ihr Name andeutet, allein in die Sphäre der Produktion von Gütern und Diensten. Sie sind idealiter nach Aspekten homogener Produktionsweisen abgegrenzt.¹² Die Darstellung nach Produkti-

onseinheiten ist nach dem SNA (Ziffer 2.44) außerdem nötig, um Informationen über die räumliche Verteilung der Produktion zu gewinnen. Die Produktionseinheit solle sich also auf nur einem Grundstück oder allenfalls noch auf benachbarten Grundstücken befinden.

Das Schema versucht, den dualen Ansatz des SNA zu verdeutlichen. Die institutionellen Einheiten des Staates sind die Gebietskörperschaften auf den verschiedenen Ebenen und die Sozialversicherungsträger, dazu auch private Organisationen ohne Erwerbszweck, soweit sie vom Staat kontrolliert und finanziert werden.

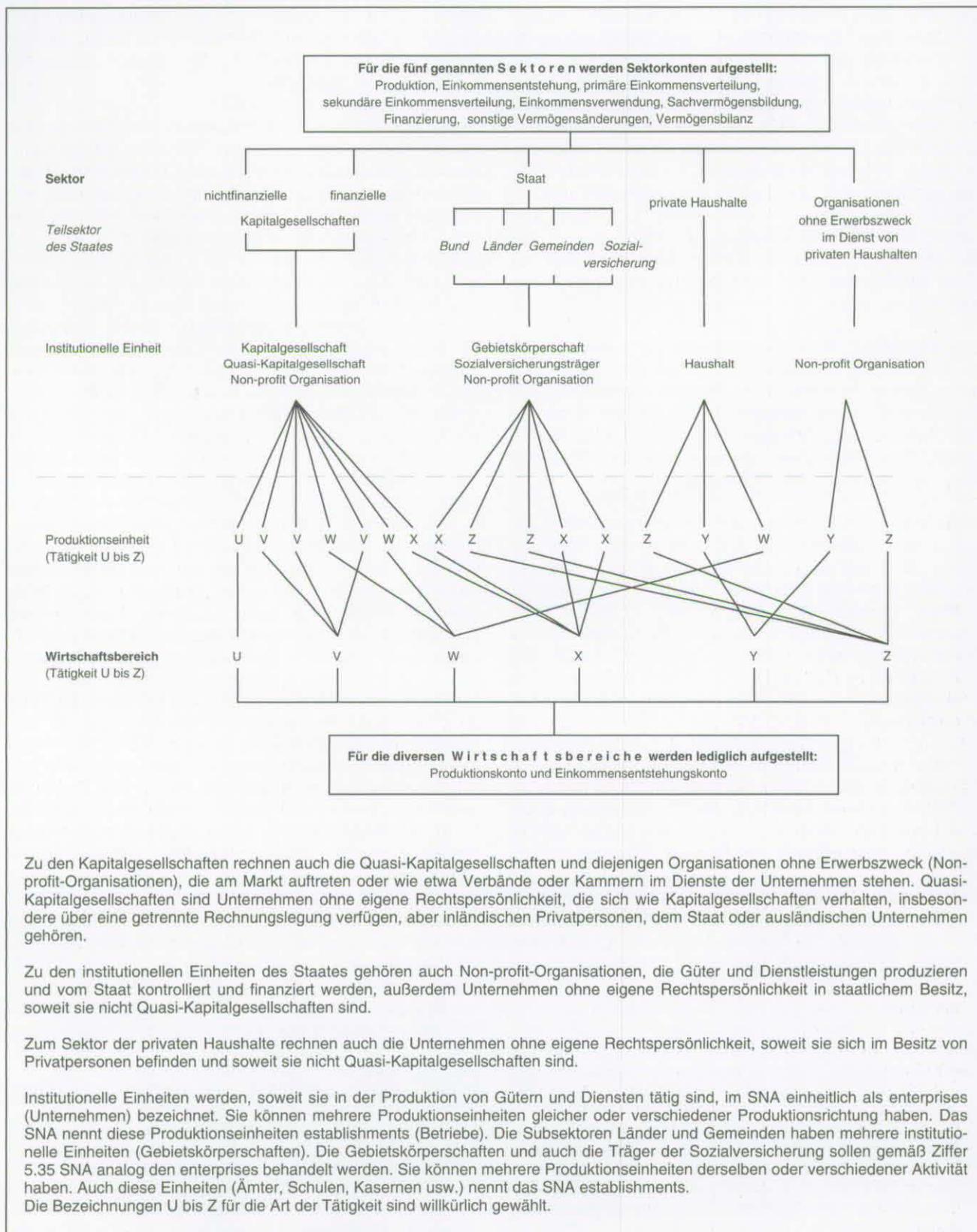
Der Subsektor Zentralstaat besteht, von eventuellen Non-profit Organisationen einmal abgesehen, aus lediglich einer institutionellen Einheit. Das SNA (Ziffer 4.119) stellt ausdrücklich heraus, daß auch Ministerien keine gesonderten institutionellen Einheiten sind.

In der Gliederung nach Wirtschaftsbereichen gibt es dann nicht mehr eine Rubrik für „den“ Staat als Wirtschaftszweig, sondern die Dienststellen, Schulen, Ämter und Kasernen rechnen je nach ihrer Tätigkeit zu Wirtschaftsbereichen, die wie etwa das Erziehungs- oder das Gesundheitswesen zwar staatsstyptisch sein mögen, zu denen aber auch Produktionseinheiten nichtstaatlicher Sektoren (z. B. Privatschulen oder private Krankenhäuser) gehören können. Umgekehrt kann auch der Staat mit seinen Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit (Regiebetriebe) durchaus in Wirtschaftsbereichen tätig werden, die sich typischerweise aus Betrieben anderer Sektoren konstituieren.

Was bedeutet das nun für den Versuch, die Transaktionen des Zentralstaats zu regionalisieren? Soweit es um die Produktion von Gütern und Diensten geht, bilden die Daten für die örtlichen fachlichen Einheiten (Produktionseinheiten) die Berechnungsbasis. Für die Transaktionen der Verteilung, Umverteilung und Verwendung von Einkommen und für die der Vermögensveränderung kommt aber nur die institutionelle Darstellung in Betracht. Die Philosophie des SNA gibt daher eigentlich keine Möglichkeit zur Regionalisierung der institutionellen Einheit Zentralstaat her. Dieser Befund soll noch nicht bedeuten, daß das Vorhaben aufgegeben wird. Das SNA ist mit einer Ausnahme, auf die im nächsten Abschnitt eingegangen wird, an nationaler Gesamtrechnung orientiert. Regionale Gesamtrechnungen – das sei hier zunächst einmal als These formuliert – sollten zwar weitgehend dem Primat der nationalen Rechnung folgen, aber es mag methodische Grenzfälle geben, bei denen die Puristik der Methode einen geringeren Stellenwert hat als die regionale Signifikanz der Information, die geboten werden soll.

¹² Die Wahl der statistischen Einheit – enterprise oder establishment – wird international uneinheitlich getroffen. In der nationalen Version der deutschen Gesamtrechnung wird auch nach Umstellung auf das neue SNA/ESVG das Unternehmen (enterprise) und nicht der Betrieb die Darstellungseinheit auch für die Wirtschaftsbereiche sein. Gesonderte Produktionseinheiten sind nicht vorgesehen, weil in Deutschland Angaben in der Rechnungslegung in der Regel nur für das ganze Unternehmen verfügbar sind. Zum „deutschen System“, wie es dort bezeichnet wird, siehe Lützel, H., Revidiertes System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, in: *Wirtschaft und Statistik*, Heft 10/1993, S. 711 und S. 716.

Sektoren versus Wirtschaftsbereiche im System of National Accounts
 – stark vereinfachtes Schema –



2.3 Statistische Einheiten in den Regionalkapiteln des SNA und des ESVG

Die bisherigen Versionen von SNA und ESVG haben die regionale Zuordnung wirtschaftlicher Tätigkeit nicht oder nur sehr nachrangig behandelt. Dies liegt sicherlich daran, daß es im dualen System eine zur institutionellen Darstellung alternative Ebene funktional abgegrenzter statistischer Einheiten gibt, die auch die Belange der Regionalrechnung abdeckt. Man unterstellte, daß die Vorgänge der Produktion von Gütern und Diensten und die der Sachkapitalbildung mit der Zuordnung zu den funktionalen Einheiten über deren Regionalkoordinaten auch örtlich genau bestimmt sind.¹³ Offen blieb aber, wohin regional die nicht zur Sphäre der Produktion rechnenden Transaktionen gehören.

Das System of National Accounts 1993 enthält nun im Gegensatz zu seinen Vorgängerversionen auch einen kurzen Abschnitt über Regional Accounts. Dort wird eine zu den Möglichkeiten der Regionalisierung des Zentralstaats sehr zurückhaltende Position vertreten. Das neue SNA unterscheidet zunächst drei Arten von institutionellen Einheiten:

- Regionale Einheiten, deren Interessenssphäre („centre of interest“) in nur einer Region liegt und die hauptsächlich auch nur dort tätig sind. Dazu würden private Haushalte, Einbetriebsunternehmen, Verwaltungen von lokalen Gebietskörperschaften und Gebietskörperschaften unterhalb der nationalen Ebene („state governments“) sowie Sozialversicherungsträger und private Non-profit-Organisationen mit örtlich begrenztem Wirkungskreis rechnen.
- Multiregionale Einheiten mit einer auf mehrere Regionen verteilten, aber nicht die gesamte nationale Fläche abdeckenden Sphäre der Interessen. Dazu würden viele Unternehmen und eine Reihe von Organisationen ohne Erwerbszweck gehören.
- Nationale Einheiten, deren Interessenssphäre geografisch nicht bestimmbar sei, auch nicht im Sinne multiregionaler Zuordnung. Dies gelte für den Zentralstaat und für eine kleine Zahl öffentlicher Monopol- oder Quasimonopol-Unternehmen wie etwa die Bahn.

Schon bei den multiregionalen Einheiten sei ein Teil der Transaktionen, streng genommen, vom Konzept

¹³ Für die Regionalrechnung gibt es erhebliche Probleme, wenn wie in der nationalen VGR der Bundesrepublik Deutschland die institutionelle und häufig multiregional ausgeprägte Einheit „Unternehmen“ auch für die funktionale Darstellung nach Wirtschaftszweigen zugrunde gelegt wird.

her nicht regionalisierbar. Das gelte für den Hauptteil der Vermögenseinkommen¹⁴ und für Finanztransaktionen. Konsequenterweise könne man auf der regionalen Ebene eindeutig nur die Wertschöpfung und den Betriebsüberschuß definieren, nicht aber andere Saldogrößen wie verfügbares Einkommen, Ersparnis und Finanzierungssaldo.

Noch komplexere Probleme entstünden, wenn man die nationalen institutionellen Einheiten regionalisieren will. Deren Interessenssphäre regional herunterzurechnen sei konzeptionell fragwürdig, weil nur ein Teil der Aktivitäten regional beziehbar sei. Als Beispiel für Unregionalisierbarkeit nennt das SNA die Zinsen auf die öffentliche Schuld, und zwar ausdrücklich auch für den in der empirischen Praxis unrealistischen Fall, daß die Zinsempfänger regional identifizierbar sind. Das dürfe vermutlich – so die vorsichtige Formulierung des SNA – zu Überlegungen führen, zusätzlich zu den Regionen eine Art nationalen Sektor zu bilden, der regional unaufgeteilt bleibt. Dieser Sektor würde über lokale Einheiten in den Regionen verfügen.

Der Vorstellung, zur vollständigen Regionalisierung aller Transaktionen auf freihändige Schätzverfahren („rules of thumb“) zurückzugreifen, erteilt das SNA eine Absage, weil es mit einer irgendwie approximativen Schätzung nicht getan sei, sondern die Probleme vom Konzept her nicht lösbar seien. Dieser Schwierigkeiten wegen wäre auch nirgendwo die Regionalrechnung so voll ausgebaut wie die nationale Rechnung.

Auch das neue ESVG hat jetzt ein besonderes Kapitel über regionale Gesamtrechnungen. Es ist ausführlicher als das des SNA, obwohl das ESVG insgesamt deutlich umfangärmer ist. Man mag darin die hohe Bedeutung erkennen, die die EU der Regionalrechnung zuerkennt. Vielleicht ist deshalb auch das ESVG im Urteil über Versuche, multiregionale institutionelle Einheiten zu regionalisieren, nicht so rigide wie das SNA:

Anders als das SNA unterscheidet das ESVG lediglich nach uni- und nach multiregionalen Einheiten. Zu den multiregionalen rechnet es auch den Zentralstaat. Auch das ESVG sagt, daß, streng genommen, ein Teil der Transaktionen der multiregionalen Einheiten vom Konzept her nicht regionalisierbar seien.

¹⁴ Das SNA konkretisiert das nicht näher, meint damit aber sicherlich die Soll- und die Habenzinsen, die bei den multiregionalen Unternehmen ähnlich problematisch zu regionalisieren sind wie die Zinsen auf die öffentliche Schuld. Möglicherweise ist damit aber auch gemeint, daß bei der Verteilung von Vermögenseinkommen – etwa von Gewinnen – Quelle und Ziel dieses Stroms regional keineswegs in derselben Region liegen müssen.

Wortgleich mit dem SNA wird auch approximativ Schätzungen eine Absage erteilt, denn die Gründe, die dagegen sprechen, für die Produktionseinheiten (im ESVG heißen sie fachliche Einheit auf örtlicher Ebene) die volle Sequenz aller Konten aufzustellen, seien genauso gegen die vollständige regionale Aufteilung der institutionellen Einheiten und ihrer Konten ins Feld zu führen.

2.4 Indirekte Steuern und Subventionen: Niveaudeterminanten des Inlandsprodukts

Das neue ESVG wird den definitorischen Zusammenhang zwischen den Aggregaten, die den Konsumenten der Gesamtrechnung vertraut sind, ähnlich stark verändern wie der Übergang der Berechnungen auf das sogenannte Nettosystem¹⁵ anlässlich der Einführung der Mehrwertsteuer in das Steuersystem (in der Bundesrepublik Deutschland 1968) und später in die Gesamtrechnung (etwa 1977 und dann rückwirkend). Damals waren die Aggregate der Entstehungsrechnung neu definiert worden. Das Bruttoinlandsprodukt wird seitdem nur noch für die Gesamtwirtschaft nachgewiesen, nach Wirtschaftsbereichen wird allein die als Begriff damals neu eingeführte Bruttowertschöpfung gemessen. Nach dem derzeit noch angewandten ESVG gilt:

$$\begin{aligned}
 & \text{Unbereinigte Summe der Bruttowertschöpfung} \\
 & \text{der Wirtschaftsbereiche} \\
 & - \text{unterstellte Entgelte für Bankdienstleistungen} \\
 \hline
 & = \text{Bereinigte Summe der Bruttowertschöpfung} \\
 & \text{der Wirtschaftsbereiche} \\
 & + \text{Nichtabziehbare Umsatzsteuer und} \\
 & \text{Einfuhrabgaben} \\
 \hline
 & = \text{Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen}
 \end{aligned}$$

Die Differenz zwischen der unbereinigten Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche und dem Inlandsprodukt stellen die sog. Zwischenposten dar, von denen zwei zu den Einnahmearten des Zentralstaats rechnen: Die nichtabziehbare Umsatzsteuer und die Einfuhrabgaben werden der in der Entstehungsrechnung ermittelten Bruttowertschöpfung global hinzugefügt. Eine wirtschaftliche oder sektorale Gliederung dieser Zwischenposten war mit Einführung des Nettosystems entbehrlich geworden. Es sollte lediglich der Betrag des inländischen Güteraufkommens dem der inländischen Güterverwendung angepaßt werden, damit die Verwendung der Güter zu den tatsächlichen Marktpreisen nachgewiesen werden kann (altes ESVG Ziffer 420).

¹⁵ Ansatz der Werte der Waren und Dienste ohne abziehbare Mehrwertsteuer (siehe altes ESVG Ziffer 636 ff.)

Die deutsche regionale Gesamtrechnung hat damals den Übergang auf das Nettosystem analog zur nationalen Rechnung nachvollzogen. Daß für die nichtabziehbare Umsatzsteuer und die Einfuhrabgaben aus der nationalen Rechnung nur Gesamtansätze vorlagen und keine Teilmengen, an die eine differenzierte Regionalisierung hätte anknüpfen können, warf die Frage nach der Zweckmäßigkeit auf, die für die Regionen ökonomisch irrelevanten Zwischenposten akribisch zu regionalisieren. Die deutsche Regionalrechnung ordnet die Zwischenposten grundsätzlich entstehungsseitig zu, sieht das Bruttoinlandsprodukt als Indikator der Produktion.¹⁶ Letztlich wird aber nur hilfsweise mit der zusammengefaßten Bruttowertschöpfung des Unternehmenssektors geschlüsselt, in der Annahme, daß dies der Regionalverteilung der im Güteraufkommen enthaltenen Steuern und Abgaben einigermaßen entspricht. Berechnungen, die sich am örtlichen Kassenaufkommen orientieren, hatten zu unbefriedigenden Ergebnissen geführt.

Diese eher pragmatische, pauschale Zuordnung erscheint vertretbar, weil die Zwischenposten für sich allein kaum von regionalanalytischem Interesse sind, denn die Einnahmen aus Einfuhrabgaben und Umsatzsteuer stehen den regionalen Fischen nur anteilig (Umsatzsteuer) und dann auch zu einem vom örtlichen Aufkommen unabhängigen Teil zu. Und für die Zahler dieser Abgaben stellen sie – jedenfalls nach den Hypothesen der Gesamtrechnung – lediglich durchlaufende Posten dar. Das ESVG unterstellt, daß die Einfuhrabgaben und die nichtabziehbare Umsatzsteuer – ebenso wie auch die Produktionssteuern – voll überwältigt und die Subventionen sich ohne Vorteilswegnahmen als Betriebsüberschuß und voll als Preissenkung niederschlagen.

Dies kommt auch in der Definitionsgleichung

$$\text{Volkseinkommen} = \text{Nettosozialprodukt zu Marktpreisen} - \text{indirekte Steuern} + \text{Subventionen}$$

zum Ausdruck.¹⁷

Das nun revidierte ESVG gliedert die indirekten Steuern (unter Vermeidung dieses Begriffes) und die

¹⁶ Dies wurde durch die nationale deutsche Gesamtrechnung vorgezeichnet, die erst 1992 dazu übergegangen ist, das Bruttoinlandsprodukt nicht nur als Indikator der Entstehungs-, sondern auch der Verwendungsrechnung anzubieten und damit das Bruttosozialprodukt, das primär als Einkommensindikator anzusehen ist, weitgehend abzulösen. Siehe hierzu auch Brümmerhoff, D. und Lützel, H. (Hrsg.), Lexikon der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, München Wien 1994 S. 61.

¹⁷ Brümmerhoff (1990), a. a. O., S. 439. Diese Annahme der formalen Inzidenz findet sich auch im jetzt revidierten System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (SNA Ziffer 6.206).

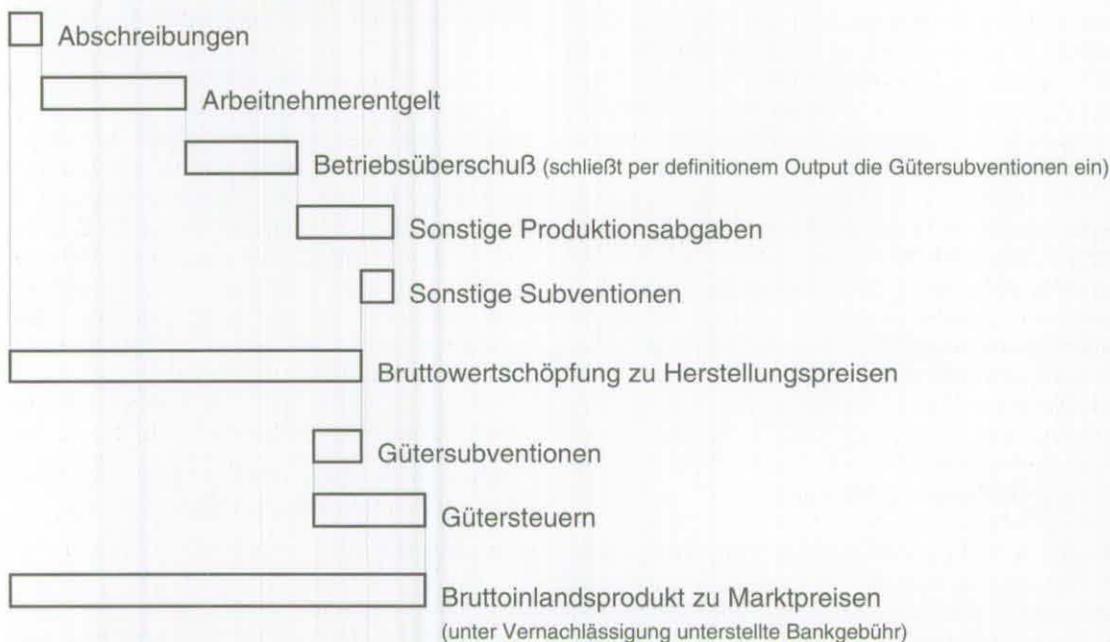
Herstellungspreise, Produktionssteuern und Einfuhrabgaben, Subventionen im neuen ESVG

Systematik der Transaktionen:

- D.2 Produktions- und Importabgaben
 - D.21 Gütersteuern
 - D.211 Mehrwertsteuer (MwSt)
 - D.212 Importabgaben
 - D.2121 Zölle
 - D.2122 Importsteuern
 - D.214 Sonstige Gütersteuern (z. B. Mineralöl- oder Tabaksteuer)
 - D.29 Sonstige Produktionsabgaben (z. B. Lohnsummen-, Gewerbe-, Kfz-Steuer)

- D.3 Subventionen
 - D.31 Gütersubventionen
 - D.311 Importsabventionen
 - D.312 Sonstige Gütersubventionen
 - D.39 Sonstige Subventionen (z. B. Umweltschutzsubventionen, MwSt-Überkompensation)

Definitorischer Zusammenhang der Aggregate:



Subventionen neu. Die Einzelheiten zeigt die schematische Übersicht. Das neue ESVG sieht eine Wertschöpfung zu Herstellungspreisen vor. Dieser Begriff liegt definitorisch zwischen der bisherigen Wertschöpfung zu Marktpreisen und der zu Faktorkosten, denn die Herstellungspreise enthalten nicht die Gütersteuern, wohl aber die übrigen, auf den Produktionsprozeß oder auf die Produktionsmittel bezogenen Produktionsabgaben abzüglich der sog. sonstigen Subventionen. Die Gütersubventionen dagegen sind Bestandteil der Herstellungspreise. Der Rechen-

weg von der Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche bis zum Inlandsprodukt ändert sich entsprechend. Die Wertschöpfung zu Faktorkosten sieht das neue ESVG als Aggregat nicht mehr vor. Es weist aber darauf hin (Ziffer 9.24), daß sie aus der Wertschöpfung zu Herstellungspreisen durch Subtraktion der sonstigen Produktionsabgaben abzüglich sonstiger Subventionen abgeleitet werden kann.

Für die regionale Entstehungsrechnung hätte der Übergang auf die Wertschöpfung zu Herstellungs-

preisen große Vorteile, weil dann die gewichtigen Störvariablen Mineralöl-, Tabak- und Branntweinsteuer zumindest von der Wertschöpfungsberechnung definitorisch ferngehalten sind und auch für die Berechnung des Inlandsprodukts nur noch global, also ohne weitere Subklassifikation, benötigt werden. Das Aufkommen dieser Steuern besteht nämlich aus großen, im Zeitablauf stark schwankenden regionalen Klumpen. Es bläht die nach derzeitiger Methodik berechnete regionale Wertschöpfung auf und schadet deren indikatorischer Bedeutung, weil es für Steuerzahler wie für die örtlichen Fischen lediglich durchlaufende Posten darstellt. Die Verbrauchsteuern stehen einzig dem Bund zu, die Bestimmungen zu ihrer Erhebung bei multiregionalen Unternehmen lassen noch nicht einmal die Annahme zu, daß das Aufkommen regional kongruent zur Produktion der besteuerten Waren ausfalle.

Bei allen Änderungen bleibt es aber dabei, daß bestimmte Einnahmen des Zentralstaats rechnerisch der nach Wirtschaftsbereichen klassifizierten Wertschöpfung hinzuzufügen sind, um letztlich auf die gängige und regionalpolitisch gefragteste Größe Bruttoinlandsprodukt zu kommen. Nach derzeitigem Verständnis von dem, was das regionale Inlandsprodukt sein soll, müßten dann Gütersubventionen und Gütersteuern nach dem Produktionsort dieser Güter regionalisiert werden. Bisher wird nämlich in der deutschen Regionalrechnung das Niveau des Inlandsprodukts produktionsseitig bestimmt, auch wenn die Einzelaggregate des letzten und des intermediären Verbrauchs sowie die Investitionen einschließlich der intra- wie interregional überwältigten Preisbestandteile nachgewiesen werden. Die Zwischenposten laut Entstehungsrechnung und die implizit auf den Gütern der Verwendung lastenden Steuern und Einfuhrabgaben unterscheiden sich um einen Betrag, den man als regionalen Steuersaldo bezeichnen könnte und der Teil des regionalen Außenbeitrages¹⁸ ist. Anders ausgedrückt: Das Niveau des Inlandsprodukts bleibt hinsichtlich der Berechnungsseite (Entstehung oder Verwendung) neutral, weil jeder interregionale Überwälzungsvorgang ceteris paribus mit einem je nach Blickrichtung höheren Export oder einem höheren Import einhergeht. Theoretisch und definitorisch sind also Inlandsprodukt und Zwischenposten auch über die Verwendungsseite bestimmbar. Empirisch allerdings ist das kaum lösbar, weil schon der regionale Außenbeitrag sich statistischer Beobachtung weitgehend entzieht.

Für die Regionalisierung der Transaktionen des Zentralstaats ergeben sich gewisse Schlußfolgerungen:

¹⁸ Der Außenbeitrag ist hier zu verstehen als Differenz von Einfuhr und Ausfuhr über die nationalen Grenzen plus der Differenz aus intranationalen, aber interregionalen Lieferungen und Bezügen.

Wo ein regionales Bruttoinlandsprodukt nachgewiesen wird, gibt es – ob implizit enthalten oder explizit ausgewiesen, ob pauschaliert oder mit dem Anspruch auf empirisch ermittelte regionale Signifikanz gerechnet – eine Vorstellung über die Regionalverteilung der Produktionssteuern und der Subventionen. Diese Regionalverteilung kann den analytischen Ansprüchen und der Inzidenzvorstellung des Regionalkontos Zentralstaat, auf deren denkbare Ausprägungen im nächsten Abschnitt eingegangen wird, genügen oder nicht. Falls nein, ist zu überlegen, ob man die für das Regionalkonto Zentralstaat präferierte Regionalverteilung der Produktionssteuern und Subventionen in die Methodik der Inlandsproduktsberechnungen einbaut oder ob man den erklärungsbedürftigen Nachteil in Kauf nimmt, daß es zu einem ökonomischen Sachverhalt zweierlei statistische Aussagen gibt.

3. Zentralstaatliche Transaktionen mit Regionalisierungsbesonderheiten

3.1 Produktions- und Importabgaben und Subventionen

Wohin gehören einer Methode zufolge, die inzidenzanalytisch ergiebig, konzeptionell paßfähig und empirisch umsetzbar sein will, die Produktions- und Importabgaben und die Subventionen: in die Region des die Steuer abführenden bzw. die Subventionszahlung empfangenden Produzenten, in die Region(en) der intermediären oder in die Region der letzten Verwendung des besteuerten bzw. subventionierten Gutes? Diese Frage ist auf europäischer Ebene bereits intensiv diskutiert worden. Anlaß war, daß Eurostat mit zeitlichem Vorlauf zum Regionalkonto Zentralstaat eine EU-abgestimmte Methodik zur Entstehungsrechnung entwickelt hat, die aber in der Inzidenzfrage letztlich nur mit einem Kompromißvorschlag beendet werden konnte. Einig war man sich nur, daß diese Steuern und Subventionen dann, wenn sie nicht stückbezogen sind, an den Produktionsort gehören. Über die Gütersteuern und die Gütersubventionen hatte es eine kontroverse Diskussion mit drei divergierenden, unvereinbaren Standpunkten gegeben:

- Die Gütersteuern und die Gütersubventionen sollten dorthin regionalisiert werden, wo die Güter produziert worden sind.
- Die Gütersteuern und die Gütersubventionen sollten dorthin regionalisiert werden, wo die betreffenden Güter in die letzte oder in die intermediäre Verwendung gehen. Sie würden zum Produkt und nicht zur Produktion gehören.
- Zwar sollte die Mehrwertsteuer nach dem Verbrauch geschlüsselt werden, aber die anderen Gü-

tersteuern und die Gütersubventionen sollten nach dem Produktionsort der Güter regionalisiert werden.

Der erwähnte Kompromiß sieht vor, Gütersteuern und Gütersubventionen nach Maßgabe der regionalen Bruttowertschöpfung aller Bereiche zu Herstellungspreisen (basic prices) örtlich zuzurechnen. Er steht aber unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß er für die Methodik der Regionalisierung zentralstaatlicher Transaktionen nicht bindend sei.

Dieser Vorbehalt entspringt offenbar der Auffassung, daß die Regionalisierung der güterbezogenen Steuern und Subventionen nach dem Verbraucher inzidenzanalytisch ergiebiger ist, und der Hoffnung, daß sie empirisch auch gelingt. Gleichzeitig läßt dieser Vorbehalt offen, ob die Regionalisierung der zentralstaatlichen Transaktionen lediglich isolierter Spezialanalyse dienen soll und damit Alternativregionalisierungen ein und derselben Transaktionsart zulässig sind oder ob sie sich in ein System von Regionalkonten verschiedener Sektoren mit Buchung und Gegenbuchung paßfähig einordnen soll.

Die Trennung nach güterbezogenen und nicht güterbezogenen Steuern und Subventionen kommt einer Unterscheidung nach leicht und nach schwer verfolgbaren Überwälzungsprozessen gleich. Sollte man sich für eine Regionalisierung der indirekten Steuern und der Subventionen nach dem Kriterium der tatsächlichen Belastung bzw. der tatsächlichen Begünstigung entschließen, dann mag man bei den Produktionssteuern aus Statistiken über den privaten Verbrauch noch gewisse Anhaltspunkte finden, an die eine Regionalisierung nach dem Träger der Steuer anknüpfen kann. Zu den Subventionen sind Regionalergebnisse nach Maßgabe des letztlich Begünstigten noch weitaus schwerer zu erzeugen. In der amtlichen Gesamtrechnung werden die Subventionen beim Empfänger der Zahlung nachgewiesen, auch wenn vom Staat sogar intendiert ist, daß der die Mittel im Wirtschaftskreislauf direkt oder via Preisnachlaß nur durchreicht. Der Empfänger der Subvention muß also nicht mit dem letztlich Begünstigten identisch, muß aber ein Unternehmen sein.

Dieses Empfängerprinzip bedeutet für die regionale Rechnung, daß die Subvention nicht nur dem – im inzidenzanalytischen Sinne – „falschen“ Wirtschaftszweig, sondern auch der „falschen“ Region zugeschrieben wird. So werden beispielsweise über den sog. Kohlepfennig den schleswig-holsteinischen Energieerzeugern Subventionen zugerechnet, die mittelbar dem Steinkohlebergbau an Ruhr und Saar zugute kommen. Nun könnte man meinen, das Problem wäre einfach zu lösen, indem man wenigstens in regionaler Hinsicht vom Empfängerprinzip abgeht und die Subventionen zwar demselben Wirtschafts-

zweig wie in der nationalen Rechnung, aber regional nicht dem unmittelbaren Empfänger der staatlichen Zuwendung, sondern dem letztlich durch die Subvention Begünstigten zuordnet. Damit aber würde man den auch regionalanalytisch erforderlichen Aggregatzusammenhang zwischen Wertschöpfung zu Marktpreisen, Betriebsüberschuß und Einkommen zerstören. Es bedarf – dies sei hier nur angerissen – ganzheitlicher Lösungen, wie sie in Deutschland für die Interventionskäufe in der Landwirtschaft gefunden worden sind.¹⁹

3.2 Kollektivverbrauch

Der Staat produziert einen erheblichen Teil der Güter des Inlandsprodukts. Für regionalanalytische Zwecke ist deshalb von Interesse, wo er als Arbeitgeber Erwerbsmöglichkeiten bietet, wo er seine Güter und Dienste kauft und damit weitere Einkommen induziert. Aber nicht nur die Produktion der vom Staat beanspruchten (gekauften) Güter und Dienste und deren Transformation in weit überwiegend nichtmarktbestimmten Output löst ökonomische Wirkungen aus, sondern auch ihre Bereitstellung als Staatsverbrauch.

Das ESGV verwendet nicht mehr den Begriff „Staatsverbrauch“, sondern unterscheidet – nicht nur speziell für den Staat – auf der Produktionsseite zunächst zwischen

- Marktproduktion, der
- Nichtmarktproduktion für die Eigenverwendung (im Falle des Staates im wesentlichen dessen selbst-erstellte Anlagen) und der
- sonstigen Nichtmarktproduktion.

Die Produktion des Staates besteht weit überwiegend aus der drittgenannten Kategorie, der „sonstigen Nichtmarktproduktion“. Charakteristisch für sie ist, daß ihr Wert nur über die Kostenseite gemessen werden kann, denn Marktpreise dafür fehlen. Der Produktionswert ist – wie bei den anderen Sektoren auch – die Summe aus Bruttowertschöpfung und Vorleistungen, aber die Bruttowertschöpfung wird als Summe von Personalausgaben, Abschreibungen und Produktionssteuern ermittelt. Der Betriebsüberschuß aus sonstiger Nichtmarktproduktion ist unterstelltermaßen null. Sieht man einmal von noch zu erörternden Problemen ab, die Vorleistungen valide zu regionalisieren, dann ist die räumliche Zuordnung von Produktionswert und Wertschöpfung vergleichsweise einfach, vorausgesetzt, man kennt die örtliche Verteilung staatlichen Personals und staatlichen Anlagevermögens. Der Weg, die Wertschöpfung additiv über

¹⁹ siehe hierzu: Einige Gedanken zu regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, in Heft 2/1994 dieser Zeitschrift, S. 30

die Kosten zu ermitteln, ignoriert allerdings die internen Leistungsströme im Sektor Staat: Analog dem Unternehmenssektor müßten eigentlich die Leistungen etwa einer zentralen Besoldungsstelle fiktiv bewertet und den Vorleistungen und damit den Produktionswerten der Dienststellen des Einzugsbereichs dieser Besoldungsstelle zugeschlagen werden.

„Sonstige Nichtmarktproduktion“ wird aber auch von nichtstaatlichen Transaktoren, nämlich insbesondere von den privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, bereitgestellt. Der Teil seines Produktionswertes, den der Staat weder verkauft noch investiert (selbsterstellte Anlagen), also sein tatsächlicher letzter Verbrauch, wird im neuen ESGV jetzt nach Dienstleistungen für den Kollektivverbrauch einerseits und Waren und Dienstleistungen für den Individualverbrauch andererseits unterschieden. Nach der jetzt beschlossenen Revision wird der letzte Verbrauch des Staates außer nach dem bislang üblichen Ausgabenkonzept zusätzlich auch nach dem Verbrauchskonzept nachgewiesen werden, d. h. die individuell zuordenbaren nichtmarktbestimmten Dienste wie etwa die des Unterrichts- oder des Gesundheitswesens (soziale Sachtransfers) rechnen dann zum privaten Verbrauch.²⁰

Daß der Staat nach den Regeln der Gesamtrechnung als Konsument seiner eigenen Leistungen auftritt, ist mit Hinweis auf vielerlei Paradoxien häufig kritisiert worden.²¹ Die Einführung des alternativen Verbrauchskonzepts wird dieser Kritik nur zum Teil gerecht, denn die Dienstleistungen des kollektiven Verbrauchs sind für die Unternehmen, für die privaten Non-Profit-Organisationen und die lokalen Gebietskörperschaften unentgeltlicher intermediärer Input. Auch dies ist in der Literatur häufig thematisiert worden.²² Die Nutzung staatlichen Produktivvermögens, zu dem ja nicht nur die Gebäude und Maschinen an den Arbeitsplätzen der Dienststellen, sondern auch Infrastrukturbauten wie Autobahnen, Kanäle und Deiche gehören, kommt in der reinen Kostenbewertung dieser Bereitstellung (Reparaturen und Abschreibun-

gen) – ein weiterer häufiger Kritikpunkt an der Verbuchungspraxis der Gesamtrechnung – nur unzureichend zum Ausdruck.

Staatliche Infrastruktur und auch die Dienstleistungen des kollektiven Verbrauchs werden interregional genutzt. Dies gilt für die Dienste, deren Produktion in der Arbeitsteilung der gebietskörperschaftlichen Ebenen dem Zentralstaat vorbehalten ist, natürlich besonders. Als These ließe sich formulieren: Eine Region erzielt zu Lasten der übrigen Regionen komparative Vorteile, wenn sie – bei regionsneutralem Steueraufkommen – mit zentralstaatlicher Infrastruktur überproportional ausgestattet ist und/oder ihre Menschen, Unternehmen und lokalen Gebietskörperschaften in fremden Regionen intensiver Straßen benutzen oder sonstige zentralstaatliche Einrichtungen und Dienste in Anspruch nehmen, als dies Gebietsfremde bei ihr tun. Die interregionale Verschränkung aus Bereitstellung und Nutzung staatlicher Dienstleistungen für den Kollektivverbrauch zu messen oder auch nur zu schätzen ist aber nicht nur empirisch, sondern ohne nähere, letztlich immer umstritten bleibende Annahmen auch konzeptionell kaum lösbar. Man denke an die Leistungen zentraler Regierungsstellen, überörtlich ausgerichteter Verwaltungen oder des Militärs. Diese Dienste kann man nicht als dort konsumiert ansehen, wo sich die Ministerien, die Ämter oder die Kasernen befinden, die sie produzieren.

In den deutschen regionalen Gesamtrechnungen wird der Staatsverbrauch der überregionalen Teilsektoren Bund und Sozialversicherung grundsätzlich verbrauchsorientiert regionalisiert. In Ermangelung differenzierender Methoden wird allerdings nur pauschal nach der Wohnbevölkerung geschlüsselt, d. h. der nationale Eckwert wird nach Maßgabe der Einwohnerzahl auf die Regionen heruntergebrochen. Dieser Algorithmus folgt der weiteren Annahme, daß die Inanspruchnahme der zentralstaatlichen Dienste durch die Unternehmen sich regional so verteilt wie die Bevölkerung.

Hinter der sehr pauschalen Schlüsselung des Staatsverbrauchs steht der Gedanke, daß in Deutschland die Aufgaben mit regional unterschiedlicher Präferenzstruktur von den lokalen Gebietskörperschaften wahrgenommen werden und der Zentralstaat nur die Aufgaben an sich zieht, die nach überregional einheitlicher Lösung verlangen. Nur in solchen Betätigungsfeldern wie Militär, auswärtiger Dienst, Finanzverwaltung, überregionaler Verkehrsverwaltung usw. ist der Bund mit eigenen Dienststellen tätig und produziert Dienstleistungen für den kollektiven Verbrauch, im wesentlichen die klassischen public goods. Individuell zurechenbare Waren und Dienstleistungen produziert der Bund kaum. Wo er sich mit Steuermitteln im Ausbau der regionalen Infrastruktur engagiert, geschieht das – wenn man von der Pla-

²⁰ zum Thema Ausgaben- versus Verbrauchskonzept siehe Kopsch, G., Staatsverbrauch nach dem Ausgaben- und Verbrauchskonzept, in: *Wirtschaft und Statistik*, Heft 4/1984, S. 297 - 303, und Pêtre, J., The Treatment in the National Accounts of Goods and Services for Individual Consumption Produced, Distributed or Paid for by Government, in: Eurostat, *Studies of national accounts - No. 1*, Luxemburg 1983

²¹ so Recktenwald, H. C., Der Staat in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, Fundamentale Schwächen und ökonomischer Widersinn, in: *Wirtschaftsstudium*, Heft 4/1981, S. 159

²² so Marcus, P., Der staatliche Beitrag zum Sozialprodukt, Begründung und Darstellung eines modifizierten Ermittlungsverfahrens, in: *Allgemeines Statistisches Archiv*, Jg. 70 (1986), S. 267

nung und Bauaufsicht bei Bundesfern- und Bundeswasserstraßen und deren laufender Unterhaltung einmal absieht – nicht mit eigenem Personal, sondern über finanzielle Beteiligung an den Kosten.

Der letzte Verbrauch der Sozialversicherung ist recht bedeutungslos.²³ Die Dienstleistung etwa einer Krankenkasse besteht ja nicht darin, Menschen gesund zu machen, sondern nur darin, das versicherungstechnische Umlageverfahren von Beiträgen und Leistungen abzuwickeln. Der letzte Verbrauch umfaßt den Aufwand der Versicherungsträger für ihr Personal und dessen laufende Arbeit, er rechnet als Ausgabe für die allgemeine Verwaltung zum kollektiven Teil des letzten Verbrauchs (ESVG Ziffer 3.85). Hinsichtlich seiner Regionalisierung kann man bereits darüber streiten, inwieweit dieser Aufwand den Beitragszahlern oder den Leistungsempfängern, also den im erwerbsfähigen Alter oder den im Ruhestand befindlichen Personen, den Beschäftigten oder den Arbeitslosen, den Kranken oder den Gesunden zuzurechnen ist.

Letztlich profitieren von der staatlich organisierten Daseinsvorsorge auch die zum Beitragszahler oder zum Empfänger gehörenden Familienmitglieder. So gesehen ist die pauschale Schlüsselung nach der Wohnbevölkerung methodisch sogar geboten und trägt dem Anspruch und dem Sinn der Sozialversicherung recht gut Rechnung.

Auch das Statistische Bundesamt, in Deutschland eigentlich nur für die nationale Rechnung zuständig, hat – wie eingangs bereits ausgeführt – nach der deutschen Vereinigung Regionalisierungsmethoden entwickeln müssen. Es gliedert die nationale deutsche VGR wegen des besonderen Interesses daran derzeit biregional nach altem und neu hinzugekommenem Bundesgebiet. Den Staatsverbrauch des Bundes und der Sozialversicherung teilt es wie in der Länderrechnung nach Maßgabe der Wohnbevölkerung auf Ost- und Westdeutschland auf. Der auf Westdeutschland entfallende Teil unterdeckt die dort produzierten nichtmarktbestimmten Dienstleistungen. In Höhe der Differenz, des interregionalen spillovers,

wird ein fiktiver Dienstleistungsexport (Verkäufe des Staates) nach Ostdeutschland gebucht.²⁴

3.3 Transfers mit der EU

Der Zentralstaat leistet an diverse internationale Institutionen Beiträge. Der Zahlungsverkehr mit der Europäischen Union nimmt hier insofern eine Sonderrolle ein, als die EU nicht nur Beiträge erhält, sondern in ähnlicher Weise wie der Staat Umverteilungsfunktionen ausübt und parafiskalische Züge trägt. Das ESVG führt die EU als eigenen Subsektor der Sektors Übrige Welt. Es unterscheidet sieben Arten von Verteilungstransaktionen, in die die EU explizit involviert ist:

- Produktions- und Importabgaben, die von den Montanunternehmen direkt an die Institutionen der EU abgeführt werden (EGKS-Umlage),
- Produktions- und Importabgaben, die von den zuständigen staatlichen Stellen für Rechnung der EU erhoben werden, so insbesondere Abschöpfungen und andere Einnahmen im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik,
- Gütersubventionen der EU an gebietsansässige Einheiten, so etwa die bereits erwähnten Ausgleichszahlungen für Verluste der staatlichen Handels- und Vorratsstellen wie in Deutschland der Bundesanstalt für landwirtschaftliche Marktordnung,
- laufende Transfers im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit, bei denen es sich um Beiträge an die EU und weder um Steuern noch um die sog. auf dem Bruttosozialprodukt basierende vierte Eigenmittelquelle handelt,
- laufende Transfers im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit, die der Staat von der EU empfängt,
- laufende Transfers im Rahmen der auf dem Bruttosozialprodukt basierenden vierten Eigenmittel

²³ Diese Einschätzung bezieht sich auf die im neuen ESVG vorgesehene, zukünftige Buchungsweise. In der derzeit noch angewandten Methodik der nationalen deutschen Gesamtrechnung und damit auch in der derzeitigen deutschen Regionalrechnung werden die sozialen Sachleistungen, also im wesentlichen die von der Sozialversicherung getragenen Ausgaben für Ärzte, Krankenhäuser und Medikamente, noch als Staatsverbrauch gebucht. Der Staatsverbrauch der Sozialversicherung wird daher derzeit noch mit einem sehr hohen Betrag ausgewiesen.

²⁴ Essig, H., Strohm, W. und Mitarbeiter, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 1992, vorläufiges Ergebnis, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 3/1993, S. 179. Damit dieser regionale Transfer von Leistungen, die ex definitione zum Nulltarif konsumiert werden (Realtransfer), nicht auf Ersparnis und Finanzierungssaldo wirkt, wäre gleichzeitig und in gleicher Höhe auch eine einseitige laufende Übertragung von West nach Ost zu unterstellen, wenn nicht der Finanzierungssaldo Ost durch eine fiktive laufende Übertragung ohnehin voll ausgeglichen würde (siehe hierzu die Ausführungen zum Finanzierungssaldo).

quelle, die der EU gemäß Ratsbeschluß vom Juni 1988 zugestanden wurde,²⁵

- Investitionszuschüsse der EU, namentlich die Vermögensübertragungen der Abteilung Ausrichtung des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft EAGFL (Strukturhilfen).

Bei Abschöpfungen und anderen Einnahmen im Rahmen der Agrarpolitik leistet der Zentralstaat das Inkasso für die EU, für die Verwendung bestimmter EU-Mittel ist er weiterverteilende Instanz. Diese Transfers zwischen EU und Zentralstaat haben also – im Gegensatz etwa zu den Beitragszahlungen – einen regional unterschiedlich spürbaren Impakt. Wollte man ihn nachweisen, sind zwei Ansätze denkbar: Man regionalisiert die laufende Übertragung zwischen Zentralstaat und EU nach ihrer örtlichen Inzidenz, oder man weist bei den Transaktionen des Zentralstaats mit den inländischen Einheiten gesondert aus, wieviel davon an die EU weitergereicht oder – vice versa – wieviel davon von der EU refinanziert wird. In jedem Falle wäre es ein sehr ehrgeiziges und derzeit wohl zu hoch gehängtes Vorhaben, das Refinanzierungsgeflecht zwischen EU und Zentralstaat nach Aspekten der regionalen Inzidenz sichtbar zu machen.

Der Zentralstaat ist aber nicht in alle Transaktionen der EU mit der nationalen Volkswirtschaft involviert. Die EU übt in ähnlicher Weise wie der Staat Umverteilungsfunktionen aus und trägt insofern parafiskalische Züge. Es mag daher nützlich erscheinen, staatlich-administratives Handeln in dem Sinne vollständig zu präsentieren, daß auch diejenigen Steuern, Subventionen und Zuschüsse einbezogen sind, die die EU direkt von den Unternehmen erhebt (etwa im Montanbereich) oder an sie auszahlt. Der naheliegenden Idee, diese Transfers buchungstechnisch über den Zentralstaat umzulenken, stehen jedoch die Regeln des ESVG entgegen.

3.4 Gewinne und Verluste öffentlicher Wirtschaftsunternehmen

Einige gesamtwirtschaftlich sehr bedeutende Unternehmen gehören vollständig oder überwiegend dem Zentralstaat. Ihnen gilt ein besonderes methodisches Augenmerk, weil sie als Staatsmonopol sehr hohe Gewinne erzielen können oder umgekehrt bei manchen von ihnen aus politischen Gesichtspunkten unterproportionale Gewinne oder gar Defizite hingenommen werden. Da es sich in der Regel um multi-

regionale Unternehmen handelt, wirft schon die Regionalisierung ihrer Wertschöpfung durchaus Probleme auf. Eine Sonderstellung nehmen dabei die in Deutschland schon seit Jahren kräftigen Gewinne der Zentralbank ein. Ihre zum großen Teil außenwirtschaftlich orientierten, amorphen Finanztransaktionen lassen sich räumlich nur schwer zuordnen.

Bei den Einnahmen des Staates aus Gewinnen seiner öffentlichen Wirtschaftsunternehmen handelt es sich nicht wie bei den Steuern um Zwangseinnahmen aus Umverteilung, sondern um Primäreinkommen. Sicherlich ist von Interesse, wo der Staat mit seinen Unternehmen örtlich präsent ist und wo entsprechend seine Einnahmen erwirtschaftet worden sind. Empfänger der verteilten Gewinne ist aber der gesamte, nur überregional faßbare Zentralstaat. Die zentralstaatlichen öffentlichen Wirtschaftsunternehmen sind in aller Regel überregional ausgerichtet, stellen wie etwa die Bahn oder die Post ein wichtiges Element gesamtstaatlicher ökonomischer Infrastruktur dar. Der Idee, die Gewinnabführungen öffentlicher Wirtschaftsunternehmen proportional zu deren Wertschöpfung zu regionalisieren, könnte man als Alternative eine Pauschalregionalisierung oder auch einen Verzicht auf den Regionalnachweis überhaupt gegenüberstellen. Denn die Wirtschaftssubjekte ziehen aus der örtlichen Präsenz der öffentlichen Wirtschaftsunternehmen Primäreinkommen nur aus den Arbeitsplätzen.

Eine Region ist von den Gewinnen der bei ihr ansässigen zentralstaatlichen Wirtschaftsunternehmen nicht anders betroffen als die anderen Regionen auch: Soweit der Zentralstaat daraus Gewinne erhält, braucht er weniger Steuern zu erheben, weniger Kredite aufzunehmen oder kann – wo auch immer – mehr ausgeben.

An manchen öffentlichen Wirtschaftsunternehmen beteiligt sich der Zentralstaat nur, um sie am Leben zu erhalten und in strukturschwachen Branchen wie dem Kohlebergbau oder dem Schiffbau Anpassungskrisen zu überwinden. Wenn in regional verschiedener Intensität Verluste staatlich aufgefangen werden, um Arbeitsplätze zu erhalten oder ihren Schwund zu verlangsamen, wäre eine Pauschalregionalisierung dieser Verluste nur zu rechtfertigen, wenn es wie z. B. beim Kohlebergbau am Erhalt dieser Produktionskapazitäten ein über den Beschäftigungseffekt hinausgehendes nationales Interesse gibt.

In der Praxis der deutschen regionalen Volkseinkommensberechnungen werden die an den Bund abgeführten Gewinne oder die von ihm getragenen Verluste nicht nach der Wertschöpfung, sondern pauschal nach der Wohnbevölkerung regionalisiert, damit nicht z. B. durch hohe Zentralbankgewinne völlig unbefriedigende Regionalkonturen entstehen.

²⁵ siehe hierzu auch Beschluß des Rates vom 31. Oktober 1994 über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften, Bundesgesetzblatt II 1995, S. 499

3.5 Zinsen auf die öffentliche Schuld

In der Diskussion um die Regionalisierung Zentralstaat hat von Anfang an die Frage eine Rolle gespielt, wie man die geleisteten Zinsen auf die öffentliche Schuld behandeln soll. Bei dieser Position gibt es Einigkeit darüber, daß es wegen des Wirkens der überregional tätigen Finanzintermediäre empirisch äußerst schwierig ist, die Zinsen nach dem Empfänger zu regionalisieren. Es gibt aber auch die Meinung, daß es nicht nur empirisch, sondern vor allem konzeptionell fragwürdig sei, nach dem Empfänger zu regionalisieren. Ist der Sitz einer Bank, die Gelder ihrer Kunden aus dem Passivgeschäft im Aktivgeschäft in Staatspapieren angelegt hat, der regionalanalytisch sinnvolle Bezugspunkt für die Zinsausgaben des Staates? Immerhin leitet die Bank einen – allerdings unbestimmbaren – Teil dieser Zinsen im Zuge ihrer Transformationsfunktion als Habenzinsen an ihre Kunden weiter. Die Bedenken gipfeln in der Auffassung, man solle aus grundsätzlichen Erwägungen heraus auf eine Regionalisierung der Zinsen auf die öffentliche Schuld völlig verzichten.

Das ESVG geht in der Behandlung der Zinsen nicht gesondert auf diejenigen ein, die die öffentliche Hand zahlt. Trotzdem haben die Zinsen auf die öffentliche Schuld eine Sonderrolle. Sie werden in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen als geleistete Vermögenseinkommen formal zwar nicht anders behandelt als die Schuldzinsen der Unternehmen, werden aber als Verteilungseinkommen gesehen, sind nicht Teil der staatlichen Wertschöpfung.²⁶

Die Konvention, bei der additiven Bestimmung staatlicher Wertschöpfung die geleisteten Zinsen nicht zu berücksichtigen, wird damit begründet, daß es an einer engen Zweckbindung der öffentlichen Schuld, an einem Bezug zur staatlichen Produktion und zum effektiv eingesetzten Sachvermögen fehle.²⁷ Folgt man dieser Einschätzung, dann scheiden für die Regionalisierung der vom Staat geleisteten Zinsen – bei allen sonstigen, noch zu erörternden Problemen mit dieser Größe – Kriterien der Entstehungsrechnung wie etwa zentralstaatlicher Produktionswert oder Wertschöpfung aus.

²⁶ Die Konsequenz ist, daß die Summe der von den Sektoren empfangenen Einkommen dadurch rechnerisch ausgeglichen werden muß, daß dem Beitrag des Staates zum Volkseinkommen eine in Höhe der Zinsen auf die öffentliche Schuld negative Komponente zugerechnet wird.

²⁷ Zimmermann und Henke, a. a. O., S. 284, ebenso Brümmerhoff, D., Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, 4., völlig überarbeitete und erweiterte Auflage, München Wien 1992, S. 57

Es liegt zunächst nahe, die vom Zentralstaat geleisteten Zinsen auf die öffentliche Schuld nach dem Zinsempfänger zu regionalisieren, denn Zinsen sind – bei aller Problematik, die es dabei mit den Empfängern in der Kreditwirtschaft geben mag – auch für den Zentralstaat Transaktionen mit jeweils einem örtlich bestimmbaren Partner. Insofern ist diese Zuordnung auch ökonomisch interpretierbar. Ist sie aber auch von hohem Interesse?

Der Zentralstaat nimmt auf die Regionalverteilung seiner inländischen Gläubiger keinen Einfluß, er muß darauf auch keine politischen Rücksichten nehmen. Er tritt hier als Anbieter von Schuldtiteln auf, steht dabei in Konkurrenz zu anderen Angeboten der Kreditwirtschaft und überläßt es dem Markt, von wo aus seine Anleihen gezeichnet werden. Die regionale Verteilung der Schuldtitel dürfte letztlich recht eng mit der von Wohlstand im allgemeinen oder Geldvermögen im besonderen korrelieren. Es dürfte aber – anders als etwa bei der Regionalverteilung der staatlichen Zwangsabgaben oder umgekehrt der Sozialleistungen – den Regionalpolitiker wenig interessieren, ob die Wirtschaftssubjekte seiner Region nun im Vergleich zum nationalen Durchschnitt über- oder unterproportional mit zentralstaatlichen Schuldtiteln gesegnet sind. So gesehen kann man zu der Auffassung gelangen, die Zinsen lediglich pauschal zu verteilen, damit nicht die Regionalkontur der sehr viel interessanteren Einnahmen und Ausgaben durch eine empirisch vermutlich unbefriedigende Zuordnung der Zinsen verschüttet wird.

Eine denkbare, in der europäischen Diskussion auch vorgeschlagene Alternative wäre, die Zinsen nicht nach dem Zahlungsempfänger, sondern nach ihrem ökonomischen Ursprung zuzuordnen, nämlich danach, wie die Regionen früher an schuldenfinanzierten Maßnahmen des Zentralstaates partizipiert haben. Allerdings könnte man das aus der Finanzwissenschaft geläufige Non-Affektationsprinzip auf diese Situation übertragen und entgegenhalten, daß es in einem nationalen Gemeinwesen auch überörtlich eine Solidarität zwischen Starken und Schwachen gibt, die dem gedanklichen Konstrukt einer interregionalen Kreditkette aus langfristiger zentralstaatlicher Schuld schon grundsätzlich entgegensteht. Im übrigen müßte man berücksichtigen, daß öffentliche Schulden zu unterschiedlichen Zinssätzen und auch Konditionen (z. B. Steuerbefreiung der Kapitalerträge) aufgenommen werden und je nach Konjunktursituation gesamtwirtschaftlich sinnvoll, aber auch schädlich sein können. Zu denken wäre nicht nur an die tatsächlich gezahlten Zinsen, sondern auch an Auszahlungsabgelder oder Rückzahlungsaufgelder, die im Extremfall (Zero-Bonds) völlig die Zinsen in der Funktion ablösen können, den Kapitalgeber zu entlohnen, die aber gemäß ESVG als Zinsen zu buchen sind.

Zusammengefaßt lassen sich vier verschiedene Positionen unterscheiden, die in der bisherigen Diskussion artikuliert worden sind:

1. Theoretisch müsse es für alle Zinsen einen Empfänger geben, der regional auch identifizierbar ist. Ist der Empfänger ein multiregionales Unternehmen, müsse man den Betrag eben auf die Betriebe herunterzuschlüsseln.
2. Es sei vom Konzept her nicht möglich, die Zinsen zu regionalisieren. Die Zinsen seien Teil eines nur national faßbaren Beziehungsgeflechts von Finanzintermediären.
3. Die Zinsen seien Kollektivobligo aller Einwohner des Staates und eine Markttransaktion ohne jeglichen Zwangscharakter. Die Regionalverteilung der Einkommen aus öffentlichen Zinsleistungen sei regionalpolitisch uninteressant oder zumindest nicht interessanter als die regionale Verteilung der Dividenden von Mercedes oder Bayer.
4. Die Zinsen seien keineswegs eine Schuld, die sich auf alle Einwohner gleichermaßen verteilt. Vielmehr seien die Zinsen („pro culpa“) denjenigen Regionen anzulasten, die von der Investition, die zu der Verschuldung geführt hat, profitieren.

Daß die Regionalisierung der Zinsen so kontrovers diskutiert wird, hängt natürlich auch mit der hohen quantitativen Bedeutung dieser Transaktionsart zusammen. In Deutschland gibt der Bund mittlerweile (seit 1992) mehr als jede zehnte DM für Zinsen aus.

3.6 Finanzierungssaldo

Unterstellt man einmal, es gelänge, alle Einnahmen und Ausgaben des Zentralstaats zu regionalisieren, dann würde das Regionalkonto endogen einen regionalen Finanzierungssaldo liefern. Weil sich in ihm die Regionalisierungsprobleme sämtlicher Kontopositionen bündeln würden, wäre er nicht leicht zu interpretieren. In der wissenschaftlichen Literatur gibt es Warnungen davor, den Finanzierungssaldo des Staates als eine Art „Nettoinzidenz“ aufzufassen.²⁸ Der zur analytischen Beschäftigung mit dem Finanzierungssaldo passende Inzidenzbegriff ist der der Budgetinzidenz, also der der kombinierten Wirkung von

Steuer- und Ausgabeänderungen.²⁹ An der Budgetinzidenz wird kritisiert, daß jeder Posten des Budgets unterschiedliche Verteilungswirkungen haben könne und die Gesamtinzidenz sie alle umfassen müsse. Sie würden sich darüber hinaus auch noch gegenseitig beeinflussen, sodaß es schwierig sei, die Steuer- von der Ausgabeninzidenz zu trennen.³⁰ Methodisch bedenklich an der Budgetinzidenz sei, daß die Auswirkung einer finanzpolitischen Maßnahme an einer Referenzsituation gemessen werde, die als von staatswirtschaftlicher Beeinflussung gänzlich frei zu charakterisieren sei (no budget situation).³¹ Eine solche Situation sei realitätsfern und nicht zu ermitteln.

Mit diesen Auffassungen setzt sich Rüscher (S. 78 f.) auseinander. Er macht geltend, daß die Kritik an der Budgetinzidenz sich nur auf deren modelltheoretische, marginalanalytische Ausprägung beziehe. Damit ist gemeint, daß in der theoretischen Inzidenzanalyse die durch marginale Änderung eines finanzpolitischen Parameters eingetretene Wirkung stets einer Referenzsituation gegenübergestellt wird, in der diese Änderung nicht stattgefunden hat.³² Bei der empirischen Analyse von Verteilungswirkungen finanzpolitischer Aktivitäten ist aber von beiden für einen marginalanalytischen Vergleich notwendigen Referenzverteilungen stets nur eine feststellbar, nämlich entweder die vor oder die nach Durchführung einer finanzpolitischen Maßnahme.³³ Für seine für die österreichischen Verhältnisse konzipierte Regionalrechnung reklamiert Rüscher lediglich den Charakter einer Stromanalyse ex post, für die die Kritik an der Budgetinzidenz nicht gelten würde. Die Argumentation von Rüscher ist insofern auf die Methodik des Regionalkontos übertragbar, als es dort ebenfalls um die ex-post-Analyse totaler Finanzströme und nicht um Marginalanalyse geht.³⁴

²⁸ Zimmermann, S. 83 f. und S. 113 ff., ebenso Nowotny, E., *Der öffentliche Sektor. Einführung in die Finanzwissenschaft*, Zweite, neu bearbeitete und erweiterte Auflage, Berlin Heidelberg 1991, S. 352

²⁹ Nowotny, a. a. O., S. 352: Die empirische Inzidenzanalyse eines konkreten öffentlichen Haushalts ermittelt auf der Basis spezifischer Überwälzungs- und Zurechnungsannahmen gesondert die (formale) Inzidenz der einzelnen Steuer- und Ausgabekategorien. Die Ergebnisse werden gegenübergestellt und „aufsummiert“. Als Ergebnis erhält man eine „Nettoinzidenz“ aus Ausgabenvorteil und Steuerlast.

³⁰ Musgrave et al., Band 2, a. a. O., S. 41

³¹ Zimmermann und Henke, a. a. O., S. 248 f.

³² Bohnet, a. a. O., S. 105 unterscheidet hier „with and without“-Prinzip (ohne und mit staatlicher Aktivität) vom intertemporalen „before and after“-Prinzip.

³³ Krause-Junk (1981, a. a. O., S. 275) bezeichnet es als Trick der empirischen Steuer-Inzidenzanalyse, daß in dieser Situation als Referenz eine dritte Verteilung gewählt wird, nämlich die den Annahmen der formalen Inzidenz entsprechende.

³⁴ Mit der Rechtfertigung der formalen Inzidenzanalyse als reine ex-post-Rechnung setzt sich Krause-Junk (1981, a. a. O., S. 307) kritisch auseinander.

In den Finanzierungssaldo gehen über die Ersparnis auch die Vorgänge der Verteilung und Umverteilung ein, also auch die geleisteten Zinsen auf die öffentliche Schuld. Insofern ist der Finanzierungssaldo mit der Schuldaufnahme früherer Jahre ökonomisch verflochten. Die intertemporale Verflechtung besteht auch in umgekehrter Richtung, denn gleichzeitig ist er seinerseits Anlaß für Neuverschuldung des Zentralstaats, der Quelle späterer Einkommensverteilungsvorgänge.

Das Statistische Bundesamt stand in seiner Ost-/West-Regionalisierung vor der Frage, ob es den regionalen Finanzierungssaldo so nachweisen soll, wie er sich residual ergibt. Es hat sich dafür entschieden, in einer fiktiven Buchung die (negative) Ersparnis des Bundes Ost durch eine unterstellte laufende Übertragung vom Westen auszugleichen. Die rechnerische Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben des Bundes im Beitrittsgebiet wird also voll dem Finanzierungssaldo Westdeutschlands zugeordnet.³⁵

4. Auf dem Weg zu einer operationalen Lösung

4.1 Vorbemerkung zu diesem Kapitel

In den bisherigen Kapiteln sollte gezeigt werden, daß es bei der Entwicklung einer Methodik nicht nur eine Reihe von Spezialitäten des Sektors Staat zu beachten gilt, sondern daß manche Sachverhalte – oder besser: Sachzwänge – Güterabwägungen erfordern, denn zu den schon auf nationaler Ebene bestehenden Schwierigkeiten, den Sektor Staat paßfähig, plausibel und analytisch ergiebig in das Zahlenwerk der VGR einzubringen, treten bei der Darstellung auf der regionalen Ebene weitere Probleme hinzu. Die Grenzen, an die die Regionalisierung gerade des zentralstaatlichen Teils des Sektors S.13 stößt, sind vielleicht deutlich geworden. Vielleicht reichen die in diesem Aufsatz aufgeworfenen Probleme als Beleg dafür, daß es in dieser Thematik eindeutige, unstrittige Lösungen nicht gibt.

In seiner Erörterung der Möglichkeiten und Grenzen der empirischen Berechnung der formalen Inzidenz stellt Krause-Junk (1981, a. a. O., S. 291) zwei denkbare Positionen heraus, die genauso für das Dilemma bei der Regionalisierung zentralstaatlicher Transaktionen stehen könnten: „Die erste ist die Position des Pragmatikers: Wir rechnen, so gut wir kön-

nen. Wenn auch nur mit Hilfe gewagter Annahmen, gelangen wir doch auf diese Weise wenigstens zu konkreten Ergebnissen. Die zweite Position ist die des Skeptikers: Empirische Resultate pflegen sich zu verselbständigen. Schnell geraten insbesondere bei politisch brisanten Rechnungen ihre Voraussetzungen in Vergessenheit, auch wenn sie vom Autor mit Sorgfalt kenntlich gemacht wurden. Dann mag der angerichtete Schaden größer sein als der Vorteil eines zu Ende geführten Gedankenspiels.“

Der im folgenden vorgestellte Lösungsansatz stellt den Versuch dar, der Skepsis gegenüber allzu weit gehenden Regionalisierungsbemühungen ebenso gerecht zu werden wie dem Wunsch nach Regionaldaten zur Inzidenz staatlicher Maßnahmen. Er ist unter methodenpuristischem Gesichtspunkt wohl auch angreifbar, erhebt deshalb auch keineswegs den Anspruch der die Diskussion abschließenden Erleuchtung. Er entstammt in den Grundzügen der Arbeit einer von Eurostat eingesetzten Task-Force zu diesem Thema, einer vierköpfigen Arbeitsgruppe, zu der außer einem portugiesischen, einem niederländischen und einem Eurostat-Vertreter auch der Autor dieses Beitrages zählt. Die nun folgenden Teile dieses Aufsatzes stellen also lediglich eine Art Werkstattbericht dar.

4.2 Ansatz wohlfahrtstheoretischen Nutzens ausklammern

Auf die Probleme, die Bereitstellung öffentlicher Güter zu bewerten und zu messen, und auf die Kritik an der Lösung in der traditionellen Gesamtrechnung ist bereits eingegangen worden. Da die Methodik des Regionalkontos Zentralstaat noch in der Diskussion ist und die Transaktionsphilosophie des ESGV dafür explizit keine Vorgaben macht und insofern gewisse methodische Spielräume läßt, mag der Versuch reizvoll sein, für die Inanspruchnahme der Infrastruktur, für die dem Staatsverbrauch zuzurechnenden Ausgaben, für die Investitionszuschüsse und auch für manche Subventionen im wohlfahrtstheoretischen Sinne den „Nutzen“ für eine Region zu ermitteln und in monetärer Form im Regionalkonto zu berücksichtigen.

Bei den Nutzungen stellt sich natürlich die Frage, ob man etwa die Inanspruchnahme von Verkehrsbauten oder Bildungseinrichtungen, den Küstenschutz, den Erfolg der regionalen Wirtschaftsförderung oder der Investitionszuschüsse überhaupt überzeugend bewerten kann. Es liegt auf der Hand, daß es schon auf nationaler Basis äußerst schwer wäre, über die Nutzenabgabe staatlicher Ausgaben und den Nutzenzug staatlicher Einnahmen Zahlen auf den Tisch zu legen, die den Ansprüchen der amtlichen Statistik und der Gesamtrechnung standhalten. Auch die

³⁵ Essig et al., a. a. O., S. 187. Technisch betrachtet ist der Saldenausgleich eine laufende Übertragung vom Bund West an die übrige Welt mit gleichzeitiger laufender Übertragung von der übrigen Welt an den Bund Ost.

jüngst beschlossene Revision des SNA bekräftigt, daß das Bruttoinlandsprodukt kein Wohlfahrtsindikator sein solle. In der Revisionsdiskussion war eine grundlegende Änderung des Systems in Richtung Wohlfahrtsmessung nicht ernsthaft vorgeschlagen worden.³⁶

Es wäre – jedenfalls in Deutschland – auch völlig außergewöhnlich, wenn hier die regionalen Rechnungen bei einem dafür keineswegs spezifischen Problem methodisches Neuland betreten. Viel wäre wohl schon gewonnen, wenn die die Effekte auslösenden Transaktionen so regionalisiert sind, daß der Nutzer der Zahlen in eigener Verantwortung und unter Verwendung eigener Hypothesen mit ihnen analytisch arbeiten kann.

Für den Nachweis von Vor- oder Nachteilen aus Finanzströmen früherer Jahre wären im übrigen methodische Überlegungen anzustellen, ob dazu dann auch ein intertemporal schlüssiger Konsistenzkreis von Buchungen, vergleichbar dem der betrieblichen Rechnungsabgrenzung, aufgebaut werden muß, damit es nicht im Laufe der Zeitreihe zu Doppelberücksichtigung von Kosten und Nutzungen kommt. Dieser Gedanke sei hier nur angerissen. Dem Ansatz wohlfahrtstheoretischen Nutzens wird im folgenden nicht weiter nachgegangen.

4.3 Konkretisierung der Fragestellung

Wo regionale Gesamtrechnungen aufgestellt werden, haben üblicherweise die Aggregate der Entstehungsseite Darstellungspriorität. Die weit überwiegend nichtmarktbestimmte Produktion des Staates und die Käufe des Staates für die intermediäre Verwendung und für seine Investitionen bieten, weil sie örtlich wahrnehmbar sind, eigentlich gute Voraussetzungen für eine regionale Zuordnung. Aber bei den Waren und Diensten, die der Zentralstaat kauft, ist zwischen zwei unterschiedlichen, sich einander ausschließenden Inzidenzansätzen auszuwählen: Die Frage nach der Herkunft, also nach dem Ort der Produktion dieser Güter, konkurriert mit derjenigen nach dem Ort ihrer Verwendung in der Produktion staatlicher Dienste. Für die Konzeption eines Regionalkontos Zentralstaat sind aber auch und gerade die Aggregate der Verteilungs- und Verwendungsrechnung von regionalanalytischem Interesse. Im Grunde sind vier Fragestellungen denkbar, auf die das Regionalkonto eine Antwort geben könnte:

- Wieviel regionale Bruttowertschöpfung geht darauf zurück, daß der Zentralstaat von den Unternehmen

der Region Güter und Dienste kauft, um sie – wo auch immer – intermediär als Vorleistungen oder investiv zu verwenden?

- Welchen nicht-monetären Nutzen zieht die Region aus der Bereitstellung öffentlicher Güter in Gestalt des Staatsverbrauchs und aus öffentlicher Infrastruktur?
- Welchen Anteil an der regionalen Wertschöpfung leistet der Zentralstaat, und wie ist das Wachstum seines regionalen Kapitalstocks?
- Was ist der Impakt zentralstaatlicher Umverteilung von Einkommen und Vermögen auf die Region: Wieviel Einkommen und Vermögen entzieht er der Region, und wieviel führt er ihr zu?

Es ist kein Regionalkonto vorstellbar, das alle diese Fragen gleichzeitig beantwortet. Will man für alle gewünschten Informationen auch Zahlen bieten, muß man Abstriche an Klarheit und Schlüssigkeit des Konzepts machen. Umgekehrt bedeutet Purismus des Konzepts, daß man bestimmten Informationswünschen eine Absage erteilt.

Daten zur Beantwortung der ersten Frage wären regionalanalytisch höchst interessant. Die Regionalisierung der Waren- und Dienstleistungsströme nach der Güterherkunft würde aber Kenntnisse oder Hypothesen über die Beteiligung des Handels, der Transportunternehmen und der Vorlieferanten implizieren, also empirische oder modellgestützte multiregionale Input-Output-Tabellen voraussetzen. Solche Tabellen zu erzeugen wäre eine große Aufgabe für sich, die in Komplexität und Aufwand die der Regionalisierung des Zentralstaats sicherlich bei weitem übertrifft.

Zu Frage zwei: Infrastruktur und Dienstleistungen des Zentralstaats werden von Unternehmen und Haushalten aller Regionen, dazu auch von Gebietsfremden in Anspruch genommen. Soweit die Dienste individuell genutzt werden, stellen sie Naturaleinkommen dar und sind als soziale Sachübertragungen nachzuweisen. Die meisten Dienste werden jedoch kollektiv genutzt und sind, wie bereits dargelegt, ohne grobe Annahmen nicht regionalisierbar. Den wohlfahrtstheoretischen Nutzen abzuleiten ist ungleich schwerer. Auch darauf ist bereits gesondert eingegangen worden.

Daten zur Beantwortung der dritten der vier Fragen, nämlich über Bruttowertschöpfung und Investitionen, liefern schon die Regionalkonten der Wirtschaftsbeiräte. Hier gibt es für den Zentralstaat keine konzeptuellen, sondern nur empirische Probleme (Regionalisierung der Vorleistungen). Allerdings wird es mit dem Übergang auf das neue ESVG und die neue Wirtschaftszweigsystematik NACE Rev. 1 gewisse

³⁶ Lützel, H., Revidiertes System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, in: *Wirtschaft und Statistik*, Heft 10/1993, S. 717

Unterschiede zwischen Ergebnissen für die Wirtschaftsbereiche L bis O der NACE und den entsprechenden Sektorergebnissen für den Staat geben, denn einige Dienste der Bereiche L bis O in der Systematik werden auch von Non-Profit-Institutionen angeboten. Deshalb kann man nicht einfach darauf verzichten, im Regionalkonto Zentralstaat die Produktions- und Investitionstätigkeit nachzuweisen.

Von ähnlich gelagertem Interesse sind auch die Investitionszuschüsse, die der Staat gewährt. Sie sind die bedeutendste Kategorie der zentralstaatlichen Vermögensübertragungen. Sie tragen zum Wachstum des Kapitalstocks der Transferempfänger in der Region bei, seien es Unternehmen oder subnationale Gebietskörperschaften.

Zweifellos hat die Präsentation eines Regionalkontos des Zentralstaats auch die laufenden Verteilungstransaktionen mit ihrem enormen Effekt auf die regionalen verfügbaren Einkommen einzuschließen (Frage vier).

Die Beantwortung der dritten und der vierten der oben genannten Fragen ist also das Hauptanliegen des Regionalkontos Zentralstaat. Diese Option läßt sich in der Terminologie der ESVG-Kontenbezeichnungen wie folgt beschreiben: Es soll gezeigt werden, wie die laufenden Verteilungstransaktionen des Zentralstaats

- die Einkommensentstehung,
- die Verteilung der Primäreinkommen,
- die sekundäre Einkommensverteilung und
- die sekundäre Einkommensverteilung des Verbrauchskonzepts

beeinflussen und wie seine geleisteten und seine empfangenen Vermögensübertragungen sich als

- Reinvermögensveränderung aus Sparen und Vermögenstransfers

niederschlagen. Beim Regionalkonto geht es aber nicht nur um die Verteilungs-, sondern auch um Gütertransaktionen, denn es sollen auch Bruttowertschöpfung und Investition oder – in der Sprache der Sektorkonten –

- Produktion und
- Sachvermögenstransaktionen

nachgewiesen werden. Die Investitionen wie auch die Investitionszuschüsse sollen gesondert auch gegliedert nach den Aufgabenbereichen des Staates aufbereitet werden. Diese Systematik mit dem Akronym COFOG (Classification of the functions of the government) umfaßt 14 Positionen, sie ist Bestandteil des ESVG.

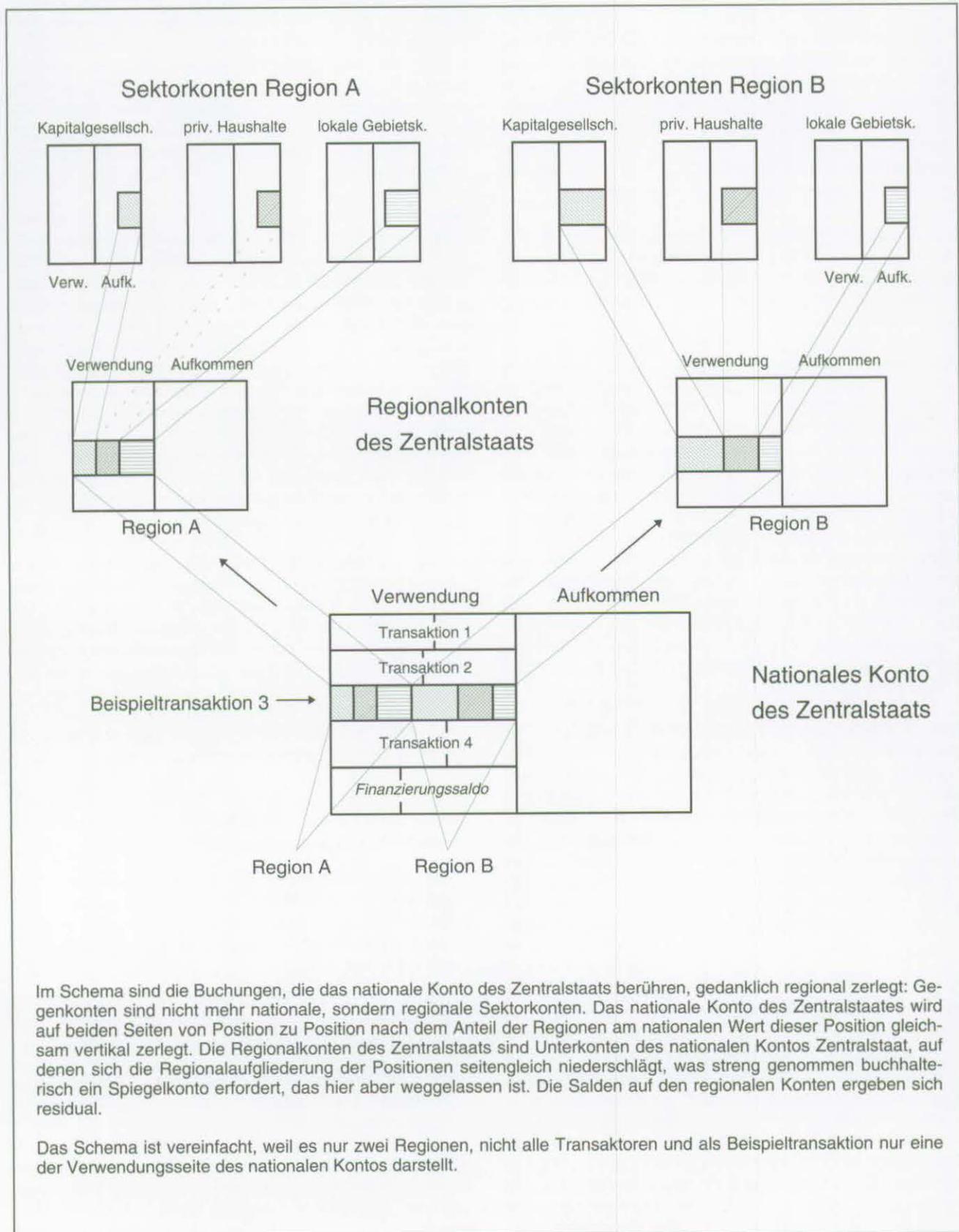
4.4 Ein Kriterium für die Verteilungstransaktionen: der Transaktionspartner

Wie kann man das im zweiten Kapitel dargelegte Problem mit den statistischen Einheiten weiter eingekreisen und vielleicht operational lösen? In der Sphäre der Produktion, also bei den Aggregaten der Entstehungsrechnung und bei den Investitionen, werden wohl unstrittig die Dienststellen, die Ämter und die Kasernen des Zentralstaats analog den Betrieben von multiregionalen Unternehmen dort zugeordnet, wo sich die Arbeitsplätze befinden, wo die Produktion der staatlichen Dienste stattfindet. Die Probleme beim Staat sind in der Entstehungsrechnung sogar kleiner als bei multiregionalen Unternehmen. So müssen für die einzelnen Produktionseinheiten des Staates keine Überlegungen angestellt werden, ihre Produktionswerte um overheads der überörtlichen Disposition oder Leitung zu erhöhen. Die Wertschöpfung ist beim Staat stets vor Ort meßbar – im wesentlichen als Summe der Personalausgaben –, und die Wertschöpfung von Ministerien und Parlament, also den Headquarters multiregionaler Unternehmen vergleichbaren Einheiten, wird dabei nicht anders ermittelt als die Wertschöpfung einer Schule, einer Zolldienststelle oder eines statistischen Amtes.

In der Verteilungsrechnung macht es aber wenig Sinn, die Transaktionen des Zentralstaats seinen zahlenden oder empfangenden Dienststellen zuzuordnen. Die regionale Inzidenz, die es herauszuparieren gilt, orientiert sich nicht an der Kassenswirksamkeit der Transaktionen, sondern an ihrer Leistungswirksamkeit. Es stellt sich zwangsläufig die Frage, ob eine statistische Einheit, der die regionale Aktivität zugeordnet werden soll, überhaupt real existieren muß. Die Probleme der Regionalisierung der Transaktionen des Zentralstaats liegen vor allem in der Umverteilungs- und in der Verwendungsrechnung, die der multiregionalen Unternehmen in der Entstehungs- und in der Verteilungsrechnung.

Nun gibt es bei allen Transaktionen (wenn man einmal von selbsterstellten Anlagen, von Abschreibungen und vom Staatsverbrauch absieht) nicht nur einen, sondern zwei Transaktoren. Und wenn nicht der Zentralstaat selbst regional festgemacht werden kann, ist der Gedanke naheliegend, daß man die Transaktionen des Zentralstaats dann eben nach seinem Transaktionspartner regionalisiert. Denn bei vielen Ausgaben interessiert auch nur, wohin sie fließen, und nicht, woher sie gezahlt worden sind. Und umgekehrt ist bei den Staatseinnahmen nur wichtig, woher sie gezahlt worden sind. Es liegt also nahe, die Einnahmen ihrem Ursprung, dem Zahler zuzuordnen und die Ausgaben des Zentralstaates dort zu buchen, wo der Empfänger sitzt. Ob das für alle Transaktionsarten auch überzeugend umsetzbar ist oder ob ein nicht zuordenbarer, überregionaler Rest bleibt, sei

Zur Ableitung der regionalen Konten des Zentralstaats aus seinem nationalen Konto



Im Schema sind die Buchungen, die das nationale Konto des Zentralstaats berühren, gedanklich regional zerlegt: Gegenkonten sind nicht mehr nationale, sondern regionale Sektorkonten. Das nationale Konto des Zentralstaates wird auf beiden Seiten von Position zu Position nach dem Anteil der Regionen am nationalen Wert dieser Position gleichsam vertikal zerlegt. Die Regionalkonten des Zentralstaats sind Unterkonten des nationalen Kontos Zentralstaat, auf denen sich die Regionalaufgliederung der Positionen seitengleich niederschlägt, was streng genommen buchhalterisch ein Spiegelkonto erfordert, das hier aber weggelassen ist. Die Salden auf den regionalen Konten ergeben sich residual.

Das Schema ist vereinfacht, weil es nur zwei Regionen, nicht alle Transaktoren und als Beispieltransaktion nur eine der Verwendungsseite des nationalen Kontos darstellt.

zunächst noch dahingestellt. Das Schema soll diesen Gedanken verdeutlichen.

Folgt man dem hier dargelegten Grundgedanken, dann ist der Zentralstaat als omnipräsent anzusehen. Oder anders ausgedrückt: In jeder Region, auch in Extra-regio und übriger Welt, hat er eine fiktive Agentur, über die er die diese Region betreffenden Transaktionen durchführt. Die Informationen darüber, von welcher regionalen Teileinheit aus die Transaktionen tatsächlich abgewickelt werden, sind obsolet.

Wenn nun die Idee mit dem Transaktionspartner weiterhelfen soll, muß man sich zunächst damit auseinandersetzen, welche der denkbaren Transaktionspartner des Zentralstaats dabei Probleme bereiten und welche nicht.

Als Transaktionspartner kommen im Grunde alle Sektoren und Teilsektoren in Betracht. Natürlich sind vor allem die multiregionalen Unternehmen schwer zu regionalisieren, nicht nur in ihren Beziehungen zum Staat, sondern überhaupt. Ihre Multiregionalität wirft im Grunde ähnliche konzeptionelle Probleme auf wie beim Zentralstaat, weil sich manche Transaktionen (Unternehmenssteuern, Subventionen, Investitionszuschüsse, verteilte und unverteilte Gewinne, Zinsen) nicht ohne methodische Annahmen auf ihre Betriebe herunterbrechen lassen. Soweit der Zentralstaat betroffen ist, also etwa bei der Körperschaftsteuer und auch bei bestimmten Subventionen und Investitionszuschüssen, die an das Unternehmen als Ganzes gehen, muß sich die Methodik für den Zentralstaat etwas einfallen lassen.

Ein Sonderproblem institutioneller Darstellung ist auch mit den Zuschüssen verbunden, die die öffentlichen Sozialversicherungsträger zum Ausgleich ihrer Defizite aus Steuermitteln erhalten. Nach dem ESVG sind das Vermögensübertragungen. Weil auch die Einheiten der Sozialversicherung genauso wie der Zentralstaat ihrem Charakter nach national ausgerichtet sind, ist von keiner Seite der Transaktionsbeziehung her eine am Sitz des Transaktors anknüpfende, analytisch ergiebige Regionalisierung möglich.

4.5 Das Kriterium für die Regionalisierung der Gütertransaktionen

Das Kriterium Transaktionspartner ist nur für die Verteilungstransaktionen anwendbar. Die Käufe des Zentralstaates von Gütern und Diensten der intermediären oder der letzten Verwendung nach der Herkunftsregion zu zeigen träfe auf hohes Interesse, aber auch auf unüberwindliche empirische Schwierigkeiten. Darauf ist bereits eingegangen worden. Die Konsequenz daraus ist, daß die Transaktionen der Entstehungsrechnung, also die des Produktionskon-

tos, nur nach dem Ort der (staatlichen) Produktionseinheit regionalisiert werden können und die Investitionen nur nach der örtlichen Lage des investierten Anlagegutes. Ein einheitliches Regionalisierungskriterium für die Transaktionen des Staates gibt es nicht. Mit den folgenden Überlegungen soll aber für die Eingrenzung dieser Vielfalt auf eine Dichotomie reduziert werden, für die in der deutschsprachigen Fachterminologie die Begriffe Inlands- und Inländerkonzept stehen.

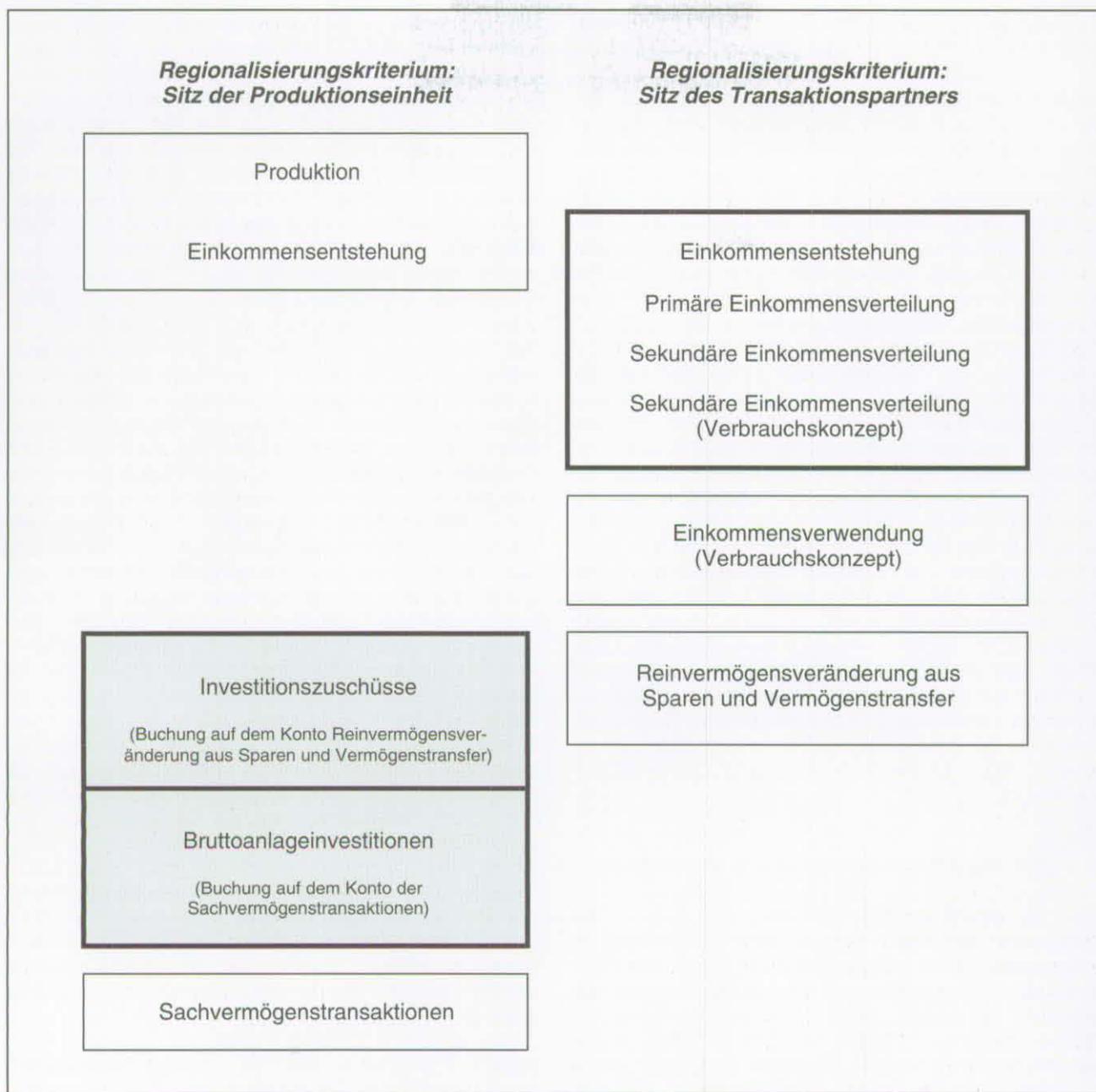
Wie bereits ausgeführt, wird vorgeschlagen, die Investitionszuschüsse als Verteilungstransaktion nach dem Kriterium des Transaktionspartners zu regionalisieren. Wenn die beabsichtigte, bezuschußte Investition bei einer bereits existierenden Produktionseinheit den Kapitalstock erhöht, dann treffen Produktionseinheit und Investitionsgut örtlich zusammen. Wenn der Investitionszuschuß dem Kapitalstock einer neu aufzubauenden Produktionseinheit gilt und wenn diese zukünftige Produktionseinheit schon jetzt als fiktiv existent gelten kann, dann läßt sich sagen, daß die Regionalisierung der Investitionszuschüsse nach der örtlichen Lage des Anlagevermögens deckungsgleich ist mit der Regionalisierung nach der Lage der Produktionseinheit.

Diese gedankliche Brücke könnte man ebenso für die Investitionen des Staates in Anspruch nehmen: Auch im Falle von Baumaßnahmen in Straßen, Deiche, Dämme, Kanäle usw. oder im Falle von Investitionen in neu entstehende staatliche Dienststellen, Schulen, Kasernen ist die regionale Zuordnung zu einer tatsächlich existierenden staatlichen Produktionseinheiten kaum möglich. Der Ausweg ist die Vorstellung, am Ort der Investitionsmaßnahme gebe es als Investor eine fiktive Produktionseinheit.

Unter der Annahme solcher fiktiven Einheiten läßt sich hinsichtlich des Regionalisierungskriteriums ohne Widerspruch feststellen, daß

- die zentralstaatliche Bruttoanlageinvestition und die von ihm gewährten Investitionszuschüsse einheitlich nach dem Ort derjenigen Produktionseinheit regionalisiert werden, deren Kapitalstock erhöht werden soll,
- die Gütertransaktionen des Zentralstaates (mit Ausnahme des Kollektivkonsums) einheitlich seinen Produktionseinheiten zugeordnet werden und
- die Verteilungstransaktionen des Zentralstaates einheitlich nach dem Sitz seines Transaktionspartners regionalisiert werden,

obwohl die Investitionszuschüsse sowohl zur ersten als auch zur dritten Kategorie rechnen und die Investitionen gleichzeitig zur ersten und zur zweiten Kategorie.



Man kommt dann also mit zwei Kriterien aus: dem Sitz des Transaktionspartners (Inländerkonzept) und dem Sitz der Produktionseinheit (Inlandskonzept). Wenn darüber hinaus Einigkeit besteht, daß wir eine Vermischung beider Kriterien innerhalb eines Kontos vermeiden müssen, dann kann man fünf konstitutive Elemente der ESGV-Kontensequenz als hinsichtlich Transaktionsart und Regionalisierungskriterium in sich homogen unterscheiden. Diese Elemente sind im Schaubild als Rechtecke gekennzeichnet. Das Schaubild enthält mit den bereits angesprochenen Investitionszuschüssen und den Anlageinvestitionen

zwei weitere Elemente, die als gesondert nachzuweisende Transaktionen zum sogenannten Minimum-Schema gehören, auf das im nächsten Abschnitt näher eingegangen wird. Die Elemente dieses Minimum-Schemas sind im Schaubild fett umrandet.

Die leitende Vorstellung ist nun, daß alle fünf Elemente (weiße Rechtecke) jeweils einen interpretierbaren Saldo liefern, vorausgesetzt, alle betroffenen Transaktionen können regionalisiert werden. Diese Salden müssen allerdings, weil sie unterschiedlichen Regionalisierungskriterien folgen, einzeln analysiert

werden. Sie können nicht zu einem Gesamtsaldo, etwa dem Finanzierungssaldo, verbunden werden.

Im Schema tauchen die Investitionszuschüsse gesondert auf, weil davon ausgegangen wird, daß sie nicht nur als Komponente der Veränderung des zentralstaatlichen Reinvermögens aus Sparen und Vermögenstransfers nachgewiesen werden, sondern – wie auch die Bruttoanlageinvestitionen – außerdem noch in funktionaler Gliederung nach Aufgabenbereichen des Staates gegliedert und präsentiert werden. Auch die Einkommensentstehung ist im Schema doppelt aufgeführt, dies aber aus einem anderen Grund: Konzeptuelle und auch empirische Probleme wirft die Regionalisierung der Arbeitnehmerentgelte auf, die die privaten Haushalte aus zentralstaatlichen Arbeitsplätzen beziehen. Sie sind einerseits Komponente der Einkommensentstehung, sind also dem Vorschlag und dem Schema zufolge nach dem Wohnsitz der Einkommensempfänger zu regionalisieren. Sie sind aber andererseits auch Komponente der Wertschöpfung und der Produktion, die im Falle des Staates additiv aus den Kostenkomponenten kompiliert wird und insofern die Einkommen unabdingbar dem Ort der Arbeitsstelle zurechnet. Es ist daher unvermeidlich, die Einkommen aus Beschäftigung beim Staat sowohl nach Arbeitsplätzen als auch nach Wohnort der Mitarbeiter zu regionalisieren. Man benötigt also entweder eine entsprechende Doppelaufbereitung der Personalausgaben oder wenigstens Informationen über das Pendelverhalten der Staatsbediensteten.

4.6 Ein Minimum-Schema als Vorschlag

Beim Anspruch an die Vollständigkeit und an die Konsistenz der in das Regionalkonto Zentralstaat inkorporierten ESVG-Kontensequenz sind, wie vielleicht deutlich geworden ist, erhebliche Abstriche angebracht. Die bereits angesprochene Task-Force hat daraus die Konsequenzen gezogen und das bereits als Stichwort genannte „Minimum-Schema“ vorgeschlagen. Wie der Name schon andeutet, konzentriert sich das Minimum-Schema auf einen Kern von Transaktionen, zu denen eine regionalspezifische Aussage möglich erscheint. Dieser Kern hat zunächst drei Komponenten:

- die laufenden Verteilungstransaktionen,
- die Investitionszuschüsse und
- die Investitionen.

Die beiden letztgenannten Komponenten bestehen aus jeweils einer Tabelle in der Gliederung der zentralstaatlichen Mittelverwendung nach Regionen einerseits und nach den 14 staatlichen Aufgabenbereichen der COFOG-Systematik andererseits.

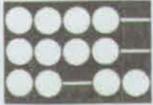
Die erstgenannte Komponente wird in Form eines Kontos präsentiert. Dazu werden die vier Konten Einkommensentstehung, primäre Einkommensverteilung, sekundäre Einkommensverteilung und sekundäre Einkommensverteilung nach dem Verbrauchskonzept zusammengeschoben, konsolidiert. Der Eingangssaldo ist die Nettowertschöpfung des Zentralstaats, der Schlußsaldo sein verfügbares Einkommen nach dem Verbrauchskonzept. Es sind also auch die individualisierbaren Teile des Staatsverbrauchs, die sog. sozialen Sachtransfers, in die Regionalisierung einbezogen.

Die Idee ist im Grunde einfach: Der Eingangssaldo und einige problematische Transaktionen wie insbesondere die Vermögenseinkommen – von denen man allerdings behaupten kann, daß sie regional irrelevant seien – bleiben unregionalisiert, der Saldo B.7 (verfügbares Einkommen nach dem Verbrauchskonzept) teilt sich entsprechend in zwei Komponenten auf: in den Teilsaldo der regionalisierbaren und in den Teilsaldo der unregionalisiert bleibenden Transaktionen. Der Teilsaldo der regionalisierbaren Transaktionen liefert aber trotz seiner Torsoeigenschaft eine regionalstatistisch wichtige und interpretierbare Zahl: den direkten Nettoeffekt (Impakt) zentralstaatlicher Einnahmen und Ausgaben (soweit regionalisiert) auf die regionalen Einkommen. Möglicherweise ist diese Information sogar besser als der Saldo, den man erhalten würde, wenn auch die restlichen Transaktionen irgendwie pauschal auf Regionen heruntergebrochen würden, denn die pauschalierten Größen haben hohes Gewicht und können die Regionalkontur, die es ja eigentlich herauszuarbeiten gilt, verwässern.

Eine der Grundideen des Minimum-Schemas ist, in der Philosophie der ESVG-Kontensequenz zu bleiben. Dieses Minimum-Schema soll, wenn der Vorschlag akzeptiert wird, nach und nach dann erweitert werden, bis die im vorigen Abschnitt im Schaubild gezeigten Elemente komplett und vollständig sind, wobei es aber auch in der Endstufe bei der geschilderten Dichotomie der Regionalisierungskriterien bleibt (Inlands- versus Inländerkonzept).

Es sei nochmals betont, daß noch nicht einmal die erste Stufe des Minimum-Schemas bisher methodisch breiter erörtert werden konnte, in der dafür zuständigen Eurostat-Arbeitsgruppe nicht und auch nicht in der deutschen Regionalrechnung. Deshalb wird die von der Task-Force entwickelte Idee des Minimum-Schemas hier lediglich verbal erläutert, ohne die Gedanken mit einem kontoorientierten Schema weiter zu verdeutlichen. Es soll der irrige Eindruck vermieden werden, die Probleme seien bereits im Detail ausdiskutiert.

Bernd Struck



<i>Daten zur Konjunktur</i>	2
<i>Jahreszahlen</i>	4
<i>Zahlenspiegel</i>	6
<i>Kreiszahlen</i>	11
<i>Zahlen für Bundesländer</i>	12

Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein

Daten zur Konjunktur
Schleswig-Holstein

		Jüngster Monat		Monatsdurchschnitt	
		absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleicher Monat) in %	absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleiche Zeit) in %
Verarbeitendes Gewerbe¹		Dezember 1995		Januar bis Dezember 1995	
Beschäftigte	1 000	151 ^a	...	153 ^a	...
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Stunden	12 ^a	...	13 ^a	...
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	809 ^a	...	765 ^a	...
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	4 344 ^a	...	4 082 ^a	...
Inlandsumsatz	Mill. DM	3 180 ^a	...	3 016 ^a	...
Auslandsumsatz	Mill. DM	1 164 ^a	...	1 066 ^a	...
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	-	- 18,1 ^b	-	+ 15,6 ^b
aus dem Inland	Mill. DM	-	- 22,8 ^b	-	+ 20,1 ^b
aus dem Ausland	Mill. DM	-	- 6,9 ^b	-	+ 7,3 ^b
Energieverbrauch (vierteljährlich)	1 000 t SKE	-	-	-	-
Bauhauptgewerbe²		Dezember 1995		Januar bis Dezember 1995	
Beschäftigte	1 000	46	- 1,9	48	+ 1,2
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Stunden	3	- 25,6	5	- 2,2
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	154	- 14,5	187	+ 1,6
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	667	- 29,3	627	- 3,4
Auftragseingang ³	Mill. DM	223	- 24,3	341	- 5,8
Baugenehmigungen⁴		November 1995		Januar bis Dezember 1994	
Wohnbau	Wohnungen	1 403	- 21,2	1 606	- 14,6
Nichtwohnbau	1 000 m ² umbauter Raum	293	- 34,2	515	- 17,4
Einzelhandel		November 1995		Januar bis Dezember 1994	
Umsatz (einschließlich Umsatzsteuer)	Meßziffer 1996 = 100	140,0	- 1,3
Gastgewerbe		November 1995		Januar bis Dezember 1994	
Umsatz (einschließlich Umsatzsteuer)	Meßziffer 1996 = 100	123,7	- 2,1
Fremdenverkehr⁵		November 1995		Januar bis November 1995	
Ankünfte	1 000	201	- 0,6	347	+ 2,1
Übernachtungen	1 000	785	- 2,4	1 931	+ 1,9
Arbeitsmarkt		Dezember 1995		Januar bis Dezember 1995	
Arbeitslose	Anzahl	109 548	+ 5,1	102 193	- 0,1
Offene Stellen	Anzahl	8 271	- 7,5	11 954	+ 12,3
Kurzarbeiter	Anzahl	5 812	+ 232,3	3 064	- 51,6
Insolvenzen		Dezember 1995		Januar bis Dezember 1995	
Anzahl		86	+ 6,2	73	+ 16,3

¹ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E 1 1

² auf alle Betriebe hochgerechnete Ergebnisse

³ Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

⁴ nur Errichtung neuer Gebäude

⁵ in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, ohne Campingplätze

^a neuer Berichtskreis (mit Recycling und Verlagsgewerbe)

^b vergleichbare Veränderungsrate zu 1994 (d. h. in 1995 ohne die neu hinzugekommenen Bereiche)

p = vorläufige Zahl, r = berichtigte Zahl

*Daten zur Konjunktur
Land und Bund im Vergleich*

		Veränderung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in %												
		Januar bis Dez. 1994	Januar 1995	Februar 1995	März 1995	April 1995	Mai 1995	Juni 1995	Juli 1995	August 1995	Sept. 1995	Oktober 1995	Nov. 1995	Dez. 1995
Verarbeitendes Gewerbe¹														
Beschäftigte	Land	- 4,7	- 3,1	- 2,7	- 3,0	- 3,1	- 3,1	- 3,2	- 2,8	- 3,5	- 3,3	- 3,7	- 4,3	...
	Bund	- 6,4	p-	4,0	p-	4,0	p-	3,0	p-	3,0	p-	3,0	p-	3,0
Geleistete Arbeiterstunden	Land	- 4,5	+ 0,8	- 2,1	- 0,9	- 6,9	+ 2,7	- 4,6	- 8,6	- 0,4	- 4,7	- 3,7	- 2,1	...
	Bund	- 5,4	p+	1,0	p-	1,0	p-	2,0	p-	5,0	p+	2,0	p-	5,0
Lohn- und Gehaltssumme	Land	- 0,8	- 1,3	- 0,5	- 0,6	+ 2,3	+ 2,8	+ 1,1	+ 0,4	+ 0,1	- 3,7	- 1,5	- 0,5	...
	Bund	- 3,1	p-	1,0	p±	0,0	p+	1,0	p+	2,0	p+	1,0	p+	2,0
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Land	+ 2,9	+ 11,0	+ 0,4	+ 8,2	- 10,0	+ 8,7	+ 9,1	- 3,5	+ 3,1	+ 4,1	- 2,7	+ 13,6	...
	Bund	+ 2,9	p+	11,0	p+	8,0	p+	7,0	p+	2,0	p+	10,0	p+	3,0
Inlandsumsatz	Land	+ 0,1	- 2,7	+ 6,9	+ 2,4	- 2,0	+ 1,2	+ 6,6	- 4,8	- 2,8	- 2,5	- 5,6	+ 9,6	...
	Bund	+ 0,7
Auslandsumsatz	Land	+ 13,5	+ 61,4	- 15,2	+ 28,4	- 28,8	+ 34,8	+ 17,1	+ 0,9	+ 24,8	+ 26,6	+ 6,8	+ 24,4	...
	Bund	+ 8,7	p+	18,0	p+	12,0	p+	11,0	p+	7,0	p+	15,0	p+	7,0
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Land	+ 8,5	+ 26,9	+ 29,5	+ 5,8	+ 17,4	+ 16,2	+ 10,0	+ 63,3	+ 16,6	+ 6,5	+ 7,2	+ 17,9	- 18,1
	Bund	+ 7,6	+ 13,4	+ 8,6	+ 4,5	+ 1,7	+ 9,5	- 0,9	+ 7,2	+ 1,2	- 2,5	r-	2,1	- 3,6
aus dem Inland	Land	+ 5,6	+ 23,5	+ 22,4	+ 2,0	+ 14,2	+ 12,3	+ 14,2	+ 123,5	+ 20,1	+ 26,4	+ 8,7	+ 18,8	- 22,8
	Bund	+ 4,1	+ 9,8	+ 6,8	+ 4,3	+ 2,2	+ 7,8	- 1,6	+ 6,0	- 0,9	- 0,6	- 2,2	- 1,9	...
aus dem Ausland	Land	+ 14,9	+ 34,9	+ 44,4	+ 13,9	+ 23,8	+ 24,5	+ 2,4	- 22,1	+ 9,5	- 16,9	+ 4,4	+ 16,4	- 6,9
	Bund	+ 14,1	+ 19,6	+ 12,0	+ 5,2	+ 0,6	+ 12,5	+ 0,2	+ 9,5	+ 5,7	- 5,7	r-	2,4	- 6,7
Energieverbrauch (vierteljährlich)	Land	- 0,2	...	+ 6,4	- 5,8	+ 3,4
	Bund	+ 1,0
Bauhauptgewerbe²														
Beschäftigte	Land	+ 3,7	+ 3,5	+ 3,5	+ 2,8	+ 1,6	+ 1,3	+ 2,0	+ 1,3	+ 1,1	+ 0,7	- 0,2	- 1,1	- 1,9
	Bund	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,2	- 3,3	- 3,8	- 4,0	- 4,4	- 4,8	- 5,4	- 5,8	- 3,0
Geleistete Arbeitsstunden	Land	+ 4,8	- 12,3	+ 6,8	+ 3,2	- 6,7	+ 3,3	- 6,2	- 6,4	+ 5,8	- 7,5	+ 0,8	- 0,5	- 25,6
	Bund	+ 2,4	- 15,7	+ 13,6	- 12,6	- 10,1	- 1,8	- 4,6	- 12,5	- 10,3	- 13,9	- 2,0
Lohn- und Gehaltssumme	Land	+ 8,2	+ 1,1	+ 10,2	+ 3,6	- 0,9	+ 7,0	+ 1,8	+ 4,1	+ 1,7	- 2,7	+ 4,5	- 0,3	- 14,5
	Bund	+ 4,6	- 1,9	+ 10,8	- 6,0	- 4,0	+ 7,5	- 6,3	- 2,7	- 2,1	- 6,6	+ 1,0
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Land	+ 16,3	+ 5,9	+ 16,3	+ 8,7	+ 3,4	- 5,3	+ 3,2	- 0,6	+ 4,1	- 4,8	- 3,2	- 10,9	- 29,3
	Bund	+ 6,1	+ 4,9	+ 7,3	- 2,0	- 4,4	+ 1,0	- 6,1	- 3,4	- 2,9	- 6,6	- 2,4
Auftragseingang ³	Land	+ 6,3	- 17,5	- 0,6	- 1,9	- 16,2	+ 7,9	- 8,3	- 14,9	- 13,3	- 8,4	+ 2,3	+ 9,0	- 24,3
	Bund	+ 4,5	- 2,6	- 2,8	- 9,1	- 7,1	- 6,2	- 10,4	- 0,5	- 3,9	- 2,5	- 3,7
Baugenehmigungen⁴														
Wohnbau (Wohnungen)	Land	+ 18,4	+ 31,9	- 8,4	+ 1,5	- 5,4	- 32,7	- 34,9	- 16,5	- 14,1	- 10,6	- 14,1	- 21,4	- 21,2
	Bund	+ 13,4	+ 0,7	- 7,3	- 12,1	- 28,4	- 20,1	- 28,9	- 20,8	- 33,4	- 29,2	- 32,2
Nichtwohnbau (umbauter Raum)	Land	- 0,1	- 71,4	- 5,1	+ 61,3	- 38,1	+ 14,4	- 22,5	+ 12,3	+ 10,8	- 31,6	+ 5,5	+ 24,8	- 34,2
	Bund	- 2,3	- 17,6	+ 8,5	+ 19,8	- 10,3	+ 7,0	+ 6,2	- 4,4	+ 4,6	- 1,5	+ 3,8
Einzelhandel														
Umsatz (einschließlich Umsatzsteuer)	Land	- 1,3
	Bund	- 0,5
Gastgewerbe														
Umsatz (einschließlich Umsatzsteuer)	Land	- 2,1
	Bund	- 0,8
Fremdenverkehr⁵														
Ankünfte	Land	- 1,2	+ 3,4	+ 4,4	- 7,5	+ 15,0	p-	5,6	p+	7,2	p-	0,7	p+	3,9
	Bund	...	+ 6,8	p+	2,2	+ 3,6	+ 3,3	+ 4,4	+ 3,3	+ 3,9	+ 0,3	+ 3,1	+ 0,5	...
Übernachtungen	Land	- 2,0	+ 6,2	+ 6,8	- 13,8	+ 17,2	p-	6,5	p+	5,3	p+	2,3	p+	1,4
	Bund	...	+ 4,7	+ 1,2	- 2,1	+ 6,0	+ 0,5	+ 1,2	+ 1,3	- 0,5	+ 0,9	+ 1,7
Arbeitsmarkt														
Arbeitslose	Land	+ 9,5	- 1,2	- 2,1	- 2,9	- 1,7	- 1,3	+ 2,4	+ 0,1	- 1,3	+ 0,7	+ 1,3	+ 3,5	+ 5,1
	Bund	+ 12,6	+ 0,3	- 0,8	- 1,1	- 1,0	- 1,6	- 1,0	- 0,8	+ 0,5	+ 1,5	+ 1,9	+ 3,5	+ 5,2
Offene Stellen	Land	+ 0,8	+ 4,2	+ 16,1	+ 27,5	+ 27,6	+ 22,1	+ 18,8	+ 12,9	+ 12,5	+ 0,9	- 9,5	- 5,4	- 7,5
	Bund	- 4,0	+ 17,4	+ 17,6	+ 21,0	+ 22,4	+ 22,9	+ 20,6	+ 17,8	+ 12,3	+ 6,3	+ 0,3	- 0,4	- 0,3
Kurzarbeiter	Land	- 58,0	- 79,6	- 68,8	- 73,3	- 63,3	- 58,7	- 58,4	- 57,2	- 32,2	+ 2,3	+ 37,2	+ 108,0	+ 232,3
	Bund	- 64,1	- 73,3	- 69,1	- 66,4	- 62,2	- 59,4	- 54,7	- 43,8	- 48,4	- 31,6	- 20,4	+ 0,5	+ 42,8
Insolvenzen														
Anzahl	Land	+ 15,3	+ 19,7	+ 11,1	- 16,9	+ 20,0	+ 37,8	+ 14,3	+ 26,8	- 10,1	+ 32,8	- 4,8	+ 95,5	+ 6,2
	Bund	+ 22,8	+ 11,6	- 0,5	+ 17,3	+ 14,9	+ 16,1	+ 10,0	+ 14,3	+ 14,7	+ 15,4	+ 11,3	+ 40,5	...

¹ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E 1.1. Ab Januar 1995 neuer Berichtskreis mit vergleichbaren Veränderungsdaten zu 1994 (d. h. in 1995 ohne die neu hinzugekommenen Bereiche)

² auf alle Betriebe hochgerechnete Ergebnisse

³ Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

⁴ nur Errichtung neuer Gebäude

⁵ in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, ohne Campingplätze

p = vorläufige Zahl, r = berichtigte Zahl

Hinweis: Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet nach dem Gebietsstand vor dem 03.10.1990. Sie schließen Berlin (West) mit ein.

Jahreszahlen Schleswig-Holstein

Jahr	Bevölkerung ^{1,2}						Im Erwerbsleben tätige Personen ¹				
	Einwohner (Jahresmittel)	Heirats- ziffer	Geburten- ziffer	Sterbe- ziffer	Überschuß (+) der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wanderungs- gewinn	ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft	Produzie- rendes Gewerbe	Handel und Verkehr	übrige Dienst- leistungen
1990	2 614	7,1	11,1	12,0	- 2	34	1 234	62	352	265	555
1991	2 636	6,9	11,0	11,8	- 2	25	1 236	57	361	258	559
1992	2 662	7,1	10,8	11,4	- 2	33	1 247	59	360	262	568
1993	2 687	6,9	10,7	11,6	- 3	18	1 246	52	362	266	566
1994	2 701	6,8	10,2	11,4	- 3	17	1 245	53	363	262	567

Jahr	Öffentliche allgemeinbildende Schulen									Bruttoinlandsprodukt ²				
	Schülerinnen/Schüler im September in					von 100 Schülerinnen/Schülern erreichten				in jeweiligen Preisen		in Preisen von 1991		
	Grund- und Haupt- schulen	Sonder- schulen	Real- schulen	Gym- nasien	Inte- grierten Gesamt- schulen	weniger als Haupt- schul- abschluß	Haupt- schul- abschluß	mittleren Abschluß	Fachhoch- schulreife und allgemeine Hochschul- reife	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	je Erwerbs- tätigen Bund ³ ± 100
	1 000													
1990	135	12	48	62	3	10	33	31	27	83 585	+ 8,0	87 048	+ 3,6	92
1991	134	11	48	62	4	10	35	31	25	91 170	+ 9,1	91 170	+ 4,7	92
1992	135	11	48	62	6	10	36	31	24	96 819	+ 6,2	92 751	+ 1,7	91
1993	139	11	49	62	7	10	36	32	23	99 337	+ 2,6	91 997	- 0,8	92
1994	144	12	49	62	9	9	36	32	24	104 138	+ 4,8	94 420	+ 2,6	92

Jahr	Landwirtschaft										
	Viehbestand am 03.12.				Schlachtungen ⁶		Kuhmilcherzeugung		Ernten in 1 000 t		
	Rinder		Schweine	Hühner ⁵	Rinder	Schweine	1 000 t	kg je Kuh und Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zuckerrüben
	insgesamt	darunter Milchkühe ⁴									
	1 000										
1990	1 525	472	1 445	3 343	592	2 402	2 324	4 881	2 186	139	972
1991	1 473 ^a	458 ^a	1 387 ^a	3 343 ^a	735	2 161	2 326	5 005	2 257	148	768
1992	1 435	440	1 397	3 129	548	1 853	2 297	5 116	2 093	154	768
1993	1 424 ^a	431 ^a	1 378 ^a	3 129 ^a	431	1 904	2 312	5 306	1 892	184	779
1994	1 396	426	1 309	2 731	351	1 709	2 311	5 393	1 928	146	699

Jahr	Verarbeitendes Gewerbe ⁷										Bauhaupt- gewerbe	
	Beschäftigte (Monatsdurchschnitt)		Arbeiter- stunden	Löhne	Gehälter	Umsatz (ohne Umsatzsteuer)		Energieverbrauch				
	insgesamt	Arbeiter		Bruttosumme		insgesamt	Auslands- umsatz	Kohle	Heizöl	Gas		Strom ⁸
	1 000		Mill.	Mill. DM		Mill. DM		1 000 t SKE ⁹				Beschäftigte am 30.06. in 1 000
1990	177	119	194	4 771	3 549	45 569	10 182	167	1 204	663	389	42
1991	182	122	198	5 147	3 919	49 073	10 095	174	1 250	560	399	44
1992	180	119	192	5 309	4 247	49 228	10 430	183	1 251	596	409	44
1993	171	111	176	5 072	4 327	47 315	9 911	189	1 293	620	407	45
1994	163	104	168	4 953	4 370	48 688	11 253	184	1 234	672	414	47

¹ Ergebnisse der 1%-Mikrozensus-erhebungen

² ab 1992 vorläufiges Ergebnis

³ Gebietsstand vor dem 03.10.1990

⁴ ohne Ammen- und Mutterkühe

⁵ ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner

⁶ gewerbliche und Hausschlachtungen, in- und ausländischer Herkunft

⁷ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

⁸ ohne Eigenerzeugung

⁹ 1 Tonne SKE (Steinkohle-Einheit) = 29 308 MJ

^a repräsentative Viehzählung

Jahreszahlen Schleswig-Holstein

Jahr	Wohnungswesen				Ausfuhr				Fremdenverkehr ³			
	zum Bau genehmigte Wohnungen ¹	fertiggestellte Wohnungen ¹		Bestand an Wohnungen	insgesamt	in EU-Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerblichen Wirtschaft	Ankünfte		Übernachtungen	
		insgesamt	im sozialen Wohnungsbau ²						insgesamt	Auslandsgäste	insgesamt	von Auslands-gästen
	1 000	1 000	in %	1 000	Mill. DM				1 000			
1990	12	8	13	1 148	11 965	6 110	1 828	10 221	3 801	479	19 390	877
1991	12	9	11	1 158	12 656	6 882	1 715	10 688	4 037	550	20 730	1 064
1992	15	12	18	1 171	13 156	6 175	1 751	11 070	4 129	492	22 116	981
1993	19	14	11	1 186	11 613	5 363	1 688	9 903	3 956	343	21 989	735
1994	23	19	...	1 206	p 12 748	p 5 541	p 1 898	p 11 164	3 907	314	21 542	690

Jahr	Kfz-Bestand ⁴ am 01.07.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden			Spar-einlagen ⁶ am 31.12.	Sozialhilfe			Kriegsopfer-fürsorge
	insgesamt	Krafträder	Pkw ⁵	Lkw	Unfälle	Getötete	Verletzte		insgesamt	Hilfe zum Lebensunterhalt	Empfänger in 1 000	
	1 000							Mill. DM	Aufwand in Mill. DM	Aufwand in Mill. DM		Empfänger in 1 000
1990	1 467	52	1 262	57	17 326	364	22 574	19 526	1 591,1	662,6	166,6	90,1
1991	1 490	54	1 279	60	16 649	351	21 631	19 669	1 654,5	626,4	123,5	97,7
1992	1 528	58	1 307	64	16 429	319	21 310	20 156	1 831,9	677,1	131,4	109,5
1993	1 571	64	1 341	66	15 528	296	20 325	22 411	2 031,6	746,0	143,6	118,7
1994	1 608	71	1 368	69	15 463	282	20 182	24 350

Jahr	Steuern								Schulden			
	Steuereinnahmen nach der Steuerverteilung			Steuern vom Umsatz	Steuern vom Einkommen			Ver-brauch-steuern	Gewerbe-steuer nach Ertrag und Kapital	des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände ⁸	
	des Bundes	des Landes ⁷	der Gemeinden		insgesamt	Lohnsteuer	veranlagte Einkommen-steuer				insgesamt	Kredit-markt-mittel
	Mill. DM											
1990	6 094	7 176	2 431	3 630	7 890	5 310	1 506	137	966	20 128	3 794	2 957
1991	6 951	7 685	2 761	4 332	8 825	6 214	1 431	125	1 062	20 990	4 058	3 188
1992	7 919	8 351	3 012	4 937	10 061	7 059	1 637	117	1 235	22 081	4 226	3 331
1993	8 320	8 795	3 158	5 506	10 645	7 333	1 676	44	1 182	23 873	4 494	3 546
1994	8 880	9 704	3 156	6 092	10 826	7 510	1 447	39	1 179	24 766	4 646	3 684

Jahr	Preisindizes im Bundesgebiet ⁹					Löhne und Gehälter						
	Erzeugerpreise ⁹		für Wohn-gebäude 1991 ≙ 100	Lebenshaltung aller privaten Haushalte 1991 ≙ 100		Industriearbeiter ¹¹		Angestellte in Industrie ¹¹ und Handel, Kreditinstituten und Versicherungsgewerbe			Öffentlicher Dienst	
	gewerblicher Produkte 1991 ≙ 100	land-wirt-schaftlicher Produkte 1985 ≙ 100		insgesamt	darunter Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	Bruttowochenlohn	Bruttomonatsgehalt	Bruttomonatsgehalt ¹²		Beamte A 9 (Inspektor)	Angestellte BAT VIII (Bürokräft)	
					Männer	Frauen	kaufmännische Angestellte	technische Angestellte				
1990	97,6	94,7	93,7	96,5	97,4	821	572	4 297	2 953	4 972	3 822	2 852
1991	100,0	94,1	100,0	100,0	100,0	866	605	4 539	3 192	5 323	4 048	3 020
1992	101,4	91,9	105,7	104,0	103,3	899 ^a	640 ^a	4 808 ^a	3 330 ^a	5 453 ^a	4 284	3 200
1993	101,4	84,7	110,5	107,7	105,4	930 ^a	665 ^a	5 071 ^a	3 533 ^a	5 724 ^a	4 411	3 294
1994	102,0	86,5	112,8	110,6	107,1	978 ^a	695 ^a	5 233 ^a	3 677 ^a	5 911 ^a	4 498	3 359

¹ Errichtung neuer Gebäude ² 1. Förderungsweg

³ nur Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, einschließlich Kinderheime und Jugendherbergen

⁴ Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr

⁵ einschließlich Kombinationskraftwagen

⁶ ohne Postspareinlagen

⁷ einschließlich Länderfinanzausgleich sowie Bundesergänzungszuweisungen

⁸ einschließlich ihrer Krankenhäuser, aber ohne Eigenbetriebe und Zweckverbände

⁹ Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet nach dem Gebietsstand vor dem 03.10.1990. Sie schließen Berlin (West) mit ein.

¹⁰ ohne Umsatz- (Mehrwert-)steuer

¹¹ einschließlich Hoch- und Tiefbau mit Handwerk

¹² Endgehalt, die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind inklusive Kindergeld, ohne Stellenzulage

^a Die Zahlen ab 1992 (neuer Berichtskreis) sind mit den davorliegenden Ergebnissen nicht voll vergleichbar.

Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

		1993	1994	1994			1995			
		Monatsdurchschnitt		Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	2 687 p	2 701 p	2 706 p	2 707 p	2 708
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen	Anzahl	1 538 p	1 525 p	1 158 p	886 p	1 455
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	6,9 p	6,8 p	5,0 p	4,0 p	6,3
* Lebendgeborene	Anzahl	2 386 p	2 295 p	2 139 p	2 212 p	2 341
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	10,7 p	10,2 p	9,3 p	9,9 p	10,2
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 602 p	2 564 p	2 665 p	2 446 p	2 826
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	11,6 p	11,4 p	11,6 p	11,0 p	12,3
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	12 p	12 p	14 p	13 p	14
	je 1 000 Lebendgeborene	5,0 p	5,2 p	6,5 p	5,9 p	6,0
* Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	- 216 p	- 269 p	- 526 p	- 234 p	- 485
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	- 1,0 p	- 1,2 p	- 2,2 p	- 1,1 p	- 2,1
Wanderungen										
* Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	10 391	9 681	10 844	8 746	10 587
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	5 007	3 987	4 646	3 373	4 087
* Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	8 900	8 286	8 692	8 446	8 246
* darunter in das Ausland	Anzahl	1 895	1 533	1 316	1 197	1 448
* Wanderungsgewinn (+) und -verlust (-)	Anzahl	+ 1 491	+ 1 395	+ 2 152	+ 300	2 341
* Innerhalb des Landes Umgezogene ¹	Anzahl	10 357	10 851	11 363	11 161	14 536
* Wanderungsfälle	Anzahl	29 648	26 036	30 899	28 353	33 369
Arbeitslage										
* Arbeitslose (Monatsende)	1 000	93	102	97	99	104	96	98	103	110
* darunter Männer	1 000	53	59	55	56	60	54	55	58	63
* Kurzarbeiter (Monatsmitte)	1 000	15,1	6,3	1,8	1,9	1,7	2,6	2,4	4,0	5,8
* darunter Männer	1 000	12,5	5,2	1,4	1,5	1,4	2,1	1,9	3,3	4,7
* Offene Stellen (Monatsende)	1 000	10,6	10,6	9,6	8,4	8,9	10,9	8,7	8,0	8,3
LANDWIRTSCHAFT										
Viehbestand										
Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 424 ^a	1 396 ^a	.	.	1 396	.	.	.	p 1 404
darunter Milchkühe	1 000	431 ^a	426 ^a	.	.	426	.	.	.	p 422
(ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000	1 378 ^a	1 309 ^a	.	.	1 309	.	1 334	.	p 1 269
Schweine	1 000	130 ^a	125 ^a	.	.	125	.	120	.	p 118
darunter Zuchtsauen	1 000	89 ^a	88 ^a	.	.	88	.	85	.	p 83
darunter trächtig	1 000									
Schlachtungen										
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	36	29	36	34	24	31	36	35	23
Kälber	1 000 St.	1	1	0	1	1	1	1	1	0
Schweine	1 000 St.	159	142	137	147	137	120	123	126	106
darunter Hausschlachtungen	1 000 St.	1	1	1	1	1	0	1	1	1
Schlachtmenge² aus gewerblichen Schlachtungen										
(ohne Geflügel)	1 000 t	25,8	22,3	24,3	24,1	20,1	20,9	22,6	22,2	16,7
* darunter Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	11,1	9,1	11,5	10,4	7,4	9,7	11,1	10,5	6,9
* Kälber	1 000 t	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
* Schweine	1 000 t	14,2	12,8	12,4	13,3	12,4	10,8	11,1	11,4	9,5
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
Rinder (ohne Kälber)	kg	313	314	324	312	312	314	314	306	305
Kälber	kg	129	131	138	139	134	130	131	131	128
Schweine	kg	90	91	91	91	91	90	91	91	90
Geflügel										
Eingelegte Bruteier ³	für Legehennenküken	1 000	89	95
	für Masthühnerküken	1 000
* Geflügelfleisch ⁴	1 000 kg	58	53
Milcherzeugung										
	1 000 t	193	193	190	184	198	...	196	184	190
darunter an Molkerereien und Händler geliefert	%	95	96	94	95	96	...	95	95	96
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	14,5	14,8	14,3	14,3	14,9	...	14,8	14,4	14,4

¹ ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene

² einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien

³ in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern

⁴ aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat

^a Dezember

* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

		1993	1994	1994			1995			
		Monatsdurchschnitt		Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember
PRODUZIERENDES GEWERBE										
Verarbeitendes Gewerbe¹										
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	·	157	155	155	154	154	153	152	151
* darunter Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	·	101	99	100	99	98	97	96	95
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	·	13 417	13 583	13 996	12 676	13 347	13 230	13 853	11 681
* Lohnsumme	Mill. DM	·	397,7	392,9	512,7	417,8	386,9	396,0	517,5	410,9
* Gehaltssumme	Mill. DM	·	351,2	329,2	450,3	391,3	336,2	339,2	464,0	397,9
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	·	3 880	4 067	4 448	4 419	4 352	4 045	5 144	4 344
Inlandsumsatz	Mill. DM	·	2 943	3 119	3 248	3 337	3 183	3 031	3 650	3 180
Auslandsumsatz	Mill. DM	·	936	948	1 200	1 082	1 014	1 495	1 495	1 164
Kohleverbrauch ²	1 000 t SKE	·	15	·	·	·	·	·	·	·
Gasverbrauch ³	Mill. m ³	·	·	·	·	·	·	·	·	·
Stadt- und Kokereigas	Mill. m ³	·	·	·	·	·	·	·	·	·
Erd- und Erdölgas	Mill. m ³	·	·	·	·	·	·	·	·	·
Heizölverbrauch ⁴	1 000 t	·	73	·	·	·	·	·	·	·
leichtes Heizöl	1 000 t	·	6	·	·	·	·	·	·	·
schweres Heizöl	1 000 t	·	67	·	·	·	·	·	·	·
Stromverbrauch ⁵	Mill. kWh	·	315	·	·	·	333	323	332	291
Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	·	37	·	·	·	33	41	46	39
* Index der Nettoproduktion für Betriebe im Produzierenden Gewerbe ⁶	1985 = 100	124,6
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	1 743	1 530	2 097	2 399	2 510	1 806	2 440	2 870	2 974
* Stromverbrauch (einschließlich Verluste, ohne Pumpstromverbrauch)	Mill. kWh	1 028	1 024	1 040	1 078	1 119	963	1 028	1 102	1 214
Gaserzeugung (brutto)	Mill. m ³	·	·	·	·	·	·	·	·	·
HANDWERK										
Handwerk (Meßzahlen)⁷										
Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) am Ende des Vierteljahres	30.09.1976 = 100	114,3	114,3	·	·	112,7	111,4	·	·	...
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj.-D 1976 = 100	222,1	233,1	·	·	269,3	241,0	·	·	...
Bauhauptgewerbe⁸										
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	45 420	47 080	48 199	47 618	47 220	48 642	48 121	47 102	46 344
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	4 739	4 968	5 404	5 421	3 982	5 283	5 447	5 396	2 963
darunter für										
Wohnungsbauten	1 000	2 059	2 357	2 583	2 651	1 890	2 602	2 639	2 669	1 464
gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	1 251	1 240	1 296	1 253	1 025	1 201	1 244	1 218	719
Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	1 343	1 308	1 463	1 446	988	1 413	1 518	1 469	742
* Lohnsumme	Mill. DM	139,1	150,6	150,2	249,3	140,7	148,1	157,1	247,1	118,4
* Gehaltssumme	Mill. DM	31,5	33,9	32,1	54,9	39,0	33,4	33,5	56,3	35,2
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	558,1	649,4	720,7	798,8	942,4	712,6	697,8	711,9	666,8
Auftragseingang ⁹	Mill. DM	341,6	362,2	377,8	288,2	294,2	355,2	386,4	314,2	222,8
Ausbaugewerbe⁹										
* Beschäftigte	Anzahl	9 906	10 451	11 089	11 081	10 964	11 353	11 328	11 277	11 133
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	1 136	1 196	1 290	1 349	1 226	1 295	1 325	1 366	1 151
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	85,2	38,7	39,5	50,9	42,2	40,5	42,4	53,1	42,1
* Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	106,9	119,3	132,0	157,2	202,4	135,9	136,4	159,2	183,5

¹ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1. Ab Januar 1995 neuer Berichtskreis nach neuer Wirtschaftszweigabgrenzung (einschl. Recycling und Verlagsgewerbe); für davorliegende Zeiträume wird eine Rückrechnung nach neuer Abgrenzung vorgenommen, allerdings liegen für die Bereiche Recycling und Verlagsgewerbe keine Daten vor, so daß die Vergleichbarkeit eingeschränkt ist.

² 1 t Steinkohle = 1 t SKE = Steinkohle-Einheit (29 308 MJ)

³ 1 000 m³ Gas H₂ = 35,169 MJ/m³ = 1,2 t SKE

⁴ 1 t Heizöl, leicht = 1,46 t SKE, schwer = 1,40 t SKE

⁵ 1 000 kWh Strom = 0,123 t SKE

⁶ ohne Ausbaugewerbe, Gas-, Fernwärme und Wasserversorgung

⁷ ohne handwerkliche Nebenbetriebe

⁸ auf alle Betriebe hochgerechnete Ergebnisse

⁹ Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

*Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

		1993	1994	1994			1995			
		Monatsdurchschnitt		Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember
BAUTÄTIGKEIT										
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	725	854	773	665	679	692	610	559	491
darunter mit										
1 Wohnung	Anzahl	570	632	559	431	463	504	461	370	338
2 Wohnungen	Anzahl	78	119	122	95	93	79	75	93	57
* Rauminhalt	1 000 m³	731	868	773	831	767	731	648	682	592
* Wohnfläche	1 000 m²	135	162	145	159	143	139	123	129	111
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	103	110	116	104	105	127	107	110	75
* Rauminhalt	1 000 m³	624	624	455	387	445	749	480	483	293
* Nutzfläche	1 000 m²	93	91	76	65	81	109	76	81	51
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 838	2 145	1 967	2 325	2 071	1 921	1 689	1 815	1 545
HANDEL UND GASTGEWERBE										
Ausfuhr										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	967,8	p 1 062,3	997,4	1 211,5	1 247,9	1 238,0
davon										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. DM	142,6	p 131,9	148,1	134,8	157,1	183,5
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	825,2	p 930,4	849,3	1 076,6	1 090,8	1 054,5
davon										
* Rohstoffe	Mill. DM	18,5	p 19,4	21,8	14,5	22,3	29,4
* Halbwaren	Mill. DM	54,7	p 59,6	39,5	52,8	74,4	107,3
* Fertigwaren	Mill. DM	752,0	p 851,4	787,9	1 009,3	994,0	917,8
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. DM	105,0	p 134,1	142,0	245,2	121,7	129,2
* Enderzeugnisse	Mill. DM	647,0	p 717,3	646,0	764,1	872,3	788,6
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
* EU-Länder	Mill. DM	446,9	p 461,8	455,7	529,1	525,8	716,3
darunter										
Niederlande	Mill. DM	85,5	p 88,7	106,5	81,9	96,7	121,1
Frankreich	Mill. DM	72,4	p 82,2	91,2	89,1	102,1	102,5
Vereinigtes Königreich	Mill. DM	66,3	p 70,8	66,1	125,0	91,1	80,7
Dänemark	Mill. DM	64,6	p 74,5	60,6	53,7	75,8	106,6
Einzelhandelsumsätze (Meßzahl)	1986 = 100	141,9	140,0	136,6	143,9	174,5
Gastgewerbeumsätze (Meßzahl)	1986 = 100	126,3	123,7	123,0	96,0	105,7
Fremdenverkehr in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten										
* Ankünfte	1 000	330	326	350	203	172	443	347	202	180
* darunter von Auslandsgästen	1 000	29	26	23	22	19	27	25	22	19
* Übernachtungen	1 000	1 832	1 795	1 728	805	691	2 370	1 791	797	723
darunter von Auslandsgästen	1 000	61	57	55	56	46	60	57	51	44
VERKEHR										
Schifffahrt¹										
Güterempfang	1 000 t	1 775	1 862	1 924	1 972	1 814
Güterversand	1 000 t	946	1 004	1 031	988	1 108
Binnenschifffahrt										
* Güterempfang	1 000 t	157	181	188	168	182	171	190	180	...
* Güterversand	1 000 t	166	213	229	264	206	248	227	192	...
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ²	Anzahl	9 714	9 920	8 700	9 054	8 852	9 465	9 052	9 414	...
darunter										
Krafträder	Anzahl	550	544	205	147	139	348	188	127	...
* Personenkraftwagen ³	Anzahl	8 355	8 574	7 763	8 195	7 851	8 383	8 142	8 510	...
* Lastkraftwagen (einschließlich mit Spezialaufbau)	Anzahl	539	555	550	572	601	524	537	591	...
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 294	1 289	1 285	1 263	1 347	r 1 446	p 1 228	p 1 182	p 930
* Getötete Personen	Anzahl	25	24	19	25	28	r 26	p 22	p 14	p 23
* Verletzte Personen	Anzahl	1 694	1 682	1 683	1 636	1 711	r 1 977	p 1 659	p 1 565	p 1 252

¹ ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fahrverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

² mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr

³ einschließlich Kombinationskraftwagen

* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht

		1993	1994	1994			1995			
		Monatsdurchschnitt		Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember
GELD UND KREDIT										
Insolvenzen										
* Insolvenzen insgesamt	Anzahl	55	63	83	44	81	85	79	86	86
* Unternehmen	Anzahl	45	51	68	36	67	66	62	74	73
* übrige Gemeinschuldner	Anzahl	10	12	15	8	14	19	17	12	13
* Beantragte Konkurse	Anzahl	54	63	83	44	80	85	79	86	86
* darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	39	41	48	33	50	59	52	51	56
Kredite und Einlagen¹										
4-Monats- durchschnitt³										
Kredite ² an Nichtbanken insgesamt	Mill. DM	104 520	113 824	-	-	118 583	126 046	-	-	...
darunter										
Kredite ² an inländische Nichtbanken	Mill. DM	102 724	111 912	-	-	116 644	123 862	-	-	...
kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	13 313	13 061	-	-	13 528	15 201	-	-	...
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	12 289	12 681	-	-	12 080	14 982	-	-	...
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 024	380	-	-	448	219	-	-	...
mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	6 603	6 234	-	-	6 261	7 691	-	-	...
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	5 385	5 150	-	-	5 191	5 767	-	-	...
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 218	1 084	-	-	1 070	1 924	-	-	...
langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	82 058	92 869	-	-	96 855	100 970	-	-	...
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	60 871	68 437	-	-	71 973	75 188	-	-	...
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	21 937	24 179	-	-	24 882	25 782	-	-	...
Einlagen und aufgenommene Kredite ² von Nichtbanken	Mill. DM	73 802	79 209	-	-	80 730	80 863	-	-	...
Sichteinlagen und Termingelder										
von inländischen Nichtbanken	Mill. DM	52 100	54 835	-	-	55 148	55 366	-	-	...
von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	46 284	48 883	-	-	48 988	49 353	-	-	...
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	5 816	5 952	-	-	6 160	6 013	-	-	...
Spareinlagen	Mill. DM	20 695	23 266	-	-	24 350	25 383	-	-	...
von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	20 381	22 914	-	-	23 996	25 015	-	-	...
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	314	352	-	-	354	368	-	-	...
STEUERN										
Steueraufkommen nach der Steuerart										
		Vierteljahres- durchschnitt			4. Vj. 94	3. Vj. 95	4. Vj. 95			
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	4 069	4 282	-	-	4 799	4 166	-	-	4 999
Lohnsteuer	Mill. DM	1 833	1 878	-	-	2 304	1 981	-	-	2 460
veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	419	362	-	-	371	204	-	-	372
nicht veranlagte Ertragsteuer	Mill. DM	61	105	-	-	124	71	-	-	71
Zinsabschlag	Mill. DM	43	57	-	-	43	36	-	-	46
Körperschaftsteuer	Mill. DM	305	305	-	-	320	247	-	-	267
Umsatzsteuer	Mill. DM	1 209	1 355	-	-	1 342	1 451	-	-	1 526
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	167	168	-	-	190	105	-	-	124
Bundessteuern	Mill. DM	45	60	-	-	40	248	-	-	278
Versicherungsteuer	Mill. DM	31	38	-	-	15	28	-	-	18
Landessteuern	Mill. DM	286	291	-	-	279	298	-	-	278
Vermögensteuer	Mill. DM	52	49	-	-	55	63	-	-	65
Grunderwerbsteuer	Mill. DM	56	61	-	-	53	59	-	-	51
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	124	127	-	-	117	120	-	-	111
Gemeindesteuern	Mill. DM	412	419	-	-	428	444	-	-	...
Grundsteuer A	Mill. DM	8	8	-	-	8	9	-	-	...
Grundsteuer B	Mill. DM	91	96	-	-	88	122	-	-	...
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	295	295	-	-	312	287	-	-	...
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaft										
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	2 083	2 220	-	-	2 419	2 240	-	-	2 627
Bundesanteil an den Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	2 038	2 159	-	-	2 379	1 992	-	-	2 349
Lohnsteuer	Mill. DM	779	798	-	-	979	842	-	-	1 045
veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	178	154	-	-	158	87	-	-	158
Körperschaftsteuer	Mill. DM	152	153	-	-	160	123	-	-	134
Umsatz- und Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	867	959	-	-	965	872	-	-	924
Steuereinnahmen des Landes ⁴	Mill. DM	2 424	2 426	-	-	2 583	2 423	-	-	2 727
Landesanteil an den Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	1 913	1 991	-	-	2 203	2 055	-	-	2 417
Lohnsteuer und Lohnsteuererlegung	Mill. DM	978	1 000	-	-	1 171	1 032	-	-	1 205
veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	176	151	-	-	157	79	-	-	157
Körperschaftsteuer	Mill. DM	149	144	-	-	154	97	-	-	129
Umsatzsteuer	Mill. DM	517	592	-	-	570	627	-	-	662
Steuereinnahmen der Gemeinden/Gemeindeverbände	Mill. DM	789	789	-	-	1 211	746	-	-	...
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ⁵	Mill. DM	263	242	-	-	209	217	-	-	...
Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	410	423	-	-	886	373	-	-	...

¹ Bestand an Krediten und Einlagen am Monatsende. Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie die Postscheck- und Postsparkassenämter. Ab 01.01.1986 einschließlich Raiffeisenbanken

² einschließlich durchlaufender Kredite ³ Durchschnitt aus den Beständen in den Monaten März, Juni, September, Dezember

⁴ einschließlich Länderfinanzausgleich sowie Bundesergänzungszuweisungen ⁵ nach Abzug der Gewerbesteuerumlage

* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

	1993	1994	1994			1995			
	Monatsdurchschnitt		Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember
PREISE									
Preisindexziffern im Bundesgebiet 1991 = 100									
Einfuhrpreise ²	96,1	96,9	96,9	97,4	98,0	97,3	96,7	96,8	...
Ausfuhrpreise ²	100,7	101,6	102,0	102,3	102,5	103,8	103,5	103,3	...
Preisindex für den Wareneingang des Produzierenden Gewerbes ^{1,2} 1985 = 100	88,1	89,3	90,0	90,7	91,1	92,0	91,4
Erzeugerpreise									
gewerblicher Produkte ^{1,2}	101,4	102,0	102,2	102,6	102,7	104,0	103,8	103,8	...
landwirtschaftlicher Produkte ^{1,2} 1985 = 100	84,7	86,5	87,1	87,1	87,5	89,9	p 84,2	p 84,8	...
* Preisindex für Wohngebäude, Neubau, Bauleistungen am Gebäude ¹	110,5	112,8	.	113,6	.	.	.	115,7	.
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) ^{1,2} 1985 = 100	99,6	100,9	100,1	100,4	101,0	101,3	100,6	101,2	...
Einzelhandelspreise	104,7	105,8	106,0	106,0	106,1	106,6	106,6	106,7	106,8
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte ¹ darunter für	107,7	110,6	110,9	111,0	111,3	112,8	112,7	112,7	113,0
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren ¹	105,4	107,1	107,4	107,2	107,3	108,2	108,1	108,1	108,3
Bekleidung, Schuhe ¹	105,9	107,4	107,7	107,9	107,9	108,6	108,7	108,8	108,8
Wohnungsmieten ¹	111,6	116,7	118,0	118,3	118,7	122,1	122,4	122,7	123,0
Energie (ohne Kraftstoffe) ¹	102,0	102,2	102,1	102,0	101,9	101,5	101,1	101,2	101,8
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung ¹	108,2	108,2	108,5	108,8	108,8	110,1	110,3	110,4	110,5
LÖHNE UND GEHÄLTER									
- Effektivverdienste in DM -									
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau mit Handwerk									
Bruttowochenverdienste									
männliche Arbeiter	930	978	1.005	.	.	.	1.020	.	.
darunter Facharbeiter	976	1.024	1.052	.	.	.	1.071	.	.
weibliche Arbeiter	665	695	705	.	.	.	728	.	.
darunter Hilfsarbeiter	633	663	674	.	.	.	696	.	.
* Bruttostundenverdienste									
männliche Arbeiter	24,15	25,00	25,26	.	.	.	26,38	.	.
darunter Facharbeiter	25,51	26,44	26,75	.	.	.	27,86	.	.
weibliche Arbeiter	17,70	18,31	18,43	.	.	.	19,27	.	.
darunter Hilfsarbeiter	16,71	17,34	17,51	.	.	.	18,29	.	.
bezahlte Wochenarbeitszeit									
männliche Arbeiter (Stunden)	38,3	38,9	39,8	.	.	.	38,7	.	.
weibliche Arbeiter (Stunden)	37,6	37,9	38,3	.	.	.	37,8	.	.
Angestellte, Bruttomonatsverdienste									
in Industrie und Hoch- und Tiefbau mit Handwerk									
* kaufmännische Angestellte									
männlich	5.822	6.006	6.029	.	.	.	6.265	.	.
weiblich	4.024	4.128	4.165	.	.	.	4.368	.	.
* technische Angestellte									
männlich	5.967	6.150	6.199	.	.	.	6.434	.	.
weiblich	4.049	4.184	4.220	.	.	.	4.407	.	.
in Handel, Kreditinstituten und Versicherungsgewerbe									
* kaufmännische Angestellte									
männlich	4.735	4.892	4.924	.	.	.	5.119	.	.
weiblich	3.338	3.500	3.544	.	.	.	3.742	.	.
technische Angestellte									
männlich	4.167	4.302	4.284	.	.	.	4.479	.	.
weiblich	3.242	3.417	3.469	.	.	.	3.605	.	.
in Industrie³, Handel, Kreditinstituten und Versicherungsgewerbe zusammen									
kaufmännische Angestellte									
männlich	5.071	5.233	5.263	.	.	.	5.456	.	.
weiblich	3.533	3.677	3.719	.	.	.	3.916	.	.
technische Angestellte									
männlich	5.724	5.911	5.948	.	.	.	6.185	.	.
weiblich	3.925	4.067	4.106	.	.	.	4.306	.	.

¹ Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet nach dem Gebietsstand vor dem 03.10.1990. Sie schließen Berlin (West) mit ein.

² ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer

³ einschließlich Hoch- und Tiefbau mit Handwerk

* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

Kreiszahlen Schleswig-Holstein

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 31.07.1995			Bevölkerungsveränderung im Juli 1995			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschäden im November 1995 (vorläufige Zahlen)		
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Wanderungs- gewinn (+) oder -verlust (-)	Bevölkerungs- zunahme (+) oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²	Verletzte
		Vormonat	Vorjahres- Monat ¹						
		%							
FLENSBURG	87 633	- 0,1	- 0,4	- 5	- 90	- 95	40	-	48
KIEL	246 747	- 0,2	- 0,3	- 5	- 595	- 600	119	-	153
LÜBECK	216 992	+ 0,1	- 0,1	- 78	+ 205	+ 127	101	-	129
NEUMÜNSTER	82 060	+ 0,1	+ 0,1	- 7	+ 107	+ 100	45	-	51
Dithmarschen	133 257	+ 0,1	+ 0,4	+ 21	+ 129	+ 150	58	2	80
Herzogtum Lauenburg	169 082	+ 0,1	+ 1,2	- 23	+ 258	+ 235	92	2	125
Nordfriesland	158 635	+ 0,2	+ 0,8	+ 34	+ 255	+ 289	57	-	78
Ostholstein	197 231	+ 0,1	+ 0,7	- 42	+ 183	+ 141	94	-	116
Pinneberg	281 793	+ 0,1	+ 0,5	+ 62	+ 316	+ 378	111	3	137
Plön	124 841	+ 0,3	+ 0,3	- 15	+ 391	+ 376	51	-	61
Rendsburg-Eckernförde	256 634	+ 0,2	+ 0,8	+ 25	+ 448	+ 473	97	3	129
Schleswig-Flensburg	187 353	+ 0,2	+ 1,0	+ 26	+ 300	+ 326	81	-	129
Segeberg	235 724	+ 0,1	+ 1,4	+ 7	+ 244	+ 251	104	1	136
Steinburg	132 776	+ 0,3	+ 1,1	+ 21	+ 347	+ 368	54	-	72
Stormarn	207 651	+ 0,1	+ 1,1	+ 17	+ 273	+ 290	88	3	121
Schleswig-Holstein	2 718 409	+ 0,1	+ 0,6	+ 38	+ 2 771	+ 2 809	1 182	14	1 565

KREISFREIE STADT Kreis	Verarbeitendes Gewerbe ³			Kraftfahrzeugbestand ⁵ am 01.07.1995		
	Betriebe am 31.12.1995	Beschäftigte am 31.12.1995	Umsatz ⁴ im Dez. 1995 Mill. DM	ins- gesamt	Pkw ⁶	
					Anzahl	je 1 000 Einwohner ⁷
FLENSBURG	55	8 898	305	43 917	38 570	440
KIEL	113	17 000	545	121 392	106 789	433
LÜBECK	113	17 046	538	109 168	96 288	444
NEUMÜNSTER	64	7 616	111	45 915	40 188	490
Dithmarschen	63	7 014	318	86 315	69 906	525
Herzogtum Lauenburg	100	7 779	174	106 392	91 388	540
Nordfriesland	48	2 682	80	103 979	84 403	532
Ostholstein	78	5 547	122	118 612	100 650	510
Pinneberg	181	17 412	482	168 502	145 451	516
Plön	41	2 576	50	74 833	62 750	503
Rendsburg-Eckernförde	108	7 970	240	161 321	134 452	524
Schleswig-Flensburg	67	4 252	102	120 502	97 844	522
Segeberg	193	17 485	463	161 777	137 354	583
Steinburg	71	8 043	249	84 829	69 457	523
Stormarn	167	19 780	563	136 097	117 795	567
Schleswig-Holstein	1 462	151 100	4 344	1 643 551	1 393 285	513

¹ nach dem Gebietsstand vom 31.07.1995

² einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

³ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten, ab Januar 1995 neue Berichtskreisabgrenzung aufgrund neuer Systematik; Vergleich mit davorliegenden Zeiträumen nicht gegeben.

⁴ ohne Umsatzsteuer

⁵ Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr

⁶ einschließlich Kombinationskraftwagen

⁷ Bevölkerungsstand: 31.07.1995

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit Kreiszahlen erscheint in Heft 5 und 11

Zahlen für Bundesländer

Bundesland	Bevölkerung		Arbeitsmarkt					Verarbeitendes Gewerbe ²		
	Einwohner am 30.06.1995		Arbeitslose Ende Dezember 1995			Kurzarbeiter Mitte Dezember 1995	offene Stellen Mitte Dezember 1995	Be- schäftigte am 31.12.1994	baugewerblicher Umsatz ³ im Dezember 1994	
	1 000	Veränderung ¹	1 000	Veränderung ¹	Arbeitslosen- quote				1 000	1 000
		%		%						
Baden-Württemberg	10 295,5	+ 0,5	337,4	+ 2,3	7,6	26,9	34,8	1 272	33 035	32
Bayern	11 951,6	+ 0,5	390,7	+ 7,9	7,7	27,8	43,4	1 247	30 297	31
Berlin	3 470,2	- 0,2	222,8	+ 8,1	14,2	4,8	9,7	162	5 698	14
Brandenburg	2 536,4	+ 0,1	174,2	+ 8,0	15,1	15,3	8,6	104	1 744	10
Bremen	679,8	- 0,3	41,7	+ 6,6	14,5	4,2	1,3	72	3 050	38
Hamburg	1 706,8	+ 0,2	81,5	+ 10,2	11,2	7,3	4,1	119	8 774	15
Hessen	5 993,2	+ 0,4	220,2	+ 6,4	8,7	10,3	17,7	544	13 658	30
Mecklenburg-Vorpommern	1 828,6	- 0,5	143,0	+ 9,8	17,4	3,8	5,5	50	880	11
Niedersachsen	7 744,7	+ 0,8	369,3	+ 8,7	11,6	25,9	23,9	588	16 427	30
Nordrhein-Westfalen	17 839,3	+ 0,3	793,8	+ 2,9	10,8	41,9	52,5	1 689	43 722	27
Rheinland-Pfalz	3 961,6	+ 0,6	142,0	+ 6,8	9,0	7,0	15,9	331	9 422	38
Saarland	1 082,9	- 0,0	49,5	- 0,8	11,7	7,0	3,6	115	2 472	27
Sachsen	4 575,3	- 0,4	310,4	+ 8,1	15,2	17,5	11,7	212	3 266	11
Sachsen-Anhalt	2 750,4	- 0,7	222,3	+ 13,9	17,6	14,6	8,3	137	2 594	14
Schleswig-Holstein	2 715,6	+ 0,6	109,5	+ 5,1	9,7	5,8	8,3	161	4 604	24
Thüringen	2 510,5	- 0,6	182,3	+ 7,7	15,9	10,6	6,7	119	1 902	13
Bundesrepublik Deutschland	81 642,5	+ 0,3	3 790,6	+ 6,5	10,9	230,9	255,9	6 924	181 546	28
Nachrichtlich:										
Alte Bundesländer (einschl. Berlin-West)	66 139,8	+ 0,4	2 677,5	+ 5,2	9,7	166,5	211,2	6 268	170 528	29
Neue Bundesländer (einschl. Berlin-Ost)	15 502,7	- 0,4	1 113,1	+ 9,7	15,8	64,4	44,8	656	11 019	12

Bundesland	Bauhauptgewerbe			Wohnungs- wesen	Fremdenverkehr ⁵ im September 1995		Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden ⁶ im Oktober 1995				
	Beschäftigte am 31.10.1995	Baugewerblicher Umsatz ² im Oktober 1995		Zahl der genehmigten Wohnungen im Oktober 1995	Ankünfte	Übernachtungen	Unfälle		Verunglückte		
		1 000	Mill. DM				Ver- änderung ¹	Anzahl	Ver- änderung ¹	Anzahl	Ver- änderung ¹
	%			%							
Baden-Württemberg	173	2 626	- 2,7	5 320	1 250 180	4 115 700	+ 1,1	3 258	- 7,0	4 926	151
Bayern	253	3 869	- 5,1	6 314	2 176 859	8 095 461	- 0,3	5 312	- 2,2	7 413	140
Berlin	64	1 143	+ 2,5	2 595	324 427	780 767	- 4,9	1 529	- 1,2	1 839	120
Brandenburg	77	1 072	+ 8,9	3 203	246 439	703 722	+ 24,0	1 416	- 6,1	1 990	141
Bremen	10	182	+ 9,6	109	54 602	103 119	- 16,3	310	- 8,0	363	117
Hamburg	22	465	+ 4,2	706	222 317	413 585	+ 0,0	778	- 3,4	1 010	130
Hessen	91	1 431	+ 2,3	3 304	874 616	2 642 767	- 1,5	2 317	- 7,4	3 140	136
Mecklenburg-Vorpommern	53	683	- 0,0	1 235	313 713	1 089 483	+ 18,2	946	+ 12,4	1 316	139
Niedersachsen	125	1 983	- 5,0	3 886	928 773	3 608 299	+ 4,1	3 622	- 3,6	4 808	133
Nordrhein-Westfalen	238	3 545	+ 1,3	10 539	1 255 693	3 548 311	+ 1,8	6 398	- 13,2	8 273	129
Rheinland-Pfalz	58	852	- 7,7	2 265	675 934	2 058 421	+ 2,7	1 448	- 7,5	1 916	132
Saarland	17	217	- 14,4	279	56 263	197 077	+ 0,6	438	- 13,8	587	134
Sachsen	144	1 943	+ 7,7	3 580	384 601	1 077 020	+ 26,9	1 661	- 14,2	2 170	131
Sachsen-Anhalt	98	1 190	- 4,9	1 926	191 502	500 288	+ 14,3	1 352	- 4,2	1 791	132
Schleswig-Holstein	48	688	- 3,2	1 689	444 402	2 360 869	+ 2,1	1 228	- 4,4	1 681	137
Thüringen	72	876	- 11,1	2 054	277 399	765 713	+ 10,4	1 089	+ 3,6	1 482	136
Bundesrepublik Deutschland	1 541	22 777	- 1,4	49 004	9 677 720	32 060 602	+ 2,9	33 934	- 4,0	45 820	135
Nachrichtlich:											
Alte Bundesländer (einschl. Berlin-West)	1 077	16 668	- 2,4	35 515	8 178 746	27 720 355	+ 0,9	26 910	- 4,2	36 348	135
Neue Bundesländer (einschl. Berlin-Ost)	464	6 109	+ 1,3	13 489	1 498 974	4 340 247	+ 17,5	7 024	- 3,3	9 472	135

¹ gegenüber Vorjahresmonat

² Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

³ ohne Umsatzsteuer

⁴ Anteil des Auslandsumsatzes am gesamten Umsatz in %

⁵ in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Betten

⁶ Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen